Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

23. Mai 1977
Jg.5 Nr.21

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

Aktionen gegen den zionistischen Besatzerstaat

Am 15. Mai – dem Tag, an dem die Zionisten die „Unabhängigkeit" ihres Staates feierten – demonstrierten in Nablus, Jenin, El-Bira und Ramallah im Westjordanland Palästinenser gegen den israelischen Besatzerstaat. In Nablus kämpften Palästinenser in heftigen Straßenschlachten gegen die Entscheidung der Siedlerregierung, dem arabischen Bürgermeister von Nablus zu verbieten, in arabische Gebiete zu gehen. Die israelischen Besatzer reagierten darauf mit einem Ausgangsverbot. Der arabische Bürgermeister erklärte gegenüber Journalisten, daß die Proteste im Westjordanland sich gegen alle Formen israelischer Besatzung in den von Arabern bewohnten Gebieten richten. In Jenin demonstrierten Schulkinder des Flüchtlingslagers, gegen die israelische Sicherheitskräfte eingesetzt wurden. In London demonstrierten am 15. Mai 2 000 überwiegend Palästinenser, geführt von der PLO, und riefen: „Tod dem Zionismus und Rassismus!" An ihrem „Unabhängigkeitstag" haben die Zionisten erneut erfahren, daß man als Kolonialist niemals Frieden bekommt, außer im Grab.

100 Jahre unabhängiges Rumänien

In seiner Rede zum 100. Unabhängigkeitstag Rumäniens am 9. Mai 1977 erklärte Nicolae Ceausescu, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Rumäniens und Präsident des Landes: „Unter diesen historischen und geographischen Bedingungen" (Rumänien war umklammert vom zaristischen, habsburgischen und ottomanischen Reich, Red.) „mußte das rumänische Volk einen erbitterten Kampf gegen Invasoren und Aggressoren jeder Art führen, insbesondere gegen das ottomanische Reich. Der Sieg der staatlichen Unabhängigkeit ist nicht das Ergebnis eines zufälligen Ereignisses oder einer politischen Situation, noch ist es ein Geschenk von außen. Es ist die Frucht des Kampfes, der von unseren Vorfahren über Jahrzehnte geführt wurde."

Anders sehen das die sozialimperialistischen Zaren: „Die Geschichte früherer Jahrzehnte zeigt, daß alle Versuche der Balkanvölker, ihre nationale Unabhängigkeit selbständig zu erringen, fehlschlugen. Ihnen reichten weder die Kräfte noch die Mittel gegen das osmanische Reich ... Der bewaffnete Beistand Rußlands war bestimmend für den erfolgreichen Ausgang des Freiheitskampfes der Südslawen und Rumänen." (Neue Zeit, April 1977) Angesichts dieser Einmischungsrechtfertigung ist klar, was Ceausescu in seiner Rede meint: „Ein Volk, das entschlossen ist, sein Land zu verteidigen, das entschlossen ist, keine Anstrengungen zu scheuen, seine unveräußerlichen Rechte

schlossen ist, keine Anstrengungen zu scheuen, seine unveräußerlichen Rechte

zu bewahren, um einen würdigen Platz unter der Sonne zu gewinnen, kann durch nichts und niemanden beherrscht werden."

„Beunruhigende Randerscheinungen"

Vor vier Wochen hat Polens Regierungschef Gierek in einer Rede auf der Landesberatung der Sekretäre der örtlichen Parteiinstanzen das Programm der polnischen Bourgeoisie, diktiert von den russischen Sozialimperialisten, verkündet: die Steigerung der Ausbeutung durch Intensivierung der Arbeit und Ausweitung der Schichtarbeit voranzutreiben und mit „Disziplin, Sparsamkeit und Einsicht" für die Steigerung der Produktion zu sorgen. Gegenüber seinen russischen Oberherren hatte er verkündet: „Die gesellschaftliche und politische Lage in unserem Land ist allgemein gesehen gut", um fortzufahren: „Gleichzeitig aber gibt es weiterhin beunruhigende Randerscheinungen, Erscheinungen, denen man sich entschlossen widersetzen muß."

Die „beunruhigenden Randerscheinungen", das Erstarken der polnischen Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung des Volkes, lassen die polnische Bourgeoisie auch weiterhin nicht zur Ruhe kommen. In der vergangenen Woche demonstrierten einige tausend Studenten als Antwort auf den Tod des Studentenführers Pyjas. Pyjas, der im „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter" mitgearbeitet hatte, war vor einer Krakauer Wohnung tot aufgefunden worden. Die Studenten schenken den eilfertigen Versicherungen der Staatsorgane, sie hätten mit dem Tod nichts zu tun, keinen Glauben. Wie könnten sie, vor allem seit bekannt ist, daß die polnische Polizei zahlreiche Arbeiter, die sich im vergangenen Jahr an den Aufständen beteiligt hatten, gefoltert und einige zu Tode gebracht hatte.

Unterstützt den Kampf der Soldaten

Soldaten- und Reservistentage in Hannover, Köln, München

Am 28. Mai, am nächsten Samstag, finden in Hannover, Köln und München die Soldaten- und Reservistentage statt, zu denen die Soldaten- und Reservistenkomitees in Westdeutschland aufrufen. In den Kasernen findet dieser Aufruf Unterstützung. So rufen 167 Soldaten der Kaserne Fürstenau auf, sich am Soldaten- und Reservistentag in Hannover zu beteiligen.

In den letzten Wochen und Monaten haben die Soldaten immer besser die Arbeiter und die Volksmassen unterrichtet über die Unterdrückung in den Kasernen, den Kampf der Soldaten dagegen und über die Ziele der imperialistischen Armee. Die Soldaten der Lettow-Vorbeck-Kaserne haben in der Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees berichtet über Manöverübungen, um Kämpfe der Volksmassen gegen Kernkraftwerke niederzuschlagen. In den Zeitungen der Soldaten- und Reservistenkomitees, in der Kommunistischen Volkszeitung und auf Veranstaltungen haben Soldaten die Lage in den Kasernen und die imperialistischen Kriegsvorbereitungen enthüllt. Über eine Reihe von Manövern der Imperialisten konnten die Massen sich nur ein genaues Bild machen durch Berichte der Soldaten. Zum gleichen Zeitpunkt, als die westdeutschen Imperialisten ihre Interventionsvorbereitungen gegen die Völker Afrikas verstärken, Genscher Verständnis für die Truppentransporte marokkanischer Soldaten durch die französischen Imperialisten äußert, in der Luftwaffe der Bundeswehr strengste Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, um eventuelle Interventionen in Zaire vorzubereiten, berichtet ein Soldat aus dem Fliegerhorst Penzing in der KVZ: „Einige Maschinen werden nach Tripolis und Marokko fliegen. Ab sofort ist es verboten, sich in Zivilkleidern zu bewegen und Geld mit sich herumzutragen. Damit sollen im Ernstfall Desertationen verhindert werden. Uns wird gesagt, es handle sich um eine Übung." (KVZ Nr. 18/77) Als bei der ersten Demonstration gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf das ideologische und politische Durcheinander groß war, außer den Kommunisten niemand auch nur die Aktionslosung „Kein KKW in Brokdorf" vertrat, ganz zu schweigen von der Losung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern im Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm, als von den Opportunisten jegliche Stellungnahme zu unterdrücken versucht wurde, wurde die Unterstützungsresolution von Soldaten vorgetragen. Das hatte zur Folge, daß die Spaltung der Massenbewegung an einem entscheidenden Punkt aufgehoben und diese Erklärung von allen unterstützt wurde. Überhaupt hat die große Anzahl von Resolutionen und Erklärungen der Soldaten zum Kampf der Arbeiter und Bauern gegen Kernkraftwerke entscheidend den Zusammenschluß für den Angriff auf die Baustellen gefestigt. Am 1. Mai haben Soldaten in Uniform an nahezu allen Maidemonstrationen teilgenommen; denn die Verbindung der Soldaten mit der Arbeiterbewegung hat Tradition. Sie hat ihre Grundlage, weil die Soldaten aus der Arbeiterbewegung und dem Volk kommen. Woher anders sollte die Bourgeoisie durch Zwangsgesetze, Rechtlosigkeit und Schikane auch die Schutztruppen ihres Privateigentums rekrutieren und für ihre Expansionspläne?

Dagegen gibt es unvermeidlichen Kampf der Soldaten gegen einzelne Schikanen und Maßregeln in den Kasernen. Er findet zunehmend Unterstützung unter den Volksmassen. Jetzt gerade haben 16 Lehrer der Gesamtschule Neumünster die sofortige Aufhebung aller Disziplinarmaßnahmen gegen drei Soldaten gefordert, die sich an einer DGB-Demonstration beteiligt haben.

Fortsetzung Seite 2



Demonstrationszug in San Sebastian – über 500 000 Arbeiter forderten am 16.5. in einem Generalstreik in der spanischen Provinz Baskenland die Amnestie aller politischen Gefangenen und die Beseitigung des faschistischen Regimes. Zehntausende formierten sich zu Demonstrationszügen. In Madrid und Barcelona führten die Industriearbeiter Solidaritätsstreiks durch. 5 Demonstranten fielen unter Polizeikugeln.

„Die Textilarbeiter müssen kämpfen"

Lage der Textilarbeiter in Nordhorn

Eine Stunde Streik, das war am 3. Mai die Antwort der Textilarbeiter bei Nino und Rawe in Nordhorn, nachdem die Lohntarifverhandlungen für die Textilindustrie im Bezirk Münster-Arnsberg zum vierten Mal ohne Ergebnis abgebrochen worden waren. Am 16. Mai streikten die Textilarbeiter bei Rawe und Povel eine weitere halbe Stunde.

Am 14.5. hatten die Textilkapitalisten durch den Textilverband Westfalen in einer großen Zeitungsannonce der „Grafschafter Nachrichten" verkünden lassen: „Unsere Textilindustrie kann ihre Produkte nur verkaufen, wenn sie zu konkurrenzfähigen Preisen anbietet. Die Preise sind in starkem Maß von den Löhnen abhängig. Hier liegt die Bundesrepublik an der Welt-Spitzengruppe. Beispielsweise betragen die Lohnkosten (Verdienst und Sozialabgaben) in der Bundesrepublik 13,24 DM/Stunde – USA 11.69 DM ... In Hongkong betragen sie sogar nur 1.85 DM. Im Durchschnitt kostet eine Arbeitsstunde in den Ländern, mit denen unsere Textilindustrie konkurriert, 24 % weniger als bei uns. Das ist aber noch nicht alles. Im Ausland wird die vorhandene Produktionskapazität weitaus besser genutzt. Während Webmaschinen in der Bundesrepublik 4 380 Stunden im Jahr laufen, laufen sie in den USA 6 656 und in Hongkong 8 640 Stunden. Die deutsche Textilindustrie kann sich unter diesen Bedingungen nur behaupten, wenn sie konsequent weiter automatisiert. Sie wird sich auch nicht länger leisten können, ihre Produktionsanlagen nur fünf Tage pro Woche auszunutzen ... Nur eine moderne Textil-Industrie kann auf die Dauer Arbeitsplätze bieten." Die Nordhorner Textilarbeiter wissen, daß die Textilkapitalisten diese Pläne durchzusetzen suchen und haben damit ihre Erfahrungen. Sie wissen aber auch, daß, ob dies gelingt, ausschließlich von ihnen abhängt.

„Die gesamte elende Lage der Nordhorner Arbeiter kann man nur bekämpfen, wenn sich alle einig sind. Mir scheint die einzige Möglichkeit, die ich überhaupt sehe, wenn wir im Lohnkampf einheitlich vorgehen, und auf diese Kämpfe werden wir dann eine solche Einheit gründen können, daß die gesamten Nordhorner Arbeiter gemeinsam handeln. Das mag lange dauern, aber es ist der einzige Ausweg in dieser Lage." Dies sagte uns ein älterer Textilarbeiter. Die Streiks sind ein Ausdruck für diesen Zusammenhang.

Von 49 000 Einwohnern Nordhorns sind 8 000 in den drei großen Textilbetrieben Nino, Povel und Rawe beschäftigt. Mit ihren Familien macht das über die Hälfte aller Einwohner aus, deren Existenzbedingungen vom Kräfteverhältnis zwischen den Arbeitern und den Textilkapitalisten bestimmt werden. Deshalb haben die Streiks eine große Bedeutung für die ganze Stadt.

Seit über zwanzig Jahren sind dies die ersten Streiks der Textilarbeiter in Nordhorn. Leicht wird klar, warum.

Ein Arbeiter bei Povel, z.B. kommt mit Prämie und Schichtzulage auf einen Stundenlohn von 9,42 DM. Früher kam er auf einen Nettolohn von 1 500 bis 1 600 DM. Seit Anfang des Jahres arbeitet er kurz (zwei bis vier Tage die Woche) und kommt auf einen Nettolohn von rund 1 200 DM. Davon muß er 600 DM für seine drei Kinder zahlen, so daß er selbst gerade noch 600 DM übrig hat. Um leben zu können, arbeitet er noch schwarz. Daß er dafür seine Gesundheit ruiniert, ist ihm klar. Eine Arbeiterin aus der Stopferei, die seit 24 Jahren bei Povel arbeitet, berichtet, daß sie aufgrund der gestiegenen Kaffeepreise jetzt fast völlig auf Bohnenkaffee verzichten muß.

450 Arbeiter wurden bei Nino im letzten Jahr entlassen. Die Arbeitslosigkeit im Kreis Grafschaft Bentheim, dessen Zentrum Nordhorn ist, schwankt in der offiziellen Statistik im letzten Jahr um 5 %. Tatsächlich liegt sie aber höher und wird verdeckt durch die hohe Abwanderungsquote, so daß Nordhorn trotz Geburtenüberschuß einen leichten Bevölkerungsrückgang hat.

An die 80 % der Textilarbeiter in den Nordhorner Textilbetrieben arbeiten auf Akkord oder Prämie. Der Grundlohn ist lächerlich niedrig, zum Beispiel für einen Spinner nach dem jetzt ausgelaufenen alten Tarif 6,95 DM (Lohngruppe IV b). Wer also nicht gleich betteln gehen will, muß sich, zumeist im Schichtbetrieb, mächtig schinden, um über Akkord und Prämie den Grundlohn aufzustokken. Bei Akkordlöhnern kommt so durchschnittlich 40 % dazu, das sind dann für einen Spinner 9,73 DM in der Stunde. Eine monatliche Arbeitsstundenzahl von 170 angenommen, ergibt das einen Monatslohn von rund 1 665 DM. Für einen Spuler (Lohngruppe III a, 6,55 DM Grundlohn) kommen bei der gleichen Berechnung rund 1 560 DM Monatslohn heraus. Und das sind die Bruttolöhne, zu denen allenfalls noch geringfügige Zulagen zu addieren sind. Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, was für Hungerlöhne nach Abzug aller Steuern und Sozialabgaben übrigbleiben.

Die Schichtarbeit zerstört die Kontakte zur Familie und zu Freunden und Bekannten, was sie an Lohn einbringt, raubt sie auch gleich wieder: zusätzliche Fahrtkosten zum Arbeitsplatz, Essen, Kaffee und Zigaretten, und sie geht auf die Gesundheit.

Durch die staatliche Gebührenräuberei muß jeder Arbeiterhaushalt ab 1.1.77 pro Kubikmeter Wasser 0,15 DM und beim Gas pro Kubikmeter 0,015 DM und 2 DM Grundgebühr mehr an die Stadt Nordhorn bezahlen.

Es ist klar, daß der Tarifabschluß von 6,8 % vom 17.5. für die Bezirke Nordrhein und Baden-Württemberg nicht angenommen werden darf. Dies geht nur durch die Kampfkraft der Arbeiter. Zu der Festgeldforderung – 1 DM mehr für alle – sagte uns ein Arbeiter: „Die da unten hängen, bleiben bei einer Prozentforderung noch weiter unten. Festgeldbetrag wäre schon richtig." Die Tarifauseinandersetzung geht weiter, das ist günstig. Der Angriff der Textilkapitalisten muß zurückgeschlagen werden. Die Nordhorner Textilarbeiter sagen: „Wir sind streikbereit."

Fortsetzung von S. 1

Unterstützt den Kampf der Soldaten!

ligt hatten und von Feldjägern herausgegriffen wurden.

Jetzt haben die Soldaten begonnen, den Kampf für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht zu organisieren.

Aber: Söldnerarmee, Söldnermentalität und Gehorsam, das ist es, was die Imperialisten in ihrer Armee brauchen. „Der Soldat hat die Pflicht, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen", heißt der § 7 des Soldatengesetzes. Treu und Tapfer für die Intere sen des Finanzkapitals soll der Soldat sein.

Das sind die Soldaten, von denen die westdeutschen Imperialisten träumen, die sie brauchen, damit sie ihre „Elitearmee Bundeswehr" auch einsetzen können, den „Festlanddegen" (Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) v. 7.5.) der Imperialisten auch ziehen können. Damit der Festlanddegen seinen rechten Platz im Kampf der Imperialisten um die Neuaufteilung der Welt bekommt, haben sich die Bundesregierung und ihr Verteidigungsminister jetzt dafür eingesetzt, daß die NATO endlich nicht mehr nur ein „amerikanisch-britischer Club ist" (FAZ v. 20.5.). Auf der Konferenz der NATO-Verteidigungsminister meinte Georg Leber, „die militärische Führungsstruktur des atlantischen Bündnisses sei revisionsbedürftig". (FAZ v. 20.5.) Diese Meinung hat er vorbereiten lassen durch Zeitungsserien und Artikel, in denen die Prächtigkeit der westdeutschen Generalität ausgebreitet wird. Nicht zuletzt durch Anweisung für den Hausgebrauch zum Grüßen: Wie erkenne ich einen General. Woran die westdeutschen Imperialisten dabei insbesondere denken, hat der Herr Weinstein in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" so angedeutet: „Die Bundesrepublik muß über die Bundeswehr reine atlantische Strategie beeinflussen können, deren Auswirkungen zuerst die Deutschen zu spüren bekommen." (FAZ v. 20.5.) Also Kommandostellen für die westdeutschen Imperialisten müssen her. Seinen militärischen Aktionsradius hat das westdeutsche Finanzkapital erweitert durch die Erweiterung des Aktionsradius der NATO „im Spannungsfall" über die Linie südlich des Wendekreises des Krebses. Fregatten werden gebaut für die Expansionsbestrebungen des westdeutschen Finanzkapitals. Die Verteidigungsminister der westlichen imperialistischen Staaten haben „Präsident Carters Forderung zugestimmt, die Ausgaben jährlich um 3 % zu steigern abzüglich der Teuerungsrate, bis zum nächsten Jahr die Panzerabwehr in Norddeutschland zu verstärken, in Mitteleuropa mehr Munition zu lagern und die Kampfkraft zu verbessern. Für die 80er Jahre sollen die Minister auf Vorschlag Carters bis zum nächsten Jahr ein Schwerpunktprogramm erarbeiten." (ZDF v. 17.5.) Im Rahmen der Londoner Konferenz machten sich Carter, Schmidt sowie die britischen und französischen Regierungschefs über ein „Deutschlandessen" her, bei dem nicht nur über „Berlin und Deutschland sondern auch über das südliche Afrika gesprochen wurde". (FAZ v.6.5.) Denn: „65 Prozent der Energieversorgung der EG-Staaten kommen aus den Ölfeldern des Nahen Ostens und Afrikas und müßten im Falle eines Ost-West-Konfliktes zum größten Teil um den afrikanischen Kontinent herumgeschippert werden. Das gleiche gilt für rund 40 % der Erdölversorgung." (FAZ vom 7. Mai)

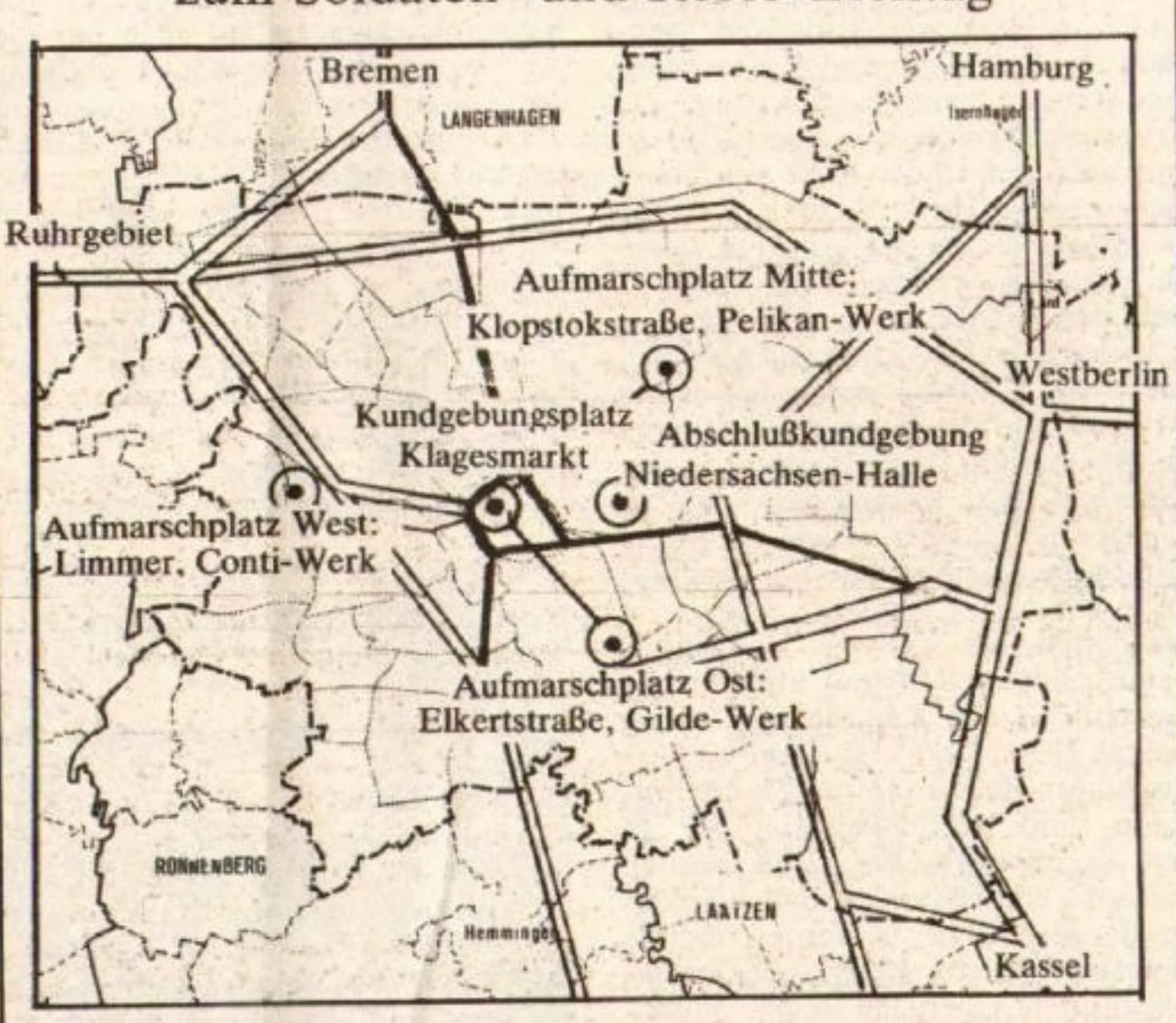
Die Imperialisten intensivieren ihre Kriegsvorbereitungen und die US-Imperialisten versuchen ihre Ausgangsbedingungen im Kampf um die Weltherrschaft gegenüber den Sozialimperialisten zu verbessern. Die „NATO blickt nach Afrika", hat die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" zu den NATO-Konferenzen festgestellt. Die Soldaten, die die Imperialisten für ihren Raubkrieg brauchen, blicken auch nach Afrika, nur vom anderen Standpunkt aus. Sie unterstützen zunehmend den bewaffneten Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika. Viele Soldaten haben die Sammlung des KBW für LKWs für die ZANU unterstützt und unterstützen jetzt die Kampagne „Gewehre für die Jugend Zimbabwes". Auf einer Veranstaltung zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe mit einem Vertreter der ZANU in Freiburg haben Soldaten ihre Unterstützung des Kampfes des Volkes von Zimbabwe erklärt und zugleich die versammelten 500 Teilnehmer der Veranstaltung zur Teilnahme am Soldaten- und Reservistentag aufgerufen.

Der Vertreter der ZANU hat erklärt, daß er auf dem Soldaten- und Reservistentag in München sprechen wolle.

Auf der Grundlage des Kampfes gegen das Soldsystem, um Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht kann sich die Bewegung unter den Soldaten schwungvoll entwickeln.

Sie ist gegen die Expansionspläne der Imperialisten gerichtet. Sie erschwert den Imperialisten den Einsatz ihrer Armee für den imperialistischen Krieg, schafft der Arbeiterklasse Zeit und Handlungsspielraum, die Revolution vorzubereiten und durchzuführen und den imperialistischen Krieg durch die Revolution zu verhindern. Der Kampf der Soldaten und die Vorbereitung und Durchführung der Soldaten- und Reservistentage in Hannover, Köln und München müssen unterstützt werden.

Am 28.5.77 nach Hannover zum Soldaten- und Reservistentag



Oldenburg 5.30 Uhr Bahnhof; **Delmenhorst** 6.00 Uhr Luisenstr./Post; **Emden** 4.00 Uhr Markt; **Norden** 3.30 Uhr Nordenmarkt
Bremen 6.00 Uhr Hauptbahnhof; **Bremerhaven** 4.25 Uhr Hauptbahnhof
Kiel 4.00 Uhr Sophienblatt/Bahnhof; **Neumünster** 4.30 Uhr Autobahntankstelle Einfeld; 5.00 Uhr Tankstelle **Hasloh/Norderstedt; Lübeck** 3.30 Uhr Rathausplatz
Hamburg 4.45 Uhr Moorweide / S-Bahnhof Dammtor
Göttingen 6.00 Uhr Stadthalle
Braunschweig 6.30 Uhr Hagenmarkt
Westberlin 27.5., 23.00 Uhr Sophie-Charlotte-Platz
Osnabrück 5.30 Uhr Universität/Wallgebäude
Flensburg 3.00 Uhr ZOB; **Schleswig 3.30 Uhr ZOB;**
Raststätte Ahlbeck 4.00 Uhr
Heide 3.15 Uhr Marktplatz (Pkws)
Husum 3.00 Uhr Bahnhof (Pkws)

Von Melle kalt verarbeitet, Bourgeoisie kocht trotzdem

Offenbar um gegen die polizeiliche Unterdrückung politischer Veranstaltungen elastischer zu sein, haben die Hamburger Studenten auf die ursprünglich vorgesehene Schmelzung der Büste des Hamburgischen Universitätsgründers und Kolonialisten von Melle verzichtet und das gute Stück portionsweise unter die Leute gebracht.

„Faschistischer Terror". „Ein Akt roher Barbarei". „Denkmalsschändung". Das ist der Tenor der hanseatischen Presse. Der Kulturverein legt Wert darauf, daß der Bildhauer, der die Büste produziert hat, Antifaschist gewesen sei. Somit sei durch die Zerteilung und Verteilung des von-Melle-Denkmals nicht nur die hanseatische Geschichte, sondern auch der Antifaschismus geschändet.

Unzweifelhaft hat die hamburgische Bourgeoisie ihren Sproß und Häuptling von Melle seinerzeit gießen und aufstellen lassen. Da die Taten des von Melle bekannt sind – er war ein kaiserlicher Kolonialpolitiker und wilder Unterdrücker – liegt auf der Hand, daß die Bourgeoisie durch Aufstellung dieses Denkmals die Unterdrückerei und den Kolonialismus verherrlichen wollte und auch verherrlicht hat.

War der Künstler, der den von Melle gegossen hat, ein Antifaschist, so war er ein gekaufter oder eben erpreßter Antifaschist. Die Prostitution von Künstlern für die politischen Ziele der herrschenden Klasse ist nichts Neues.

Da mit der offenen Propaganda des Kolonialismus gegenwärtig nichts zu holen ist, stand von Melle ziemlich unbeachtet herum. Nachdem erforscht war, welche Propagandarichtung hinter dem metallenen Äußeren dieser Büste verborgen liegt, empfanden die hamburgischen Studenten das Dasein dieser Büste als eine Provokation, und damit hatten sie recht.

Daß sie ihn entfernten und sich nicht damit begnügten, ihn in der Elbe zu versenken, sondern beschlossen, von Melle einzuschmelzen, wird von der Bourgeoisie als ein Akt besinnungsloser Barbarei bezeichnet.

Ist das ernst zu nehmen? Von Melles Denkmal verkörpert die besinnungslose Gier der imperialistischen Bourgeoisie nach Unterdrückung fremder Völker und Jagd nach dem Höchstprofit. Wenn, dann besteht die Brutalität in der Aufstellung eines Denkmals zwecks Propaganda solcher Ziele, niemals in seiner Beseitigung.

Wer will sich schon wundern, daß die Bourgeois kochen, wenn die geschichtlich gesehen ziemlich kurzen Beine der Bourgeois-Geschichtslügen abgehackt werden.

geois-Geschichtslügen abgehackt werden.

Die Beseitigung des von-Melle-Denkmals drückt aus, daß in der BRD von den unterdrückten Volksmassen gegen den Imperialismus gekämpft wird. Übrigens, Beseitigung ist nicht ganz das richtige Wort. Bekanntlich haben die Volksmassen die Aufgabe, die Geschichte der bisherigen Klassenkämpfe politisch zu verarbeiten, weil sie anders die Revolution nicht machen können. Der Verarbeitung dieser Geschichte hat die Zerteilung und Verteilung des entfernten von Melle genützt.

Durch die Kritik der Taten des von Melle wurde so aus einem Denkmal viele gemacht, freilich bescheidene, polizeilich verfolgte, in Wohnungen aufbewahrte. Der komplette von Melle war ein Denkmal und Propagandastück des Kolonialismus und Imperialismus. Der zerteilte stellt ein Denkmal des Kampfes gegen Kolonialismus und Imperialismus dar.

Die von-Melle-Teile wurden gegen ein Spendengeld weggegeben. Das Geld geht an die Patriotische Front zur Befreiung Zimbabwes, wo man sich davon das Nötige kauft, um die Nachfahren des von Melle treffsicher zu bekämpfen.

Bei Licht besehen: Es wurde weniger ein Denkmal zerstört als ein neues geschaffen, und etwas direkt praktisch Nützliches ist auch noch dabei herausgekommen. Wenn es auch kein Schmelzfest war, daß die Bourgeoisideologen davon heiß werden, man versteht es.

Der Opportunismus dient der Reaktion

GEW-Vertreterversammlung Hessen hat unter ihrem neuen „linken" Vorsitzenden Harnischfeger beschlossen, daß dieses Jahr mit Streik nichts mehr drin ist

Diese Versammlung war die Fortsetzung der Vertreterversammlung von Anfang Mai. Anfang Mai waren die reaktionären Kandidaten für den Vorstandsvorsitz abgewählt und Harnischfeger als Vertreter der „Linken" gewählt worden. Den Antrag, der jetzt auf der Versammlung durchgekommen ist, „dieses Jahr keinen Streik mehr zu beschließen", hätten die Reaktionäre, solange sie noch selber den Vorsitz hatten, nicht durchgekriegt. Das ist jetzt drei Wochen her. Die Lehrerbewegung in Hessen hat in vielen großen Protestaktionen gegen die Landesregierung die Erfahrung gemacht, nur durch Streik wird sie ihre Forderungen durchsetzen können. Der alte Vorstand hat die Urabstimmung für Streik unterdrückt und sabotiert. Harnischfeger, der sich der Lehrerbewegung anheischig gemacht hatte, sie zu führen, sagte kein Wort zu diesem Antrag; die Rednerliste war gerade geschlossen, das kann aber kaum der Grund gewesen sein.

Man kann sagen, die Reaktion hat auf dieser Sitzung einen Sieg davongetragen, nicht *obwohl* die „Linke" im Vorstandsvorsitz sitzt, sondern gerade weil sie da sitzt, war es noch besonders leicht. Denn damit hatten die Delegierten nicht gerechnet. Gegangen ist es um einen Dringlichkeitsantrag von Harnischfeger und den drei „Linken" aus dem Frankfurter Verband der GEW, die ebenfalls neu in den Vorstand gewählt worden sind. Der Harnischfeger-Antrag richtet sich gegen den Entwurf für das 6. Besoldungserhöhungsgesetz. Er gliedert sich in zwei Teile: erstens Forderungen „keine Rückstufung in der Lehrerausbildung" und „weg mit der Kürzung der Beamtenanwärterbesoldung", die wie die Ausbildungsvergütung bei den Krankenpflegeschülern gekürzt werden soll, um rund 6,4 Prozent. Der zweite Teil enthält Maßnahmen zur Durchsetzung der Forderungen.

Daß man gegen die Kürzungen ist, dagegen hatten die Reaktionäre nichts einzuwenden, sie sind auch nicht einfach so für Kürzungen. Sie haben ihren Antrag placiert, wo es um die Maßnahmen ging, die den Gesetzentwurf zu Fall bringen sollen. Immerhin waren Urabstimmung und Streik als Kampfmaßnahme genannt. Die Streichung dieses Teils des Harnischfeger-Antrags ist auf Antrag des Reaktionärs Tümmler beschlossen worden. Tümmler war bei den Wahlen Anfang Mai als Kandidat der „Rechten" durch Losentscheid in den Hauptausschuß der GEW-Bund gerade noch hineingerutscht. Die Begründung für seinen Streichungsantrag: Streik sei ein Abenteuer, momentan, die Lehrer hätten nicht die Solidarität der Öffentlichkeit, weil es mit der „Bildungsreform" eh so schlecht stünde.

Beschlossen ist zwar jetzt die Streichung von Urabstimmung und Warnstreik aufgrund des Antrags der Reaktion. Formuliert war der Antrag auf Streik aber von vornherein derart, daß jeder Lehrer, der ernsthaft vorhat, den Gesetzentwurf zu Fall zu bringen, sich verarscht vorkommen mußte: Die erste Lesung des Gesetzentwurfes ist Ende Mai – das ist jetzt. Am 6. Mai hat der Bundesrat zugestimmt. Der „Bund" sagt, er wird verabschieden, was die Länder wünschen, denn die müßten schließlich die Hauptlast der Ausbildungskosten tragen. Die abschließende Entscheidung wird Mitte Juni im Bundestag fallen. Also noch „lange Zeit", um die Diskussion um den Streik unter den Mitgliedern erst mal „breit" zu führen, wie es abschließend der Teil von dem Harnischfeger-Antrag vorsah, der gestrichen worden ist.

Beschlossen ist nunmehr, daß die GEW Hessen erstens 500 Funktionäre auf die zentrale Funktionärsversammlung entsendet, die, wie jetzt endgültig feststeht, am 24. Mai in Köln (Ostbachsaal im neuen Messekongreßzentrum) auf Einladung des Hauptvorstandes stattfindet, als Protest gegen den Gesetzentwurf. Zweitens daß Anfang Juni eine zentrale Protestaktion in Hessen sein soll, weil neben der allgemeinen Kürzung der Anwärterbezüge darüberhinaus Lehramtsanwärter in Hessen von der Rückstufung aus der Besoldungsgruppe A 13 nach A 12 betroffen sind, und schließlich drittens eine zentrale Aktion in Bonn vom Hauptvorstand verlangt werden soll, zum Zeitpunkt der zweiten Lesung des Gesetzes im Bundestag.

Also könnte man fast sagen, ein Segen, daß dieser nutzlose Passus aus dem Harnischfeger-Antrag gestrichen ist und stattdessen eindeutig bestimmte Aktionen festgelegt sind, bevor der Bundestag beschlossen hat – wenn es nicht so wäre, was jeder Lehrer weiß, ob fortschrittlich oder reaktionär, daß der Gesetzentwurf nicht zu Fall gebracht wird, es sei denn durch Streik.

A. Harnischfeger hatte sich bei seiner Wahl mit Programm und Grundsätzen als geeigneter Kandidat für den Landesvorsitz empfohlen, entschlossen, den Widerstand der Lehrer in der GEW zu organisieren. „Die Politik der letzten LVO hat sich als nicht tragfähig erwiesen, sie war falsch, *sie endete in der Hinnahme der Verschlechterungen.*" Harnischfeger hat sich empfohlen als ein Vorstandsvorsitzender, der eben klar sieht, was jetzt die nächsten Aufgaben der gewerkschaftlich organisierten Lehrer sind: „Drei zentrale Forderungen der GEW müssen in ihrer Durchsetzung organisiert werden: – Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung – Umwandlung der Zwei-Drittel-Verträge in volle Planstellen, Einstellung aller Lehrer – Rücknahme der Besoldungsverschlechterung."

Am Ende dieser Landesvertreterversammlung denken viele Delegierte, daß sie jetzt genau da landen werden, wo sie nicht hinwollten, nämlich bei der „Hinnahme der Verschlechterung". Dazu besteht aber kein Grund. Die jetzige Lage ist entstanden, weil viele Lehrer gemeint haben (es sind schon weniger geworden), mit Harnischfeger als „Linkem" im Vorstand könnte man den Kampf für die Durchsetzung der Forderungen der Lehrer leichter organisieren. Sie haben nicht beachtet, daß Harnischfeger als Grundlage aller seiner Versprechungen immer wieder die Durchsetzung der imperialistischen Bildungsreform als einer fortschrittlichen Reform betont hat. Das wollen die „Rechten" auch. Wir meinen, daß genau das der Grund ist, daß Harnischfeger und seine Fraktion genau die Politik fortsetzen, für die der „alte" Vorstand abgewählt worden ist. Diese Politik der offenen Preisgabe der Interessen der gewerkschaftlich organisierten Lehrer zu schlagen, die die „Linken" in Hessen wie die Sozialdemokraten in der GEW-Führung Bund betreiben, wird in dem Maße gelingen, wie die Lehrer in ihren Kämpfen sich von ihren eigenen Interessen als Lohnabhängige leiten lassen und von dem Interesse, das die Arbeiterklasse an der Ausbildung und Erziehung ihrer Jugend hat. Dieses Interesse liegt ganz und gar nicht in der Durchsetzung der imperialistischen Bildungsreform, die zum Ziel hat, die Jugend zum Ausbeutungsobjekt für die Kapitalisten herzurichten.

Gehen die fortschrittlichen Lehrer davon aus, können sie gut die jetzt geplanten Protestmaßnahmen nutzen für die Errichtung und Verbreiterung einer Front für Streik gegen den Gesetzentwurf. – (Z-Red)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Kommitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19, Telefon 0611 / 730236 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3 406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 15, 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr.21/32 000

Wachsender wirtschaftlicher Zusammenschluß stärkt die Selbständigkeit der Entwicklungsländer

Um die kapitalistische Überproduktionskrise zu überwinden, reißen und jagen sich die Imperialisten der ganzen Welt um neue Absatzmärkte. Mit dem Aufbau von Industrieanlagen und dem Export von Kapitalmassen in Länder der Dritten Welt wollen sie dies erreichen. Zur militärischen Absicherung dieser Ziele füllen sie ihre Waffenlager und rüsten sie ihre Armeen. Ihre sinkende Profitrate wollen sie zu neuem Anstieg bringen, indem sie den konstanten Teil ihres Kapitals senken.

Dazu wollen sie billige Rohstoffe haben. Dazu brauchen sie den freien Zugang zu den Rohstoffquellen in den Ländern der Dritten Welt. Die Imperialisten nutzen die kolonial erzwungene einseitige wirtschaftliche Entwicklung der Länder der Dritten Welt und zwingen sie, ihnen ihre Rohstoffe zu Schleuderpreisen zu überlassen, die diese Länder den Imperialisten in Form von Produkten, die sie aus den Rohstoffen von den Arbeitern ihres Landes haben produzieren lassen, wieder abkaufen müssen.

Die Entwicklungsländer, die ihre Unabhängigkeit gerade erst erkämpft haben, wehren sich mit allen Mitteln gegen die Versuche der Imperialisten, sie einer neokolonialen Herrschaft zu unterwerfen. Gegen die Ausplünderung durch die Imperialisten treten sie unter gemeinsamen Forderungen auf. Um ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von den Imperialisten zu beseitigen, bauen sie mit gegenseitiger Unterstützung ihre nationalen Wirtschaften auf. Fortschritte im Zusammenschluß und Aufbau einer nationalen Wirtschaft haben in den letzten Jahren die karibischen Länder gemacht. Der im August 1973 gegründeten karibischen Gemeinschaft, zu der anfänglich nur Barbados, Guayana, Jamaika, Trinidad und Tobago als Gründerstaaten gehörten, sind mittlerweile Grenada, Antigua, Belize, Dominica, Montserrat, St.Christopher-Nevis-Anguilla, Saint Lucia und Saint Vincent beigetreten. Anfang Mai dieses Jahres haben sie Zollerleichterungen zur besseren Lösung von Handels- und Währungsproblemen beschlossen. Die Mitgliedsländer haben vor allem in den letzten Jahren die Nationalisierung ausländischer Kapitalanlagen beschleunigt. Die Inseln Barbados, Antigua, Montserrat, Grenada und St. Vincent bauen traditionsgemäß Baumwolle an, die wegen ihrer langen Fasern bekannt ist. Die britische Textilindustrie des 18. Jahrhunderts war auf der Baumwollproduktion der schwarzen Sklaven dieser Inseln aufgebaut. Die Insel Barbados hat ihre Baumwollproduktion in den letzten Jahren beständig steigern können, nachdem sie durch erzwungene koloniale wirtschaftliche Einseitigkeit fast völlig darniederlag und Barbados Zucker für die englischen Kolonialherren produzieren mußte. Barbados ist mittlerweile der größte Baumwollproduzent in der Karibischen See und hat die Produktion seit 1972 um das 2,8fache gesteigert. Die Regierung unternimmt jetzt Anstrengungen, bisher brachliegendes Land für die Baumwollanpflanzung zu erschließen und die Ernte, Entkörnung und die Verarbeitung zu Ballen zu mechanisieren. Für dieses Jahr wird eine Produktion von 450 000 Pfund erwartet. Dies macht es möglich, daß die karibischen Länder sich untereinander mit diesen Produkten unter Ausschluß der Imperialisten versorgen und es ist auch die Voraussetzung zum Aufbau der Textilindustrie. Sie entgehen damit der Verschuldung gegenüber den Imperialisten durch Ankauf von Textilwaren. Antigua hat eine in US-Besitz befindliche Ölraffinerie unter seine Kontrolle gebracht. Die Regierung von Tobago und Trinidad hat 32 ausländische Firmen übernommen und beherrscht jetzt vor allem selbst die Zuckerproduktion. Guayana verfolgt seit Beginn der siebziger Jahre eine konsequente Politik der Nationalisierung, Kontrolle und der Entwicklung der nationalen Wirtschaft. 80 Prozent der Unternehmen sind nationalisiert und befinden sich zum größten Teil in den Händen des Staates. In der Bauxitindustrie hat es zwei staatliche Gesellschaften gegründet auf der Grundlage von zwei zuvor nationalisierten Unternehmen, die vornehmlich amerikanischen Kapitalisten gehörten. Eine der beiden Gesellschaften hat seit 1972 zwei neue Minen eröffnet, eine Kalkbrennerei und ein Aluminiumlager errichtet und betreibt ein eigenes Forschungs- und Konstruktionsbüro. In den fünfzig Jahren vor der Nationalisierung hat das ausländische Kapital aus der Bauxitproduktion 50 Millionen US-Dollar herausgeholt. Jetzt kann das Land selbst darüber verfügen, und 1975 hat es allein 10 Millionen US-Dollar Überschuß erwirtschaftet. Im Mai des letzten Jahres hat Guayana auch die gesamte Zuckerproduktion, bestehend aus 11 Zuckermühlen und 120 000 Hektar Land, nationalisiert. Es wurden 1976 32 000 Tonnen Zucker mehr produziert als im Vorjahr. Die Produktivität in der Holzwirtschaft konnte um 20 Prozent gesteigert werden. Mit dem Aufbau der nationalen Wirtschaft müssen auch einheimische Arbeitskräfte ausgebildet werden, die die „ausländischen Spezialisten" ersetzen.

So wurden im letzten Jahr in Guayana über 100 Ingenieure ausgebildet, die vor allem im Aufbau von Stahlwerken eingesetzt werden und im Schiffbau arbeiten. In der Schiffsindustrie wurden 1976 im Auftrag der Regierung zwei Schlepper gebaut. 51 Reparaturen an Fischerbooten, Fähren und Frachtern für Trinidad, Barbados, Tobago und andere karibische Mitgliedstaaten hat die guayanische Schiffsindustrie durchgeführt, was die Zusammenarbeit mit diesen Ländern festigt.

In anderen wirtschaftlichen Sektoren wurden 27 kleinere staatliche Unternehmen aufgebaut. Die Länder der Karibik fördern wie alle Länder der Dritten Welt vor allem den Aufbau kleinerer Betriebe. Das hat für sie den Vorteil, daß geringe Investitionen erforderlich sind, die sie selbständig aufbringen können. Die rasche Amortisation bei kleineren Betrieben ermöglicht hohe Gewinne und Kapitalakkumulation für den Aufbau größerer Industrie. In allen Ländern der Karibik werden kleinere Fabriken für die Herstellung von Nägeln, Ziegelsteinen, Haushaltswaren u.ä. betrieben. Jamaika hat mittlerweile 56 kleinere Fabriken errichtet. In Tobago und Trinidad wurde eine staatseigene Fischverarbeitungsindustrie aufgebaut.

Auf dem südamerikanischen Kontinent macht der Zusammenschluß der Entwicklungsländer gegen die Imperialisten ebenfalls Fortschritte.

Am 17. Februar ging das Treffen des Andenpakts zu Ende. Die fünf Mitgliedstaaten Peru, Venezuela, Ekuador, Bolivien und Kolumbien haben Resolutionen und verschiedene Abkommen unterzeichnet, die der Entwicklung der Industrie, der Erhöhung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten dienen und die Handelsbeziehungen erleichtern sollen. Die Mitgliedstaaten des Andenpaktes haben ihre Produktion im letzten Jahr um 7 Prozent steigern können.

Die lateinamerikanischen Länder haben im letzten Jahr eine Reihe von bilateralen Abkommen geschlossen.

Die Abkommen der lateinamerikanischen Länder dienen dazu, den gegenseitigen Bedürfnissen entgegenzukommen. Argentinien und Uruguay, Länder mit entwickelter Landwirtschaft und Viehzucht, haben ihre Exporte an Getreide, Mehl, Mais, Fleisch und Früchten gegenüber Ländern wie Bolivien, Venezuela, Chile, Brasilien und Peru gesteigert. Das ölreiche Venezuela hat zugestimmt, täglich 20 000 Barrel Öl an Argentinien zu exportieren und nach Kolumbien von 1976 bis 1979 insgesamt 2,85 Millionen Barrel Leichtöl. Das erzreiche Peru unterstützt Argentinien mit Eisenerz-, Kupfer- und Zinklieferungen; Bolivien steigert seine Erdgasexporte nach Brasilien und Argentinien. Brasilien und Kolumbien haben ein Abkommen geschlossen zur Förderung der kolumbianischen Kohle. Argentinien und Bolivien arbeiten gemeinsam an einem Mikrowellensystem, um die bolivianischen Ölvorkommen besser zu erforschen; Brasilien und Uruguay wollen in Zusammenarbeit eine Fischfabrik in Uruguay errichten und zwei Brücken über den Uruguay und den Parana-Fluß bauen, ein Straßentunnel durch die Anden befindet sich bereits im Bau. Argentinien ermöglicht Bolivien den Zugang zum Meer, indem es ihm den Zugang zum Hafen Rosarion offenhält. Die gegenseitige Unterstützung erleichtert den Ländern den Aufbau einer nationalen Industrie. Venezuela hat von 1974 bis Mitte Februar 1977 durch Verleihung von Staatsgeldern den Ausbau von 385 Fabriken und den Neubau von weiteren 332 Fabriken erreichen können. Im März wurde das „forjas santa clara"-Hüttenwerk eröffnet. Es ist in seiner Art das erste des Landes und hat eine Kapazität von 14 000 Tonnen. Es ist ausschließlich mit venezuelanischem Kapital aufgebaut worden. In Peru wurde im Februar eine Anlage zur Erzförderung in Betrieb genommen. Damit können täglich 30 bis 40 Tonnen Erz gefördert werden. In Bolivien wurde im Februar ein neues Ölfeld ausfindig gemacht. Bolivien fördert mittlerweile 42 000 Barrel am Tag, wovon es 22 000 Barrel exportieren kann.

Im April fand in Santiago ein Treffen zwischen Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Peru, Chile und den arabischen Ländern statt. Es ist vereinbart worden, eine Entwicklungsbank mit einem Kapital von 100 Millionen US-Dollar im Juni oder Juli zu eröffnen. 60 Prozent der Einlagen werden von den arabischen Ländern getragen.

Große Fortschritte im Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit machen die Länder des afrikanischen Kontinents und der arabischen Länder. Auf dem ersten afro-arabischen Gipfeltreffen im März haben die arabischen und afrikanischen Länder beschlossen, den Befreiungskampf der Völker Afrikas mit 11 Millionen US-Dollar zu unterstützen. Saudi-Arabien stellte dafür nochmals 1 500 Millionen US-Dollar zur Verfügung.

In Afrika wurden in den letzten Jahren ähnlich wie in den Ländern Lateinamerikas verschiedene Abkommen getroffen. So zur Erhöhung der Reisproduktion, zur Bewässerung des Landes, zur Gewinnung von Energie durch Wasserkraft, zum Ausbau des Verkehrswesens und gegenseitiger finanzieller Unterstützung.

Die Imperialisten betrachten diese Entwicklung haßerfüllt. Auf der Nord-Süd-Konferenz treten die Vertreter der Entwicklungsländer auf unter den Forderungen nach Streichung aller Schulden, Erhöhung der Preise für 18 Produkte, und sie fordern Abnahmegarantien für ihre Rohstoffe. Die Imperialisten geraten gegenüber den Ländern der Dritten Welt in einem immer schwächere Position. Ihre Konkurrenz untereinander verschärft sich zunehmend, während die Einheit der Entwicklungsländer gegen die neokolonialistischen Absichten der Imperialisten wächst. – (Z-Red.)

„Wir betteln nicht, daß sie gehen, aber wir wollen, daß sie ihre Sachen packen"

Supermächte im Kampf um die Seeherrschaft über den Indischen Ozean und die Kontrolle der „Lebensadern"

Auf einer Pressekonferenz zu den SALT-Verhandlungen am 31.3. hatte US-Präsident Carter die Bildung von 8 sowjetisch-amerikanischen Arbeitsgruppen bekanntgegeben. Eine dieser Arbeitsgruppen, „die nach beiderseitiger Vereinbarung eingesetzt werden soll, wird sich mit den Bedingungen befassen, aufgrund derer wir den Indischen Ozean entmilitarisieren oder die militärischen Anstrengungen in dieser Region verringern könnten".

Einige Tage später versicherte SU-Außenminister Podgorny auf seiner Rundreise durch mehrere afrikanische Staaten, daß auch die Sozialimperialisten die Umwandlung des Indischen Ozeans in eine entmilitarisierte Zone befürworten. Bereits im Dezember 1976 hatte Breschnew in seiner Rede auf dem 25. Parteitag der KPdSU an dieser Lüge gewoben: „In letzter Zeit mehren sich in einer Anzahl Länder die Aktionen dafür, daß der Raum des Indischen Ozeans nicht zum Schauplatz der Anlage von Militärstützpunkten dieser oder jener Mächte werde. Wir sympathisieren mit diesen Aktionen. Was die Sowjetunion anbelangt, so hatten und haben wir nicht die Absicht, Militärstützpunkte im Indischen Ozean anzulegen. Und wir fordern die Vereinigten Staaten von Amerika auf, den gleichen Standpunkt zu beziehen."

Im Komplott gegen die asiatischen und afrikanischen Anliegerstaaten des Indischen Ozeans und in der Absicht, sich gegenseitig übers Ohr zu hauen, um die eigene militärische Position gegenüber dem Rivalen auszubauen, ziehen die Supermächte einen Rauchvorhang um ihre Absichten in diesem Teil der Welt. Woher denn ihre plötzliche „Sinneswandlung"? Jahrelang haben sie sich der von der UNO beschlossenen und von über 100 Ländern unterstützten Resolution über die „Erklärung des Indischen Ozeans zu einer Friedenszone" widersetzt. Sind sie jetzt etwa für ihre Durchführung?

Kein Wort. Sie manövrieren, gezwungen durch den wachsenden Zusammenschluß der Völker dieser Region gegen Imperialismus und Hegemonismus. Der erste stellvertretende Präsident von Tansania, Aboud Jumbe, zum Beispiel forderte: „Die Supermächte sollen den Indischen Ozean, der eine Friedenszone ist, verlassen. Wir betteln nicht, daß sie gehen, aber wir wollen, daß sie ihre Sachen packen." Sri Lanka, die Philippinen und Malaysia bekräftigten vor kurzem ihre Forderung nach Durchsetzung der UNO-Resolution. Der Iran erklärte, er wünsche sich den Indischen Ozean „frei vom Ringen der Großmächte". Madagaskars Außenminister Bruo sagte: „Wir können die Streitkräfte jener Großmächte nicht akzeptieren, die unter dem Vorwand, uns zu verteidigen, hierher (in den Indischen Ozean) eingedrungen sind." (Zitiert nach Peking Rundschau 7/1977)

Die Forderung der Anliegerstaaten ist eindeutig: vollständiger Abzug der Supermächte aus dem Indischen Ozean. Was soll das, wenn Breschnew von „diesen oder jenen Mächten" spricht und jede russische Anwesenheit im Indischen Ozean leugnet? Die sowjetische „Sympathie" beschränkt sich auf die Auflösung amerikanischer Stützpunkte, die UdSSR zieht sich keineswegs aus dem Indischen Ozean zurück. Ebensowenig wie die US-Imperialisten ihre Sachen dort packen.

In der Region am Indischen Ozean lebt knapp ein Drittel der Weltbevölkerung. Sie ist reich an natürlichen Ressourcen: allein im südostasiatischen und australischen Bereich liegen mit die ergiebigsten Rohstoffquellen der Welt, die in ihrem Umfang noch längst nicht bekannt sind, vor allem Kautschuk, Zinn, Eisenerz, Bauxit und Uran. Dazu kommt der große Reichtum einiger Länder an Gold und Silber, Erdöl, Edelhölzern usw. Um die Absatzmärkte, Kapitalanlagesphären, Rohstoffe und Arbeitskräfte in diesem Teil der Welt führen die Supermächte einen erbitterten Kampf.

„Die Schiffsrouten ... um Südafrika herum nach Europa, durch die Malakka-Straße zwischen Indonesien und Malaysia nach Japan, Ostasien und den Vereinigten Staaten sind wichtige Lebensadern sowohl für die importierenden wie die exportierenden Länder", schreibt das Ständige Komitee für Außenpolitik und Verteidigung des australischen Senats in einem Bericht über den Indischen Ozean. (Zitiert nach Neue Zürcher Zeitung vom 13.5.) Diese „Lebensadern" sind Kanäle, über welche die imperialistischen Mächte mit dem Eigentum der Völker am Indischen Ozean abziehen. Zum Beispiel passieren jährlich rund 8 000 Öltanker den Indischen Ozean, rund 50 % des arabischen Öls wird über den Indischen Ozean transportiert, rund 80 % der Erdölimporte Japans. Ein großer Teil des Außenhandels der Anrainerstaaten ebenso. Japan ist in seinem Außenhandel fast vollständig von den Seewegen im Indischen Ozean abhängig.

Wer von den beiden Supermächten die Seeherrschaft über den Indischen Ozean ausübt, die „Lebensadern" unter seine Kontrolle bringt und den Rivalen aus dem Geschäft verdrängt, der bringt nicht nur die Anliegerstaaten, sondern vor allem Europa und Japan unter seine Fuchtel.

Das verschärft den Kampf um den Indischen Ozean. Die beiden Supermächte versuchen ständig, sich im Ausbau ihrer Flotten und Militärstützpunkte zu überbieten. Die USA haben, im Rahmen des „Abkommens über die Benutzung bestimmter Inseln im Indischen Ozean für militärische Zwecke" von 1966, ehemalige britische Militärstützpunkte übernommen, vor allem die Insel Diego Garcia, die ihnen als Nachrichten-, Flotten- und Luftstützpunkt dient. Der Stützpunkt wird gegenwärtig mit großem Tempo ausgebaut. Unter anderem sind hier Aufklärungs- und U-Jagdflugzeuge mit großer Reichweite stationiert. Außerdem haben die USA Reparatur- und Versorgungsstützpunkte ihrer Flotte auf den Cocos- und Christmas-Inseln vor dem australischen Kontinent und in Australien mehrere Fernmelde- und Nachrichtenstützpunkte. Die „Österreichische Militärische Zeitschrift" schrieb Anfang 1976: „Darüber hinaus wird der Indische Ozean als mögliches Operationsgebiet der amerikanischen atomgetriebenen Raketenunterseebote der Trident-Klasse von Bedeutung, so daß ein gesicherter Stützpunkt in Zukunft vermehrte strategische Bedeutung gewinnt."

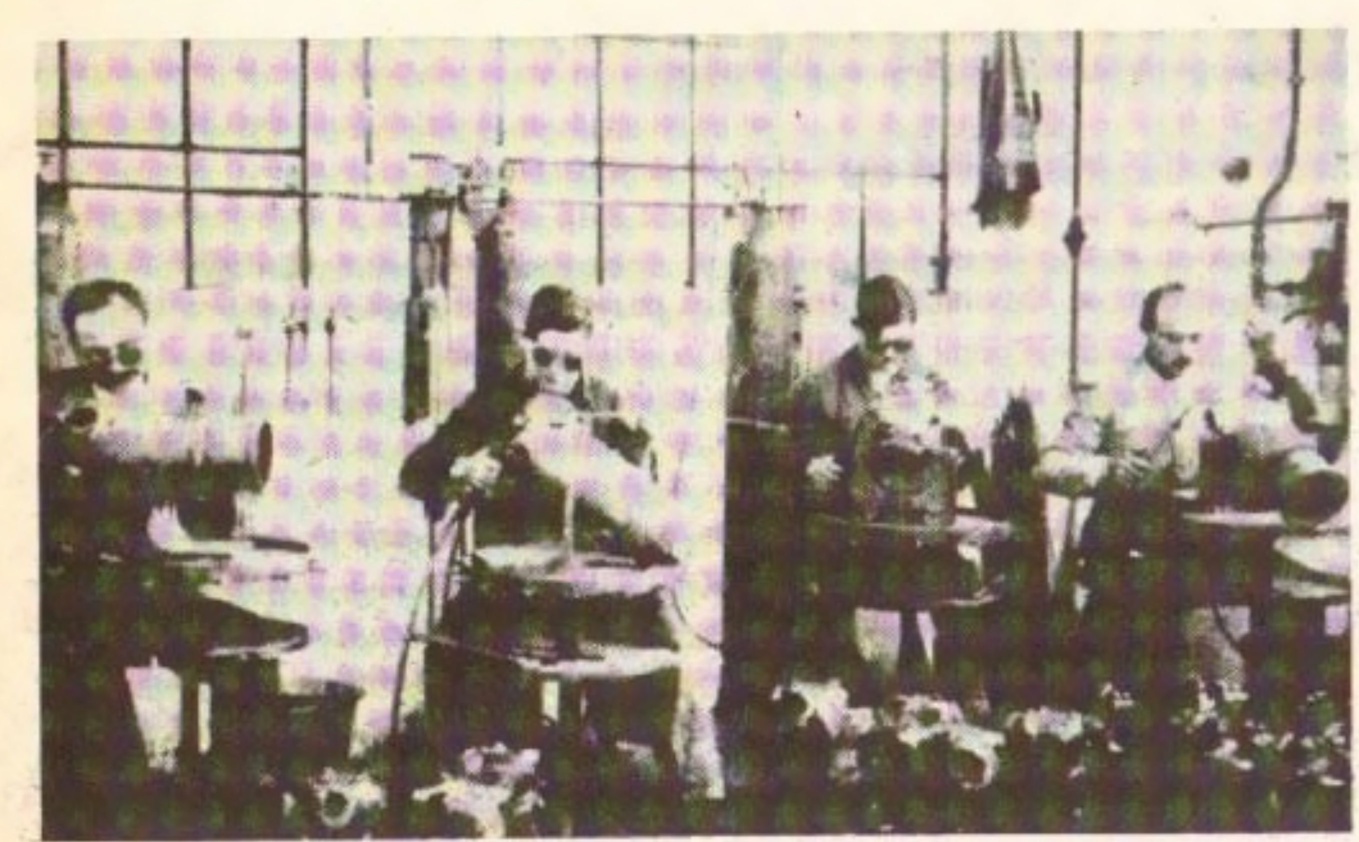
Die Sozialimperialisten unterhalten eine ständige Flotte von 20 Kriegsschiffen im Indischen Ozean. Sie haben schwimmende Liegeplätze für ihre Kriegsschiffe verankert und das Recht auf die Benutzung von ungefähr einem Dutzend Häfen und Militärstützpunkten durch Druck und Erpressung der Anliegerstaaten an sich gerissen. Um ihrer Pazifikflotte, die, einschließlich 30 Atom-U-Booten, über 750 Kriegsschiffe verfügt, die freie Einfahrt in den Indischen Ozean zu ermöglichen, treten die Sozialimperialisten auf den Seerechtskonferenzen für die „Internationalisierung" der Malakka-Straße und für die „Freiheit" der Schiffahrt auf. (Vgl. Peking Rundschau 18/1976)

In Wirklichkeit ist die sowjetische Kriegsflotte im Indischen Ozean größer als 20 Schiffe. Zahlreiche Spionageschiffe fahren unter der Flagge „Forschungs-", „Handels", „Fischerei-" oder „Touristik"schiff. Die thailändische Regierung hat Mitte 1976 enthüllt, daß die Hälfte der über 80 Schiffe, die in den ersten 5 Jahren Bangkok angelaufen haben, keinerlei Lade- oder Ausladetätigkeiten verrichtet haben.

Die meisten und größten Militärstützpunkte haben sich die Sozialimperialisten am Ausgang des Roten Meeres verschafft. Seit 1973 wird Berbera in Somalia zum Hauptstützpunkt ausgebaut.

„Für die Streichung einer Schuld von 125 Mio Dollar wurden Hafenrechte in Berbera zugestanden und die Zustimmung zur Errichtung eines Luft- und Raketenstützpunktes einschließlich umfangreicher elektronischer Einrichtungen erteilt. Diese Anlagen sind fertiggestellt und ermöglichen die Überwachung des Indischen Ozeans", schreibt die „Österreichische Militärische Zeitschrift" (2/76).

Was die Sozialimperialisten neben der Schleifung der Militärstützpunkte ihres Rivalen USA unter „Entmilitarisierung" des Indischen Ozeans verstehen, haben sie im vergangenen Monat selbst enthüllt: Mit massiven Drohungen haben sie auf die Ankündigung arabischer Staaten reagiert, eine arabische Marinestreitkraft zur Verteidigung des Roten Meeres aufzubauen. „Die Intrigen der reaktionären arabischen Staaten in der Region des Roten Meeres verschlechterten ernstlich die internationale Situation und schafften eine explosive und gefährliche Atmosphäre", schreiben sie in ihrer Wochenzeitung „Neue Zeit". Was sich verschlechtert, sind die Aussichten der Supermächte, die Seeherrschaft über den Indischen Ozean zu erreichen. Klar, daß die Sozialimperialisten toben, wenn die Anliegerstaaten nicht betteln, daß sie gehen, sondern ihrer Forderung nach dem Abzug der Supermächte durch den Aufbau eigener Marine Nachdruck verleihen. – (Z-Red)



BMW-Arbeiter beim Bau von Flugzeugmotoren. Für den Profit der Rüstungskapitalisten wurden sämtliche Arbeitsschutzbestimmungen und Rechte der Arbeiter außer Kraft gesetzt.



Rosenheimer Bauern treiben auf Grund ihrer Verelendung durch den imperialistischen Krieg ihr halbverhungertes Schlachtvieh zum Bahnhof.

Die bayerische Räterepublik 1918 – 1919

Am 7. April 1919 haben in den revolutionären Kämpfen der Arbeiter Sozialdemokraten der USP und Anarchisten die bayerische Räterepublik in München ausgerufen. Aber die Bewaffnung des Proletariats wurde nicht umfassend durchgeführt, und es wurde nicht darangegangen, das Privateigentum der Kapitalisten zu enteignen.

Durch ein Plakat wurde die Diktatur des Proletariats verkündet, die Konterrevolution konnte weiterhin ihr Unwesen treiben. Die revolutionären Arbeiter rangen in bewaffneten Kämpfen die konterrevolutionären Truppen nieder. Am 14. April 1919 setzten die Betriebs- und Kasernenräte diese Regierung ab und übertrugen die ganze gesetzgebende und vollziehende Gewalt in die Hände eines revolutionären Aktionsausschusses, der von den Arbeitern und Soldaten gewählt wurde. In kürzester Zeit wurden über 20 000 Waffen durch die Entwaffnung der Bourgeoisie in München verschafft und betriebsweise an die Arbeiter verteilt. Ein 9tägiger Generalstreik wurde organisiert. Unter Führung der Arbeiter- und Soldatenräte wurde eine Rote Garde gebildet, die an Stelle der aufgelösten Polizei den Sicherheitsdienst übernahm. Die Rote Armee wurde aufgebaut. Sofort wurden die Banken nationalisiert und die Konten der Kapitalisten gesperrt. Die vollständige Kontrolle über die Betriebe übernahmen die Betriebsräte, die jederzeit den Arbeitern rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar waren. Die bürgerliche Presse wurde unterdrückt, Schülerräte aufgebaut und die bürgerlichen Professoren der Universität entlassen.

Die Bourgeoisie in Deutschland war aber nicht geschlagen. Sie organisierte die Konterrevolution mit dem Ziel, die bewaffnete Arbeitermacht der bayerischen Räterepublik mit ihrem Zentrum in München niederzuschlagen.

Die USPler und Anarchisten drängten auf Verhandlungen mit der vom Proletariat vertriebenen Regierung Hoffmann. Innerhalb der Arbeiterklasse war die politische Spaltung nicht überwunden und der Marxismus-Leninismus nicht verankert, der als Theorie des Proletariats allein in der Lage ist, den Weg der Arbeiterklasse zu weisen, die Diktatur des Proletariats zu erringen, zu verteidigen und zu festigen. In der bayerischen Räterepublik wurde die Arbeiterklasse nicht einheitlich geführt durch ihre Vorhutorganisation, die Kommunistische Partei. Die Bourgeoisie konnte in der Konterrevolution gegen die bayerische Arbeiterklasse auch siegen, weil es der Arbeiterklasse nicht gelungen war, die Bastionen der Bourgeoisie auf dem Lande niederzureißen und die größten Teile der Bauernmassen für die Revolution zu gewinnen. Nur wenn die Revolution durch den bewaffneten Aufstand der Volksmassen unter Führung des Proletariats einheitlich im ganzen Land durchgeführt wird, kann die Arbeiterklasse die politische Macht erobern. Während die Arbeiter in München den bewaffneten Aufstand durchführten, war in Berlin die Revolution bereits durch die weißen Garden der Reaktion niedergeschlagen. (S-Red.)



Am Morgen des 8. November 1918 begrüßen Soldaten vor dem Mathäserbräu die Ausrufung der Bayerischen Republik durch den Münchner Arbeiter- und Soldatenrat. Im November übernehmen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte die Macht.
Macht.

Lenin, Vorsitzender des Rats der Volkskommissare an den Vollzugsrat der Betriebs- und Soldatenräte Münchens

Wir danken für die Begrüßung und begrüßen unsererseits von ganzem Herzen die Räterepublik in Bayern. Wir bitten, Sie mögen uns häufiger und konkreter mitteilen, welche Maßnahmen Sie zwecks Bekämpfung der bürgerlichen Henker, der Scheidemänner und Kompagnie durchgeführt haben, ob Sie in Stadtbezirken Arbeiterräte und Hausangestelltenräte geschaffen haben, ob Sie die Bourgeoisie entwaffnet haben und die Arbeiter bewaffnet, ob Sie Kleiderlager und andere Warenlager beschlagnahmt, ob Sie speziell die Fa-
schlagnahmt, ob Sie speziell die Fa-
briken und die Reichtümer der kapitalistischen Landwirtschaftsunternehmungen in der Umgebung expropriiert, ob Sie die Hypotheken und Pachtabgaben für die Kleinbauern abgeschafft haben, ob Sie die Löhne der Landarbeiter und der ungelernten Arbeiter verdoppelt und verdreifacht haben, ob Sie alles Papier und Druckereien für die Herausgabe populärer Flugblätter und Zeitungen für die Massen konfisziert haben, ob Sie den sechsstündigen Arbeitstag mit zwei- oder dreistündiger Beschäftigung auf Staatsverwaltungsgebiet eingeführt haben, ob Sie die Bourgeoisie gezwungen haben, weniger Raum zu bewohnen zwecks sofortiger Einführung der Arbeiter in reichen Wohnungen, ob Sie alle Banken in Ihre Hände genommen haben, ob Sie Geiseln aus der Bourgeoisie genommen haben, ob Sie höhere Lebensmittelrationen für die Arbeiter als für die Bourgeoisie eingeführt haben! Ob Sie alle Arbeiter für die Verteidigung der Räteregierung bis zum letzten Mann und die Ideenpropaganda in den umliegenden Dörfern mobilisiert haben? Durch restlose Durchführung solcher und ähnlicher Maßnahmen in großem Maßstabe
Maßnahmen in großem Maßstabe
mit Selbsttätigkeit der Arbeiterräte und Abgesandten der Kleinbauernräte muß Ihre Lage befestigt sein. Es ist notwendig, der Bourgeoisie eine außerordentliche Steuer aufzuerlegen, um den Arbeitern, Landarbeitern, Kleinbauern sofort um jeden Preis eine tatsächliche Besserung ihrer Lage zu gewähren. Beste Grüße und Wünsche wirklicher Erfolge.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

An alle gegen die Räterepublik kämpfenden Truppen!

Soldaten!

Die Münchener Proletarier und Soldaten haben sich erhoben und die Regierungsgewalt in tapferem Kampfe gegen die Kapitalisten an sich gerissen.

Nun schicken Euch, unsere Brüder, der Oberst Epp und die Verräter der Arbeiterklasse Hoffmann und Schneppenhorst gegen uns. Kameraden! Was wollt Ihr von den freien Arbeitern und Soldaten Münchens! Wollt Ihr, daß Ihr für immer in der Geschichte als Würger und Henker der Münchener Arbeiter und revolutionären Soldaten gebrandmarkt werdet?

Nein, Soldaten, Ihr gehört zu uns! Die ganze Garnison München steht hinter der Münchener Arbeiter- und Soldatenrepublik! Kommt zu uns und schart Euch um unser rotes Banner, das Banner der Freiheit! Eure Führer lügen über uns, um Euch in einen aussichtslosen ehrlosen Kampf zu treiben und mit Eurer Hilfe sich den Geldsack zu sichern!

[illegible] Ihr habt nichts zu verlieren als Eure Ketten!

Darum nochmals: Weigert Euch, für die Kapitalisten und die Offiziere zu kämpfen, ~~gebt die Gewehre an uns ab~~ und kommt als Brüder zu uns!

Es lebe die Revolution!

Es lebe die Bayerische Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Räterepublik!

Es lebe die Weltrevolution! Es lebe die Rote Armee!

München, den 16. April 1919.

Der Vollzugsrat der Betriebs- und Soldatenräte Münchens.

Der Stadtkommandant: Egelhofer.



Rotgardisten verteidigen den Hauptbahnhof gegen den erwarteten Aufmarsch von Reichswehr und Freicorps Ende April 1919.

Zur Bewaffnung

Die Bewaffnung der Arbeiter erfolgt in den Betrieben durch die Betriebsräte. In erster Linie werden die Waffenkundigen bewaffnet.

Für Waffenunkundige werden sofort Uebungen unter Leitung von Waffengeübten abgehalten. Alle Waffendienste sind nur von Waffenkundigen auszuüben.

Die Betriebsräte haben an Hand von Listen, welche Namen und Waffennummern enthalten, eine strenge Waffenkontrolle auszuüben.

Vollzugsrat der Betriebs- und Soldatenräte Münchens



1. Mai-Demonstration 1919 in Rosenheim.

Schmutzige Manöver zur Unterdrückung des Kampfes für den 7-Stunden-Normalarbeitstag

In diesem Monat Mai finden die Vertreterversammlungen in der IG Metall statt, auf denen die Delegierten für den Gewerkschaftstag in Düsseldorf gewählt werden und die Anträge an den Gewerkschaftstag aus den Verwaltungsstellen und Bezirken verabschiedet werden. Antragsfrist ist der 31. Mai.

Bei Durchsicht der Antragsmaterialien verschiedener Verwaltungsstellen für die Vertreterversammlungen bestätigt sich, daß der Kampf für die Beschränkung des Normalarbeitstages und seine Verkürzung auf sieben Stunden bei der Vorbereitung des Gewerkschaftstages im Zentrum des Kampfes zwischen der Arbeiterbewegung und der Politik der Klassenversöhnung der Sozialdemokratie steht.

Keine Verwaltungsstelle, wo sich nicht richtige und sozialdemokratische Anträge zum Siebenstundentag schroff gegenüberstehen.

Nach unserem bisherigen Überblick ist allerdings kein Antrag bis auf die Ebene der Vertreterversammlungen durchgekommen, der alle Seiten des Normalarbeitstages in Forderungen zusammenfaßt: Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, Verbot der Überstunden, Verbot der Akkordarbeit, Verbot der Nacht- und Schichtarbeit. Ein solcher Antrag kann nur im prinzipiellen Angriff auf die Tarifpolitik der Sozialdemokratie vertreten werden wie die Forderungen selber nur durchgesetzt werden können, wenn sie mit dem Kampf für einen ausreichenden Tariflohn auf den Normalarbeitstag und mit dem Kampf gegen die imperialistische Steuerausplünderung, die jede Tariferhöhung zu schanden macht, verbunden werden.

Die Klarheit darüber beginnt sich in der Arbeiterbewegung erst herauszubilden. Die Interessen der Arbeiterbewegung im Kampf für den Siebenstundentag finden jedoch ihren Ausdruck in der Forderung nach Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich. Im Kampf für die Durchsetzung dieser Forderung werden alle Seiten des Normalarbeitstages, wie der Kampf für einen ausreichenden Tariflohn auf den Normalarbeitstag und gegen die imperialistische Steuerausplünderung praktisch aufgeworfen werden und in den notwendigen klaren Forderungen gefaßt werden können. Entscheidend ist, daß die Arbeiterbewegung die Forderung nach der Verkürzung des Normalarbeitstages bei vollem Lohnausgleich prinzipiell und ausgehend von den Interessen der Arbeiterklasse statt von einem angeblich vorhandenen gemeinsamen Interesse an der Sanierung des Kapitalismus ausgehend, aufwirft und erhebt. Dies ist der Fall in dem einstimmigen Beschluß der Opelbetriebsversammlung, der die Sonderschichten verurteilt und die gesetzliche Festlegung des Siebenstunden-Normalarbeitstages fordert. Dies ist der Fall bei allen Anträgen, in denen der Siebenstunden-Normalarbeitstag bei vollem Lohnausgleich gefordert wird, ohne in der Begründung irgendwelchen Unsinn über die dadurch herbeigeführte Beseitigung der Arbeitslosigkeit in die Welt zu setzen.

Die sozialdemokratischen Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit unterscheiden sich von diesen Anträgen, die von den Interessen der Arbeiterbewegung ausgehen, ihrem Wesen nach. Die Sozialdemokratie geht überall daran, die Forderung nach dem Siebenstundentag aufzugreifen und in ihrer Stoßrichtung gegen die Kapitalistenklasse umzubiegen. So hat der Vertrauensleutekörper von Ortmann&Herbst in Hamburg an die Vertreterversammlung den schlichten Antrag gestellt: „Der Gewerkschaftstag möge beschließen: Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf 35 Wochenarbeitsstunden.“ Diesen Antrag hat die Ortsverwaltung Hamburg zusammen mit anderen Anträgen in einen Sammelantrag unter dem Titel „Flankierende tarifpolitische Maßnahmen zur Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung“, indem sie ihn in einer Vorbemerkung in sein Gegenteil umwandelte, ‚erledigt‘: „Der Gewerkschaftstag möge beschließen: Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zur Einleitung einer strukturpolitisch orientierten Vollbeschäftigungspolitik setzt sich die IG Metall auf der Grundlage folgender Ziele Prioritäten in der Tarifpolitik: – Veringerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden.“ Sodann folgen andere Punkte mit nebulösem Inhalt wie „Anreicherung der Arbeitsinhalte“. Von Lohnausgleich ist in der Fassung der Ortsverwaltung gleich nimmer die Rede. Statt als Forderung gegen die Verschärfung der Ausbeutung und die schrankenlose Ausdehnung des Arbeitstages durch Zwang zu Überstunden ist der Siebenstundentag auf einmal zu einer Maßnahme der „strukturpolitisch orientierten Beschäftigungspolitik“ geworden, wo er dann neben den Investitionsprogrammen der Bundesregierung für die Kapitalisten rangieren kann. Auch eine Methode, die klaren und einfachen Forderungen der Arbeiterbewegung vom Tisch zu wischen.

In der Verwaltungsstelle Darmstadt, in der Opel-Rüsselsheim liegt, sind verschiedene Schritte notwendig gewesen, um die Forderung der Opelbetriebsversammlung auszuschalten. Die Sozialdemokraten wissen, warum sie sich dafür angestrengt haben. Der Beschluß der Opel-Betriebsversammlung bedeutet einen großen Impuls für die Arbeiterbewegung im Kampf um den Siebenstunden-Normalarbeitstag. Also muß er in den Akten verschwinden. Heller, Betriebsratsvorsitzender von Opel-Rüsselsheim hat gleich gar nicht den Beschluß der Betriebsversammlung auf die Vertreterversammlung eingebracht sondern einen eigenen, der nichts gegen die Sonderschichten enthielt und auch keine Forderung nach gesetzlicher Beschränkung des Normalarbeitstages. Auf der Vertreterversammlung hat er dann einen Antrag der Ortsverwaltung Darmstadt unterstützt, der nochmal verwaschener war.

Bei ihren Manövern gegen die Forderung nach dem Siebenstundentag setzt die Sozialdemokratie an der Arbeitslosigkeit an. Wer spürt nicht den Druck der industriellen Reservearmee, wer ist nicht gegen die Arbeitslosigkeit? Davon ausgehend soll der Arbeiterbewegung vorgemacht werden, sie könne durch „Verzicht“ auf eine Stunde Arbeit Arbeitsplätze schaffen. Wird die Verkürzung des Arbeitstages erstmal als Verzicht auf eine Arbeitsstunde gefaßt, dann ist der Schritt zum Lohnverzicht schon nicht mehr weit. Da will die Sozialdemokratie hin. Und am Ende hat man weniger Lohn, noch mehr Überstunden und kein Arbeitsloser hat davon Arbeit. Darauf will die Sozialdemokratie hinaus.

Die Sache verhält sich aber anders: Die Beschränkung und Verkürzung des Arbeitstages stellt sich dringend wegen der Existenz der industriellen Reservearmee. Unter ihrem Druck verschärfen die Kapitalisten die Ausbeutung immer mehr und versuchen jede Schranke des Arbeitstages zu beseitigen. Deshalb ist die Forderung nach dem Siebenstundentag aktuell und dringlich. Im Kampf dafür sammelt die Arbeiterklasse die Kraft, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse umzuwälzen durch die proletarische Revolution und damit die Grundlage für die Existenz der industriellen Reservearmee. Die Sozialdemokratie dagegen will aus ihren vielbeschworenen „Arbeitnehmern“ gleich noch Arbeitwegnehmer machen. Wer Arbeit hat, nimmt sie dem weg, der keine hat. Das ist eine typische Idee der Kapitalisten. Die Spaltung zwischen Arbeitern, die Arbeit haben und Arbeitern, die auf die Straße geworfen sind durch die Kapitalisten, wäre perfekt. Es ist wirklich ein schmutziges Manöver, diese Spaltung unter dem Vorwand des Kampfes für den Siebenstundentag zu betreiben. Mit den Vertreterversammlungen und ihren Beschlüssen ist der Kampf der zwei Linien in der Gewerkschaft bei der Vorbereitung des Gewerkschaftstages nicht beendet. Das weiß die Sozialdemokratie am allerbesten. Aber umgekehrt: keine Belegschaft, kein Vertrauensleutekörper, kein Arbeiter hat Grund, auf den Kampf für richtige Forderungen zu verzichten, wenn die Sozialdemokratie auf Vertreterversammlungen falsche Beschlüsse fassen läßt. Der Gewerkschaftstag wird unter dem Druck der Arbeiterbewegung stehen. – (Z-Red)

Bremer Vulkan. Als die Lohnabrechnungen vom April kamen, arbeitete ich in einer neuen Kolonne. Dort hatten die Schweißer und Schweißerinnen alle nur 30 % Akkord für den letzten Monat. 40 % hatte ich auf meiner Abrechnung, der Lohnunterschied von 40 % zu 30 % macht beim Ecklohn 138,40 DM, bei Lohngruppe 7 131,40 DM aus.

Im Akkordbüro sitzen die Verantwortlichen für die 30 %. Das weiß jeder. Normal, sagen die Schweißer, wären hier rund 35 % Akkord. Zugleich berichteten sie aber, daß sie selbst diesen Akkordsatz nur durch Kampf erhalten haben. Zum Beispiel ist jetzt gerade der Radarmast bei der Nachbarkolonne fertig geworden. 135 Stunden Vorgabezeit hat das Akkordbüro dafür hingelegt. Nach Protest der Kolonne waren es dann 165 Stunden. Als die Arbeit fertig war, waren 215 reine Arbeitsstunden an dem Mast gearbeitet worden. Der Akkordschreiber also hin, die Stundenzettel vorgelegt und auf Bezahlung gedrängt nicht unter 35 % Akkord. Er hätte auch keine Lust, darüber zu „diskutieren“, sondern, wenn sie nicht zahlen würden, käme die ganze Kolonne ins Akkordbüro plus dem Betriebsrat. Das haben sie schon des öfteren gemacht, also hat das Akkordbüro bezahlt.

Diesmal haben wir noch keine Einheit hingekriegt, um zum Akkordbüro zu gehen. Aber das nächste Mal dürfen keine 30 % Akkord wieder gezahlt werden, das ist die einhellige Meinung. Mit einigen Arbeitern zusammen achten wir jetzt noch genauer auf die Akkorde und haben besprochen, daß es gilt, das nächste Mal nicht nur für einen ausreichenden Akkord für die Arbeit etwas zu tun, sondern zum Betriebsrat zu gehen und ihn aufzufordern, endlich gemeinsam mit uns allen dran zu gehen, die alte Forderung der Belegschaft nach einem garantierten Mindestakkord von 35 % durchzusetzen, als einen Schritt, den die Belegschaft machen kann in die Richtung des völligen Verbots der Akkordarbeit, was die Belegschaft als Antrag an den Gewerkschaftstag gefordert hat.

„Mobilitätszulage gut genutzt“ (Handelsblatt, 17.5.77) Das Programm der Bundesregierung vom November 1976 zur Förderung der „Mobilität“ der Arbeitslosen läuft diesen Monat aus. Die 430 Mio. DM sind nur zu einem Viertel verbraucht worden. Das heißt, daß durch ein paar tausend Mark Umzugshilfe sich die Arbeitslosen nicht gewinnen lassen, eine schlechter bezahlte Arbeit weit weg von der Familie anzunehmen. Arbeiter mit einer langen Arbeitslosigkeit (87 % der Mobilitätszulagen gingen an über ein halbes Jahr lang Arbeitslose, 42 % an über ein Jahr lang Arbeitslose und 10 % an über zwei Jahre lang Arbeitslose) und mit großem Verschleiß der Arbeitskraft (ein Viertel war älter als 45 Jahre) sind mit
(ein Viertel war älter als 45 Jahre) sind mit
Hilfe der Mobilitätszulage gezwungen worden, eine geringer bezahlte Arbeit anzunehmen und „sie akzeptierten außerdem eine größere Entfernung zum Arbeitsplatz oder eine andersartige Tätigkeit“. (Handelsblatt, 17.5.77)

„Steiler Aufstieg“

Mit Anke Fuchs aus der IG Metall, jetzt Staatssekretärin bei Parteifreund Ehrenberg, dort verantwortlich vor allem für die Rentenversicherung, hat das westdeutsche Finanzkapital einen guten Griff getan. Anke Fuchs mit ihrem neuen Job auch. Begonnen hat sie ihre Karriere als hauptberuflicher Sozialdemokrat 1964 als sozialpolitische Sprecherin des DGB Nordmark, dann ging's schnell: 1971 in den geschäftsführenden Vorstand der IG Metall berufen, Mitglied des Aufsichtsrates des Salzgitter-Werkes, verschiedene Funktionen in DGB-Organisationen und in der SPD. Jetzt Staatssekretärin, bezahlt nach B 11, über 12 000 DM monatlich, nach einigen Jahren auf Lebenszeit ausgesorgt. Spezialisiert auf „Frauenfragen“, hat sie sich in ihrer Gewerkschaftslaufbahn verdient gemacht um die Durchsetzung des verschärften § 218. Ihre Qualifikation, unter der Fahne der „Gleichberechtigung“ der Frau Spaltung der Arbeiterbewegung zu betreiben und die reaktionären Geschäfte des Finanzkapitals zu besorgen, wird jetzt an höherer Stelle verlangt. Schon im März schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „Auch will Ehrenberg die Gleichstellung von Mann und Frau betreiben, was als Aufgabe Anke Fuchs zukäme.“ Vor einigen Tagen konkretisierte „Die Welt“: „Im März 1975 hatte das Bundesverfassungsgericht … die Auffassung vertreten, der Gleichheitsgrundsatz müsse in der Alterssicherung generell für die Geschlechter verwirklicht werden. Es gab dafür eine Frist bis 1984.“ Einen Vorgeschmack auf die so betriebene „Gleichstellung“ bietet der zum 1. Juli in Kraft tretende Versorgungsausgleich bei Ehescheidungen. Die Rentenanwartschaft der geschiedenen Eheleute wird aufgeteilt, die Rente des einen um den Teil gekürzt, den der andere erhält. Fazit: Die Renten reichen für beide nicht; stirbt einer von ihnen, hat die Rentenversicherung so oder so (im Verhältnis zur Witwenrente und erst recht im Verhältnis zur gesamten fälligen Rente) gespart. Diese „Gleichberechtigung muß auch für intakte Renten realisiert werden“, fordert „Die Welt“.

Der Auftrag ist klar. Man wird nicht lange zu warten brauchen, bis Anke Fuchs „Gleichberechtigung in der Rentenversicherung“ propagiert. Jetzt steht sie dabei endlich auch auf der Lohnliste der Imperialisten, für die sie seit langem schon arbeitet.

Abzüge an die 50 Prozent

Westberlin. Seit einigen Monaten werden bei uns die Lohnzettel regelmäßig diskutiert. Begonnen haben diese Debatten mit der gemeinsamen Beratung darüber, welchen „Gehaltswunsch“ eine Kollegin in den Personalbogen setzen sollte, die zunächst Aushilfe war und dann fest eingestellt werden sollte. Seither werden sie regelmäßig von 4 Kollegen geführt, die fest zusammenarbeiten, wobei die angrenzenden Büros immer mit einbezogen werden. Wir erhalten alle Angestelltengehälter. Trotzdem gibt es jeden Monat und auch zwischendrin Grund genug für diese Debatten. Beim ersten Mal hatte eine ältere Kollegin ihre Abzüge auf ihrer Rechenmaschine zusammengerechnet. Plus minus waren es bei jedem von uns vieren immer 500 Mark bei einem Bruttolohn von rund 1 600 Mark. Diese erste Debatte war noch kurz und kreiste um die Feststellung, daß die von der sozialdemokratischen Fraktion in der IGM in einem Flugblatt hochgejubelten 5,9 % einen Scheißdreck Wert seien und die Forderung des Vertrauenskörpers von 175 Mark weiterhin richtig. Einen Monat darauf bekam diese ältere Kollegin eine größere Summe für Betriebsjubiläum und Urlaubsgeld verrechnet. Der scheinbar so stattliche Batzen für's Jubiläum war zum großen Teil steuerpflichtig, und so blieb ihr dann am Monatsende nur unwesentlich mehr als sonst auch auf der Hand, nachdem sie ein wenig Geld als Vorschuß für den Urlaub erhalten hatte.

Dieses elende Ergebnis war das Resultat von Abzügen an die 50 %. Nicht zuletzt hatte der Personalchef sich auf diesem Jubiläum auf Kosten des Lohns dieser Kollegen ordentlich vollaufen lassen, eines Lohnes, der nach 25 Jahren Betriebszugehörigkeit nicht größer ist als der der ungelernten Anfänger im Büro. Seither sind die Debatten nicht abgerissen.

Ein paar Tage später berichtete dieselbe Kollegin, sie habe ihren Lohnsteuerjahresausgleich gemacht, ungefähr 30 Mark hatte sie zurückbekommen. Eine andere Kollegin las vor, daß die Altbaumieten um 8 % erhöht werden. Jeder hat nachgerechnet, was das für ihn bedeuten würde. Es ist tatsächlich so, daß die Kollegen frozzeln, ob denn der Luxus ausgebrochen sei, wenn sich einer jetzt Anfang Mai schon ein Pfund frischer Kirschen (statt des Kantinenfraßes) kauft.

Und noch ein weiterer Anlaß ergab sich: Ein Kollege hatte sich auf einer anderen Abteilung beworben, wo er mehr verdienen kann. Daraufhin haben alle nachgerechnet, wie denn das mit den Abzügen ist und was noch übrig bleibt. Die Debatte ging also um dreierlei: Die Höhe der Abzüge von Steuern und Versicherung, daß diese bei jeder Erhöhung des Lohnes gewaltig zu Buche schlägt und daß insgesamt der Druck auf die Lebensbedingungen gewaltig steigt. Jede Anschaffung, zum Beispiel eines „neuen“ Gebrauchtwagens, ist Gegenstand der Debatte und umfangreicher Beratungen eines Teils der Abteilung.

Weiterhin ist in diesen Debatten aber auch erörtert worden, wozu die vom Lohn abgezogenen Gelder verwandt werden. Dabei haben die Berichte der älteren Kollegin eine große Bedeutung: Sie erzählt von der elenden Lage ehemaliger Kollegen als Rentner oder von einer Kollegin, die nach monatelanger Krankheit zwecks Gesundschreibung von der Krankenkasse in eine Klinik gestopft und ohne große Diagnose auch prompt nach zwei Tagen als gesund entlassen wurde. Diese Berichte sind eine gute Grundlage dafür, die Auffassung zu schlagen, der Staat brauche doch das Geld für gute Schulen und Krankenhäuser.

Wir haben begonnen, die Forderung nach 1 500 DM Steuerfreibetrag zu diskutieren. Sie ist spontan auf Zustimmung gestoßen. Ebenfalls haben wir entwickelt, daß es notwendig ist, daß die Versicherungen in die Hände der Lohnabhängigen kommen und daß die Kapitalisten sie bezahlen sollen.

Auch hier gab es spontane Zustimmung. Unsere nächste Aufgabe ist es jetzt, die Abteilung auf diesen Forderungen zusammenzuschließen und die Vertrauensfrau zu beauftragen, sie im Vertrauenskörper einzubringen und dort für ihre Verabschiedung zu kämpfen. – (Zelle Berthold, Westberlin)

„Einverstanden sein kann ich damit nicht“

Gespräch über § 218 mit einem Vertrauensmann von VW

Wolfsburg. Als Bundeskanzler Schmidt letztes Jahr auf einer Betriebsversammlung im VW-Werk Wolfsburg sprach, bekam er noch starken Beifall, als er gegen den § 218 wetterte. Dieser Beifall drückte nicht nur aus, daß den Arbeitern der Klassenparagraf 218 verhaßt ist, sondern auch die Hoffnung, daß die Regierung mit der Neufassung des § 218 seine Wirkung zumindest abgeschwächt hätte.

Neulich führte ein Genosse der VW-Betriebszelle ein Gespräch über den neugefaßten § 218 mit einem Vertrauensmann, der noch SPD-Mitglied ist.

„Das finde ich auch nicht gut, ausreichen tut das nicht,“ meinte der Vertrauensmann zunächst. Der Genosse antwortete, daß der § 218 keineswegs eine Verbesserung ist, sondern eine Verschärfung bedeutet. Die Einrichtung der Beratungsstellen und staatlichen Bespitzelungen bedeuten gerade,

daß aufgrund von Denunziationen solcher Beratungsstellen eine Reihe von Prozessen durchgeführt werden. „Im Grunde hast du recht“, war die Antwort. „Deine Partei verkauft das aber als großartige Reform“. „Trotzdem,

einverstanden sein kann ich damit nicht“, antwortete der Arbeiter. Auf die Forderungen der Komitees gegen den § 218: „Ersatzlose Streichung des § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber muß entscheiden! Volksentscheid gegen § 218!“ angesprochen, meinte er: „Ob das richtig ist, was die Kommunisten da fordern, weiß ich nicht, aber für die Abschaffung dieses § bin ich auch. Jeder soll das Recht haben, das selber zu entscheiden. Außerdem, die Reichen nehmen sich dieses Recht sowieso, die Arbeiterfrauen sollen nicht abtreiben dürfen.“

Kann man auf die Regierung oder die SPD hoffen, um die ersatzlose Streichung des Paragrafen zu erreichen, darüber gab es Auseinandersetzungen. „Mit der Regierung wird das bestimmt nichts, aber das liegt hauptsächlich an der FDP“, sagte der Vertrauensmann. „Gerade die führenden SPD-Leute verteidigen den § 218 aber als das einzig Machbare!“ Antwort: „Ja, das stimmt schon. Wahrscheinlich muß erst die Gesellschaft geändert werden, damit der § 218 wegkommt“.

„Nein, obwohl der Kampf gegen den § 218 ein Stück Kampf gegen die Ausbeuterherrschaft ist, warum sollten die Arbeiter und Volksmassen ihn nicht jetzt schon beseitigen können. Dafür müssen zum Beispiel die Gewerkschaften gewonnen werden“. „Das ist richtig, mit der Gewekschaft. Sie muß sich als Arbeiterorganisation tatsächlich für die Abschaffung des § 218 einsetzen. Solche Forderungen auf dem IG-Metall-Gewerkschaftstag würden schon viel nützen,“ meinte der Vertrauensmann.

Das Gespräch zeigt, daß gerade gegenüber Arbeitern, die in der SPD sind, eine Politik der Aktionseinheit auf Grundlage des Aktionsprogramms der Komitees notwendig ist, um den Reformismus zu schlagen und die ersatzlose Streichung des § 218 durchzusetzen.

– (VW Betriebszelle)

Itzehoe. In St. Margarethen, Kreis Steinburg, hat sich eine Katastrophe ereignet. Am 3. Januar 1976 war der Deich in St. Margarethen, welches drei Kilometer vom Kernkraftwerk Brunsbüttel entfernt liegt, beschädigt worden. Also mußte er repariert werden. Man spülte vor dem alten Deich einen neuen Sandkern auf, danach sollte der alte Deich, der aus Vollklei bestand, darauf als Decke übertragen werden. Die Folge war, daß der neue Deich absackte und das Gelände im Innendeich zwei bis drei Meter anstieg. In dem Gebiet haben acht Häuser einen Totalschaden erlitten, bis Redaktionsschluß war es unklar, ob es noch weiter ansteigt. Eine Tankstelle mußte leergepumpt werden, um einem Auslaufen des Öls zuvorzukommen. Daneben steht ein Silo. Für die Einwohner steht fest, daß das nicht nötig war. „Das habe ich schon zu meiner Frau gesagt, daß das gar nicht gut ist, den alten Deich einfach so wegzunehmen. Aber am grünen Tisch planen die viel, was mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. Gefährlich ist das auch noch, denn wir haben im Juni noch die Johannisspringflut. Man gut, daß jetzt Ostwind ist, da ist das Hochwasser etwas niedriger als normal", sagte ein Anwohner. Der Boden besteht aus Marschboden mit Moorboden darunter, der das Gewicht des Deichs nicht trägt. Das Kernkraftwerk Brunsbüttel steht auf dem gleich Boden, der Bauplatz Brokdorf liegt ebenfalls ganz in der Nähe.

Hannover. Die HBV-Tarifkommission und die Einzelhandelskapitalisten haben für den niedersächsischen Einzelhandel die neuen Lohntarife auf der Verhandlung am Freitag, den 20.5.77, abgeschlossen: 6,7 % Lohnerhöhung, sowie mehr Urlaub. Durch diesen Abschluß werden die Beschäftigten in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen, was die Masse der Lohnabhängigen im Handel ist, noch weiter ins Elend getrieben, gleichzeitig wird die Lohnschere weiter aufgetan. Gute Möglichkeiten für die Kapitalisten, die Antreiberei und die Spaltung der Belegschaft durchs Prämiensystem zu verstärken. Die Beschäftigten im Einzelhandel werden sich gegen diesen Abschluß zur Wehr setzen müssen.

Emden. Am Dienstag wurde von den in der HBV organisierten Beschäftigten bei den Verbrauchermärkten „rin" und „Plaza" ein einstündiger Warnstreik durchgeführt. Er richtete sich gegen die 6,5 % und sollte zeigen, daß die Belegschaft entschlossen ist, mindestens 8,5 % durchzusetzen.

Bei „rin" ist in letzter Zeit kräftig rationalisiert worden: Die Belegschaft wurde um 5 auf ca. 15 Mann reduziert. Die tägliche Arbeitszeit geht von morgens um 9.00 Uhr bis abends um 20.00 Uhr, mit 1 1/2-stündiger Mittagspause. Überstun-denzuschläge werden nicht gezahlt, Über-
denzuschläge werden nicht gezahlt, Überstunden werden grundsätzlich nicht vergütet – sie müssen abgebummelt werden. Gegen diese unerträgliche Lage wird der Widerstand jetzt gewerkschaftlich organisiert: bei „rin" tragen fast alle Beschäftigte die rote HBV-Plakette.

Viersen. Am Montag, den 16.5. nach dem 7-%-Lohnraubabschluß im Bezirk Nordrhein gab es bei Draftex, einem Chemiebetrieb in Viersen, große Empörung darüber. Die Flugblätter zu diesem Abschluß wurden vom Betriebsrat geholt und darüber diskutiert. Es wurde beschlossen, einen Protestbrief an den IG Chemie Hauptvorstand zu schicken. 10 Arbeiter aus der Kleberei haben den Brief unterschrieben. In diesem Brief heißt es u.a.: „Wir Arbeiter bei der Draftex GmbH in Viersen sind über den 7-%-Abschluß im Bezirk Nordrhein, genau wie in Hessen empört. 7 Prozent – das sind für uns zwischen 50 und 80 Pfennig die Stunde. Das reicht aber nicht aus! . . . Eine Erhöhung von 170 Mark für alle gleich, was ungefähr 1 Mark pro Stunde entspricht, das ist die richtige Forderung und schafft auch die Einheit zur Durchsetzung dieser Forderung."

Wegen „Nötigung eines Verfassungsorgans" und „Erpressung" ermittelt die Bundesanwaltschaft seit 1973 gegen die Führer der Aktion „Dienst nach Vorschrift" der Fluglotsen. Damit begründet sie, daß die Telefone des Vorstands des Verbands Deutscher Fluglotsen abgehört worden sind. Bei Erpressung ist das Abhören in der BRD „rechtens".

Daß abgehört wird, ob legal oder nach den eigenen Gesetzen der Bourgeoisie illegal, ist bekannt. Die „Neuerung", die die Staatsschutzorgane jetzt ins Feld führen, sind die „Tatvorwürfe", die zur Begründung herhalten sollen. Wenn Lohnabhängige mit Kampfmaßnahmen für ihre Interessen eintreten und diese Maßnahmen tatsächlich *wirken*, dann ist das „Erpressung". Ist der Staat Käufer der Arbeitskraft, wird zugleich die Regierung, „ein Verfassungsorgan", „genötigt".

Beim Abhören wieder mal ertappt, schlägt der Staatsschutz mit einem neuen Angriff auf das Streikrecht zurück, den die ganze bürgerliche Presse zufrieden kommentiert. In ihrem Kampf für gerechte Forderungen hatten sich die Fluglotsen von der gewerkschaftlichen Organisation der Lohnabhängigen im Flugverkehr, der ÖTV, getrennt. Das war falsch. Von der Regierung wurde und wird das zu besonderen Dreistigkeiten genutzt. Der Angriff gegen das Streikrecht geht nicht nur gegen die Fluglotsen. Er richtet sich gegen alle Arbeiter und Lohnabhängigen.

BASF-Urabstimmung: Ohne Klarheit in der Forderung bleibt die Spaltung

Die Schlichtung in Rheinland-Pfalz ist bei einem Angebot der Kapitalisten von 7 % gescheitert. Die IG Chemie will vom 23. bis 28. die Urabstimmung in Rheinland-Pfalz durchführen.

1 200 BASF-Arbeiter haben am Montag vor 14 Tagen demonstriert, am Dienstag waren es im Werk in Ludwigshafen 3 000, die nach der Vertrauensleuteversammlung demonstrierten.

Am Mittwoch, dem 18. Mai, war die Betriebsversammlung.

Zwei Tage davor war Polizei auf dem Werksgelände und hatte vor Tor 2 den Betriebsrat Zimpelmann festgenommen. Ein Megafon wurde beschlagnahmt.

Die Geschäftsleitung verschickt Briefe an die Eltern der Lehrlinge und hat versucht, den Arbeitern zu verbieten, auf die Werksversammlung zu gehen. Einen Jugendvertrauensmann haben sie auf die Ermittlungsstelle bestellt, wegen eines Zwischenfalles mit einem Werksspitzel auf der Demonstration der BASF-Arbeiter zu der Schlichtungsstelle in Bad Neuenahr. Einen weiteren Arbeiter haben sie wegen „Werksspionage" auf die Ermittlungsstelle bestellt und ihm den „Chemiearbeiter" (Zeitung der Zelle BASF des KBW) vorgelegt.

Zur Vorbereitung der Werksversammlung haben wir von der BASF-Zelle des KBW im „Chemiearbeiter" geschrieben:

„Klar ist: es sind Aktionen der BASF-Kapitalisten im Tarifkampf. Die BASF will Stärke demonstrieren. Aber das erklärt noch nichts. Wie kommt es, daß die BASF von einer Position der Stärke gegen die Arbeiter vorgehen kann?

Die Belegschaft ist durch die 9,5 %-Forderung tief gespalten. Es gibt Arbeiter, die sagen: Man hätte die 7 % annehmen sollen. Mehr ist sowieso nicht drin. Auch im Streik holen wir nicht mehr als 7,4 %. Da machen die einen nicht mit, weil sie zur Not auch mit den 7 % zurechtkommen und die anderen nicht, weil ein Streik ihnen vielleicht 5 Mark mehr im Monat bringen würde. Grad einen Ring Fleischwurst. Jeder Streik ist ein Risiko. Es ist richtig, dieses Risiko auf sich zu nehmen, wenn es sich lohnt. Für einen Ring Fleischwurst im Monat lohnt es sich nicht. (. . .)

Die Verwaltungsstelle sagt: Rüstet euch für den Kampf und kämpft. Aber sie ist dagegen, daß wir Bedingungen schaffen, unter denen wir siegen können. Die Produktionsarbeiter hat sie für diesen Tarifkampf schon abgeschrieben. Die Vertrauensleute dort haben über die Organisierung des Streiks gar nicht gesprochen, zumindest nur in wenigen Abteilungen. Stattdessen wird gesagt, daß bei einem Erfolg der Urabstimmung nur die Zentralwerkstätten und zwei Produktionsbetriebe streiken sollen. Die Absicht ist, daß die Arbeiter für Streik stimmen, auch wenn er nichts einbringt, weil sie wissen, daß sie sich an dem Streik nicht beteiligen müssen.

Was bringt uns diese Rechnung ein? Nichts Gutes! Den Anschein von einer breiten Einheit – aber nichts dahinter. Die BASF-Kapitalisten wird man so nicht täuschen können. Sollen wir uns selber was vormachen, statt den Kampf für die Einheit in unseren Reihen zu führen?"

15 000 sind gekommen. Teilweise schon in Demonstrationszügen. Auf der Betriebsversammlung hat der Bezirksleiter Schweitzer gesagt, daß für sie ein Abschluß von 7,0 % und auch von 7,1 % nicht drin ist. Er hat an die Stärke der Arbeiter appelliert, und daß sie sich nicht mehr das gefallen lassen, was sie sich früher haben gefallen lassen. Für das letzte hat es viel Beifall gegeben. Eine Diskussion über die Bedingungen des Kampfes und die Herstellung der Einheit haben sie nicht zugelassen. Daß fast alle mit raus gegangen sind, zeigt, daß die BASF-Arbeiter kämpfen wollen. Daß sie so nicht kämpfen können, hat sich auf der Demonstration gezeigt.

Es wurden Schilder mitgetragen gegen die 7 %. Die Abteilung Bau F 712 hatte ein Transparent dabei für 170 DM. Obwohl es nicht gut sichtbar war, haben sich gleich darum welche gesammelt, und es wurde im Demonstrationszug abwechselnd getragen.

Einzelne Arbeiter hatten sich den Aufkleber „Ja zum Streik für 170 DM" auf den Helm geklebt. Diese Aufkleber haben schon vor der Betriebsversammlung an vielen Stellen im Werk gehangen. Wir hatten sie zusammen mit dem „Chemiearbeiter" verteilt und selber im Werk geklebt.

Andere hatten die Plakette der Verwaltungsstelle „Gegen Lohndiktat" mit 170 DM überschrieben.

Auf der Demonstration wurden keine Parolen gerufen. Die Demonstration wurde von den Betriebsräten und den IG Chemie-Funktionären nicht durchs Werk geführt, sondern außerhalb des Werks durch Schrebergärten und wieder ins Werk hinein in Richtung Verwaltungsgebäude. Zu Seefelder. Während dem Marsch bröckelte fast die Hälfte ab. Eine Delegation wurde von den Betriebsräten zusammengestellt. Sie kam zurück und berichtete: Seefelder sei verhandlungsbereit, habe er erklärt. Nur, so Seefelder, er sei nicht der Chemiearbeitgeberverband. Danach wurde die Demonstration aufgelöst.

Jetzt sollen die BASF-Arbeiter auf die Verhandlungsbereitschaft eines Seefelder setzen. Darauf, daß die BASF-Kapitalisten „nachgeben".

Die BASF-Kapitalisten wollen den Arbeitern eine Niederlage bereiten. Möglichst eine vernichtende. Die Sozialdemokraten, die ihnen schon 7,4 % angeboten haben, hoffen darauf, das eine oder andere Zehntelprozent als „Nachgeben" der Kapitalisten verkaufen zu können. In dieser Lage können es die BASF-Kapitalisten selbst noch darauf ankommen lassen.

Während die Absichten der Kapitalisten klar sind und sie sie bewußt verfolgen, tun die Sozialdemokraten alles, um die Arbeiter von der Verfolgung ihrer Interessen abzuhalten: Lohnraub zu verhindern und eine Forderung durchzusetzen, die das verhindert. Stattdessen verbreiten sie, daß alles über 7 % ein Erfolg sei. – (Zelle BASF, Bezirksverband Rheinhessen-Pfalz)

Geha - Hannover: An den 175 DM festhalten

Hannover. In der Chemie-Tarifrunde in Niedersachsen ist die Forderung nach 9 %, mindestens 130 DM von der Tarifkommission beschlossen worden. Ein Arbeiter von Geha berichtet der KVZ: „Wir haben gerechnet, was wir brauchen, und gesagt: 175 DM müssen es sein. Wir haben unseren Vertrauensleuten den Auftrag gegeben, diese Forderung im Vertrauensleutekörper zu vertreten. Die Vertrauensleutevollversammlung hat dann mit überwiegender Mehrheit diese Forderung beschlossen und die beiden Vertreter, die von Geha in der Tarifkommission sitzen, haben in der Sitzung der Tarifkommission diese Forderung eingebracht."

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mußten sich auf dieser Sitzung zu der Forderung äußern. Der Arbeiter berichtet: „Sie sagten: Jetzt, wo die Forderung der Tarifkommission auf dem Tisch ist, könnt ihr praktisch nicht mehr auf den 175 DM bestehen, sonst betreibt Ihr Spaltung."

Die Forderung konnte dann nicht durchgesetzt werden. „Die 130 DM, das haben die Kollegen schon ausgerechnet, sind zu wenig. Für Prozente sind sie auch nicht."

Dieser Bericht macht deutlich: Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung arbeitet den Kapitalisten in die Arme. Die Kapitalisten wollen den Lohnabschluß drücken. Dagegen müssen sich die Arbeiter zusammenschließen.

Streik ist das richtige Mittel dagegen. Dabei müssen sich die Arbeiter darüber klar werden: Gestreikt werden kann nur für 175 DM für alle. Damit werden die Kapitalisten geschlagen werden können. Das nennen die Sozialdemokraten dann „Spaltung" Den Wunsch der Arbeiter nach Einheit zum Kampf wollen sie zur Rechtfertigung ihrer Spalterforderung nutzen, um den Streik zu unterdrücken. Man muß diese Forderung stürzen, wenn man streiken will. Und das ist nötig.

Sperner in der Klemme

„Gäb's nicht so viel Trittbrettfahrer, könnt's Ergebnis besse: sein."

Das sollen sich die Arbeiter sagen, und weil sie es nicht selber sagen, sondern die Redaktion des „Grundstein" nur Bilder abbilden kann, die demonstrierende Bauarbeiter zeigen, läßt Sperner den Ausspruch durch eine als Bauarbeiter verkleidete Micky-Maus tun.

„6,1 % mehr Lohn sind ein Hohn" steht auf einem der Transparente. Um 0,3 % „besser" haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit den Baukapitalisten ausgehandelt.

Diese 0,3 % sind für die Mehrheit der Arbeiter, für die der Abschluß insgesamt 59 Pfennige bedeutet, gerade 3 Pfennige über das Angebot der Kapitalisten hinaus.

In der Nr. 5 des „Grundstein" wird behauptet: „Die Mehrheit der Mitglieder hat in dieser Befragungsaktion dem Ergebnis zugestimmt." Aus Kiel wurde berichtet, daß der Vorstand alle nicht abgegebenen Stimmen als Zustimmung werten würde. So ist man wohl verfahren.

In der gleichen Ausgabe ist auf der Seite 2 der Kommentar zum Lohnkampf mit „Begeistert ist niemand" überschrieben, womit davon abgelenkt werden soll daß diese Politik und dieser Abschluß keinem Bauarbeiter etwas nützt, wohl aber den Baukapitalisten.

Diese Meinungsbildung führte in den einzelnen Bezirksverbänden zu unterschiedlichen Ergebnissen. Viele Mitglieder waren mit dem Ergebnis unzufrieden, andere haben es bejaht . . . begeistert oder zufrieden ist nach unserer Feststellung eigentlich niemand."

Wieder sind die Baukapitalisten ausgespart, weil die sind zufrieden und haben auch Grund. Aber warum ist Sperner und der Vorstand nicht zufrieden? Streik verhindert. Regierungstreuen Abschluß unter Dach und Fach. Was fehlt zum Glück des sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre?

„Ein Rest Unruhe wird bleiben. Aus den jetzt gewonnenen Erfahrungen müssen wir die Konsequenzen ziehen und den künftigen Weg unserer Tarifpolitik neu überdenken."

Der Sozialdemokrat scheint es für geboten zu halten, an die Einheit zu appellieren: „Auf jeden Fall Streit vermeiden, zwischen denen, die für Annahme des Ergebnisses gestimmt haben, und denen, die sich dagegen aussprachen. Beide Seiten haben für ihre Haltung wichtige Argumente."

Gerade noch einmal davongekommen. Bloß jetzt keine Diskussion, wem und welcher Politik die Bauarbeiter diesen Abschluß zu verdanken haben.

Aber welche Argumente hat der Vorstand der Bau, Steine, Erden für diesen Tarifabschluß? „Eine dringend notwendige Einkommensverbesserung ist erfolgt. Zufriedenstellend war sie für viele nicht . . . Es ging den verantwortlichen Organen in erster Linie um die Frage, ob es gewerkschaftlich geboten ist, in der gegenwärtigen Situation in Kampfmaßnahmen gegen die Unternehmer einzutreten. Das hat die Mehrheit verneint." – Der verantwortlichen Organe, wohlgemerkt, genauer, die Mehrheit des Hauptvorstandes. Was denen „gewerkschaftlich geboten" scheint, hat wenig mit Gewerkschaft zu tun und viel mit der SPD und der Regierung. Wie kämen die Bauarbeiter, die auf vielen Baustellen Kampfmaßnahmen eingeleitet haben und noch am Abend des Kuhhandels Sperners mit den Baukapitalisten demonstriert haben, jetzt auf Einheit mit SPD und Vorstand zu machen? – (Z-Red.)

Scharfe Ausbeutung durch Spaltung der Belegschaft – das Erfolgskonzept des „Wienerwalds"

Der Besitzer des Wienerwaldkonzern, Jahn, wird in der bürgerlichen Presse gefeiert als Prototyp eines Unternehmers, der ganz klein angefangen hat und durch eigener Hände Arbeit reich geworden sei. Reich geworden ist dieser Gockel, der sich gern in Illustrierten mit Filmstars ablichten läßt, durch die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten in seinen Gaststätten. So machte er 1970 mit 7 300 Beschäftigten in 357 Filialen 351 Millionen DM Umsatz, 1976 mit nur noch 5 100 Beschäftigten in jetzt 481 Filialen 613 Mill. DM. Den Druck der industriellen Reservearmee, den niedrigen Grad der gewerkschaftlichen Organisation und die Zersplitterung der Beschäftigten nutzt er zur Verlängerung des Arbeitstages, zur Auspressung von Mehrarbeit bei Akkord, Nacht- und Schichtarbeit. Eine Serviererin im „Wienerwald" in Flensburg berichtete der KVZ:

Flensburg. Ich wurde eingestellt als Servieraushilfe für die Zeit von 11.30 Uhr bis 14.30 Uhr. Ab und zu, aber nicht zu oft müsse man auch mal Spätschicht machen, sagte mir der Geschäftsführer des „Wienerwald". Nach der ersten Woche fing es schon mit der Spätschicht an. In der zweiten Woche sollte ich schon 50 Stunden machen. Natürlich bin ich darüber sauer, und meinen Kollegen geht es nicht anders. Freiwillig würde ich die Schichtarbeit nicht machen, vor allem nicht wegen der ungünstigen Zeiten von 11.30 Uhr bis 14.30 Uhr und von 18.00 Uhr bis 24.00 Uhr oder von 11.30 Uhr bis 21.00 Uhr. Aber der Chef sagt, entweder man macht das mit, oder man fliegt raus. Das kann er auch nur, weil sich auf jede Stellenanzeige, die er aufgibt, bis zu 20 Arbeitslose melden, die zu diesen Bedingungen arbeiten würden.

Die Spaltung unter den Kellnern und Serviererinnen wird verstärkt durch die sogenannte Umsatzbeteiligung von 10,1 % bis 15 %. Diese erweckt den Eindruck, als sei sie sehr gerecht und beide, Geschäftsführer und Serviererinnen, trügen das selbe Risiko am Geschäft. In Wirklichkeit ist das Akkord, der abgeschafft gehört. Er vermittelt wie jede andere Akkordarbeit den Eindruck, man könne seinen Lohn durch viel oder wenig Arbeit selbst bestimmen. Doch man sieht letztlich, daß bei gutem Umsatz der Lohn zum Leben gerade reicht. Das führt dazu, daß es unter den Kollegen schon Streitereien um die Reviere gibt, Streitereien um das Essen in der Küche, wer es zuerst bekommt usw.

Die Umsatzbeteiligung soll außerdem dazu dienen, daß die Serviererinnen darauf bedacht sind, daß die Leute nicht so lange essen („Räumen Sie doch einfach schon mal ab"), oder sie zum Essen oder Trinken animieren. Bestellt eine Familie Bockwurst oder Currywurst, dann soll die Serviererin sich ärgern, daß sie kein Texassteak oder Zigeunerschnitzel verspeist. Sie soll möglichst schnell abservieren, damit besser zahlende Gäste Platz nehmen können.

Der Kampf gegen die Umsatzbeteiligung als Mittel, Akkordarbeit durchzusetzen und als Mittel der Spaltung muß verbunden werden mit dem Kampf für einen ausreichenden Lohn.

Keine noch so ausgeklügelte Konjunkturpolitik führt aus der Stagnation und Verfaulung heraus

„Im Dschungel der Prognosen" überschreibt die „Süddeutsche Zeitung" ihren Konjunkturbericht für Mai, „langsam voran" das „Handelsblatt" den seinen. Über dem „monatlichen Konjunkturbericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" steht als Titel: „Die große Unsicherheit": „Verdammt schwierig", so lautet mancher Stoßseufzer, sei die Analyse der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage. Noch nie ist es so unbefriedigend gewesen, aus den einzelnen Entwicklungslinien unserer Wirtschaft einen durchgängigen roten Faden zu ziehen, der Anhaltspunkte für die weitere Entwicklung abgeben könnte. Allenthalben herrscht vielmehr große Unsicherheit vor. Bald sind es gute, bald sind es schlechte Nachrichten, die die Szene beherrschen, niemand weiß daher, wie es weitergehen wird. Wieviel Ratlosigkeit derzeit herrscht, zeigt nichts deutlicher als das jüngst veröffentlichte Gutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, von denen zwei ein Minderheitengutachten abgegeben haben, weil ihnen der Tenor der Mehrheit zu positiv klang."

In einem waren sich die fünf Wirtschaftsinstitute allerdings einig: ihre Voraussagen vom Herbst 1976, wonach das Bruttosozialprodukt um 5,5 % wachsen sollte, sind durch die bisherige Entwicklung bereits über den Haufen geworfen. Auch die Mehrheit der Institute rechnet nur noch mit einem Wachstum von 4,5 %. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung und das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung rechnen mit einem Wachstum von 3,5 %.

Die Kapitalisten behaupten, sie wüßten, woran es liegt, es liege an den mangelnden Investitionen. Aber warum mangelt es an Investitionen? Das „Handelsblatt" schreibt:

„Im Mittelpunkt der konjunkturpolitischen Debatte steht also die Frage: Wie kann man den Attentismus (abwartende Haltung, Red.) der privaten Investoren überwinden? Für die Investitionsschwäche der letzten Jahre bieten die Fachleute zwei Erklärungen an:

1. Die Kapitalproduktivität, also die Produktion je eingesetzter Kapitaleinheit, ist zurückgegangen. Der technische Fortschritt hat an Tempo verloren, der Kapitalstock veraltet, die Rationalisierungsinvestitionen stagnieren.

2. Die Rendite der Investitionen ist zusammengebrochen und liegt heute bereits weit unter dem Zins, den die Anleger verhältnismäßig unproblematisch für den Kauf von Papier am Kapitalmarkt kassieren können."

Was jetzt? Der Schreiber des „Handelsblatts" kann sich für keine der beiden „Erklärungen" entscheiden, sondern findet eine dritte „Erklärung": die Löhne. Und um das Elend voll zu machen: „Die Lohnpolitik des Jahres 1977 läßt den Unternehmern keine Hoffnung, daß sie künftig geschont würden." Die armen Profithaie. Es ist ihnen nicht gelungen, sich die Arbeitskraft ganz umsonst einzuverleiben. Schont uns, laßt euch fressen, jammern sie drauf los. Aber ihr Problem ist gar nicht, daß sie einen leeren Magen haben. Ihr Problem ist, daß sie sich den Magen so vollgeschlagen haben, daß sie sich kaum noch rühren können. Kommen wir auf die zwei ersten Erklärungen zurück:

Die Produktion je eingesetzter Kapitaleinheit sei zurückgegangen. Die Produktion von Profit, denn die Produktion von Waren pro eingesetzter Kapitaleinheit ist gestiegen. Die Kapitalisten stellen alles auf den Kopf: Der Kapitalstock sei veraltet, deshalb sinke die Profitproduktion. Die Wahrheit ist: sie haben so viel Kapital aufgehäuft, daß der Profit, der aus den Knochen der Arbeiter gezogen wird, zwar absolut steigt, bezogen auf das eingesetzte Kapital, jedoch sinkt, genauso wie der Einsatz lebendiger Arbeitskraft gegenüber dem Einsatz von Maschinerie zurückgeht. Marx hat das den tendenziellen Fall der Profitrate genannt, der die Akkumulation des Kapitals zum Stocken und Erliegen bringt. Die Investitionen lassen nach, der „Kapitalstock" veraltet. Solange überschüssiges Kapital nicht ausreichend vernichtet ist, kommen die Investitionen nicht voran.

Die zweite „Erklärung" unterscheidet sich von der ersten nicht: Sie ist gerade so begriffslos. Eine Erscheinung wird angeführt. Ihre Erklärung findet auch sie erst im tendenziellen Fall der Profitrate, als der sich die steigende Produktivkraft der Arbeit, der wachsende Einsatz von Maschinerie im Kapitalismus auswirkt.

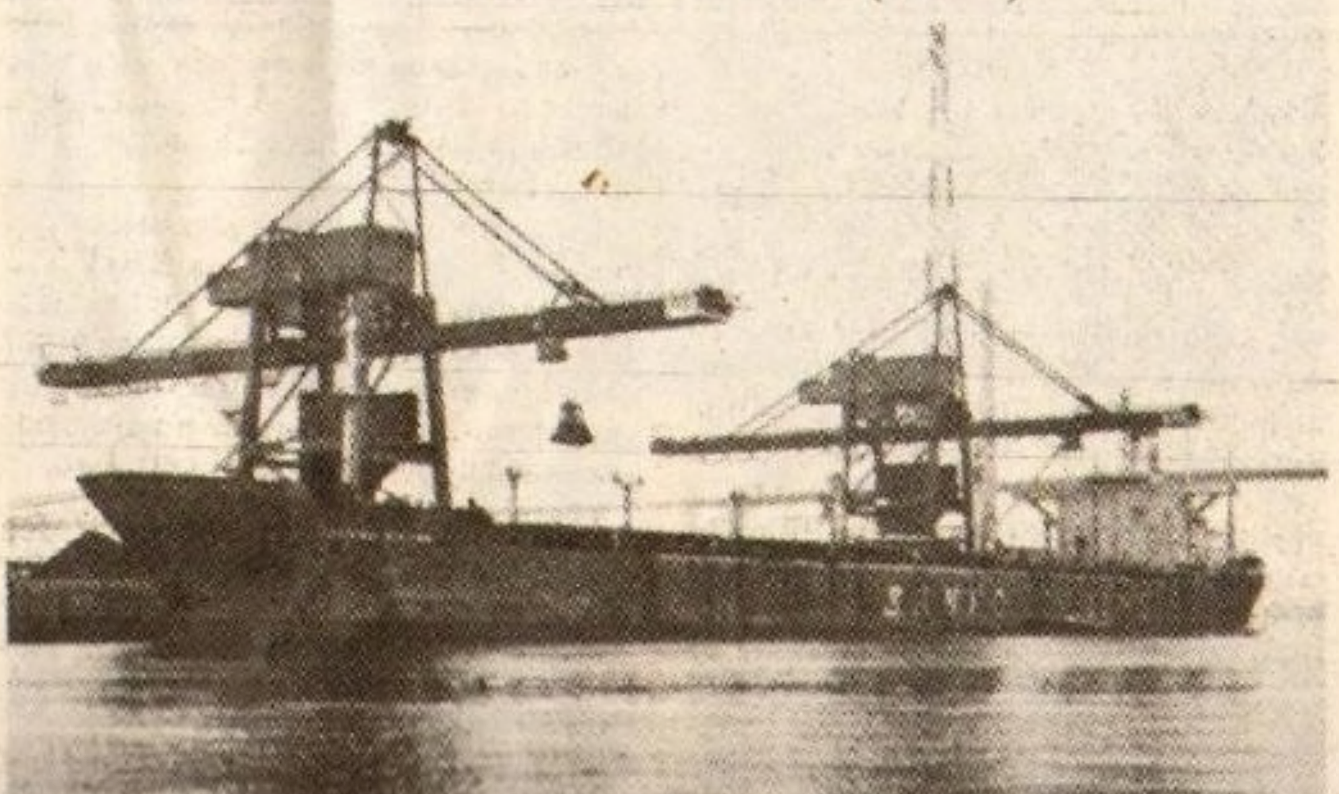
Stagnation und Fäulnis kennzeichnen die kapitalistische Wirtschaft. Das heißt nicht, daß es keine sprunghafte Entwicklung geben könnte. Der Opel-Konzern hat in diesen Tagen angekündigt, daß er in den nächsten 3 Jahren in Westdeutschland 5 Milliarden DM investieren wolle. Die Automobilkapitalisten in Westdeutschland haben in den letzten beiden Jahren die Ausbeutung so verschärft, daß sie damit, wie mit der Stillegung verschiedener Produktionsstätten, den tendenziellen Fall der Profitrate aufhalten konnten. Durch die geplanten Investitionen wird der nächsten Krise schon der Boden bereitet. Die Bourgeoisie ist ahnungsvoll zurückhaltend bei solchen Ankündigungen: „Eigentlich müßte sich angesichts der geplanten Investitionssummen, die in den letzten Monaten genannt worden sind, die Investitionsgüterindustrie von Aufträgen nicht mehr retten können. Aber allein die anhaltende Stahlmisere spricht gegen diese Annahme, wie überhaupt die Konjunktur weiter zu wünschen übrig läßt." Überschüssiges Kapital fließt in Rentenpapiere, das sind direkte Anteilscheine an der Ausplünderung der Volksmassen durch den bürgerlichen Staat. „Die Industrieunternehmen in der Bundesrepublik haben in den beiden letzten Jahren ihr Geld zu einem großen Teil lieber in Finanzanlagen wie Rentenpapiere angelegt als in Neuinvestitionen", berichtet die Deutsche Bundesbank. Überschüssiges Kapital wird ins Ausland exportiert, um sich fremde Länder zu unterwerfen und sie auszuplündern. Im Vergleich zu den realen Anlageinvestitionen der kapitalistischen Unternehmen im Inland haben sich ihre realen Auslandsinvestitionen seit 1972 wie folgt entwickelt:

	1972	1973	1974	1975	1976
Anlageinvestitionen in Mio in Preisen von 1962	129 003	130 710	116 230	110 000	117 530
		1,3 %	– 11,1 %	– 5,4 %	6,8 %
Direktinvestitionen in Mio unter Berücksichtigung der Änderungen des Außenwerts der DM	2 816,2	6 371,1	5 390,6	5 994,9	6 629,6
		126,2 %	– 15,4 %	11,2 %	10,6 %

(Außenwert 1970 gleich 100)

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Verfaulung und Stagnation im Innern, weil Kapital überschüssig ist, Export des überschüssigen Kapitals ins Ausland – worin sonst kann der Ausweg bestehen als in Kapitalvernichtung und Verschärfung der Ausbeutung im Innern und der Niederschlagung der Konkurrenten, die sich der Expansion des eigenen Kapitals in den Weg stellen? „Große Unsicherheit" über die Entwicklung der Konjunktur? Mit Sicherheit steuert sie auf noch größere Krisen und auf Krieg hin. Fragt sich, wann die Arbeiterklasse sich von dieser verrotteten Ausbeuterwirtschaft befreit. – (Z-Red.)



Hansaport/Hamburg in Betrieb. Der Salzgitter-Konzern hat sich von der Stadt Hamburg und der Bundesregierung diesen Erzhafen für mehrere hundert Millionen DM bauen lassen.

Hannover. Der Bundeskongreß der Bürgerinitiativen mußte vorzeitig abgebrochen werden, weil eine politische Einigung nicht möglich war. Der KB Nord ist der Meinung, dies sei „eine verpaßte Chance", denn es ist ihm nicht gelungen, seine Politik durchzusetzen.

Zwar konnte er nach heftigen Diskussionen seine Brokdorf-Demonstrationsleitung von den Delegierten bestätigen lassen, nur hat dies auf den Verlauf der Konferenz keinen großen Einfluß genommen.

Es ist noch eine Resolution für die weitere Arbeit beschlossen worden, gegenüber einer Resolution, die auch die Fraktion des KBW untersützte, die sich gegen das Energieprogramm der Bundesregierung wandte. In dieser Resolution hat der KB Nord die Einheit aller Menschen geschlossen, die Kapitalistenklasse mit ihrem Profitstreben existiert überhaupt nicht mehr. Hauptfeind sind die Atomanlagen. Dagegen muß „jeder Mensch" sein.

Die Mehrzahl der Delegierten unterstützten die Politik des KB Nord – nur wie diese Delegierten zusammengekommen, weiß keiner genau; allein aus Hamburg sollen sechzig Delegierte dagewesen sein. Daß die Sponties daraufhin Delegiertenkarten kostenlos verteilten, war die Antwort auf die „Seifenpolitik" des KB Nord.

Der Kampf um die richtige Linie wird weitergeführt in den Bürgerinitiativen. Entscheiden wird er sich im Kampf gegen das Energieprogramm und entscheiden wird er sich nur, wenn im Zusammenschluß der Arbeiterklasse und der Bauern Fortschritte gemacht werden. Diese Fortschritte müssen in den Gewerkschaften gemacht werden.

Werftindustrie in der Krise – Sozialdemokraten in der IG Metall treten für Steigerung der Ausbeutung ein. In der Werftindustrie liegen Produktionsmittel brach, die Produktion ist zur Zeit mit 60 % ausgelastet. Der Auftragsbestand reicht in den großen Werften Bremen und Emden bis 1977/1978. Im letzten Jahr sind in Hamburg 4 567 Arbeitsplätze in der Werftindustrie wegrationalisiert worden, bei den Thyssen-Nordseewerken in Emden und der AG Weser in Bremen stehen Massenentlassungen an. Mit Kurzarbeit, Überstunden und Verschärfung des Akkords wollen die Kapitalisten die Ausbeutung steigern, um die Konkurrenzfähigkeit zu verbessern, um so eine angemessen Profitrate zu erreichen. Dagegen sind die Arbeiter, das haben sie auf der 1. Mai-Demonstration klargemacht.

In der „Metall", Nr. 10/77 tischt die Sozialdemokratie in der IGM ihre Variante des „Kampfes" gegen die Werftkrise auf:

1. „Um Gefahr für die Werftarbeitsplätze abzuwenden, die aus der internationalen staatlich geförderten Konkurrenz erwächst, sieht sie sich aber gezwungen, für Subventionierung des deutschen Schiffbaus einzutreten, allerdings mit der Forderung, zu kontrollieren, daß damit Dauerarbeitsplätze erhalten werden."

2. „Der Beirat der IGM hat eine Werftanalyse verabschiedet, die Vorschläge enthält, wie künftig der Aufbau von Überkapazitäten vermieden, Arbeitskraft sinnvoll eingesetzt werden kann. Unter Umständen wird eine Investitionsmeldestelle gefordert, die sicherstellt, daß Steuergeld nur für Investitionen fließt, die der Arbeitsplatzerhaltung dienen, daß nicht erneut Überkapazitäten aufgebaut werden." (aus Metall, 10/77)

So hat Loderer mit Bundeskanzler Schmidt schon ausgehandelt, daß die Reederhilfe um 50 Millionen DM erhöht wird und daß die Länder zusätzlich 2,5 % zuschießen. Die Reederhilfe stellt den Kapitalisten bei Schiffsneubauten Profite in Ausssicht. Davon allerdings haben die Arbeiter nichts, außer vermehrter Schweißauspressung. „Arbeitskraft sinnvoll einsetzen" heißt doch im kapitalistischen Arbeitsprozeß nur: Die Arbeitskraft muß gut ausbeutbar sein, sinnvoll sind dann Akkordsteigerungen, sind Lohnsenkungen. Zu den 4 567 vernichteten Arbeitsplätzen in Hamburg sagt Otto vom Steeg dann auch: „Das ging ohne großen Jammer." Zur Kurzarbeit, die „Lohneinbußen bis zu 68 % für Spezialisten" ausmacht, schreibt Margot Brummer in der „Metall": „Sie sind entscheidend für die Wiedererholungsfähigkeiten der Werften in den 80er Jahren".

Im Situationsbericht treten sozialdemokratische Betriebsräte auf den Werften auch für massive Steigerung der Ausbeutung ein:

Ziegenfuß (AG Weser): „In der Not frißt der Teufel Fliegen. Aber wir kriegen nur Kurzarbeit, wenn wir einen Auftrag haben, den wir strecken können. Sonst besteht die Gefahr von Entlassungen." 700 Entlassungen hat er durch seine Unterschrift unter den Sozialplan zugestimmt.

Gehlfuß (Thyssen Nordsee, 4 100 Beschäftigte) sagt zu den 600 anstehenden Entlassungen: „Die werden wir nicht retten können, aber darum wird noch hart gefochten." und „Ich habe doch in Tokio gesehen, daß die Japaner mit 2 500 Mann riesige Kähne bauen." Nicht 600 Entlassunge will dieser Sozialdemokrat, sondern 1 600, um dann „sichere Arbeitsplätze" zu haben.

Investition für die imperialistische Expansion

588 Millionen DM für „staatliche Infrastrukturmaßnahmen in wirtschaftsschwachen Gebieten", aufgebracht je zur Hälfte vom Bund und den Ländern, dazu 660 Millionen DM Investitionszulagen für Privatunternehmen in „Regionen mit schwacher Wirtschaftsstruktur" sieht der „Rahmenplan zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur" der Bundesregierung vor. 15 % von den 588 Millionen DM, fließen nach Schleswig-Holstein.

Knapp 4,5 % beträgt der Anteil der Bevölkerung Schleswig-Holsteins an der Bevölkerung der BRD. Der „Förderungsteil" für Schleswig-Holstein ist also gemessen an seiner Bevölkerung außergewöhnlich hoch.

„Wird der Norden zum Armenhaus", fragt der sozialdemokratische „Vorwärts" am 17.2.77 und schreibt: „Wachstumsindustrien konzentrieren sich zunehmend im Süden und Westen der Bundesrepublik, während gleichzeitig die bisher dominierenden Branchen im Norden – Schiffbau, Fischfang, Fischereiindustrie, Fahrzeugbau, Metallverarbeitende Industrie – ins Wanken geraten."

Das wäre für die Regierung des westdeutschen Finanzkapitals kein Anlaß zu mildtätigen Millionengeschenken. Der hohe Anteil Schleswig-Holsteins am Investitionsprogramm zeigt vielmehr die Rolle, die das Land für die Expansionspläne des Finanzkapitals spielt.

Zwei Aufgaben fallen ihm dabei zu: Der Aufbau einer rohstoffverarbeitenden Grundindustrie an der Unterelbe und die Durchdringung der osteuropäischen und skandinavischen Märkte.

Die Rohstoffe, die in den westdeutschen Fabriken verarbeitet werden, kommen zum größten Teil aus den Ländern der dritten Welt. Die Reichtümer dieser Länder plündern die BRD-Imperialisten jedoch in vielen Fällen nicht unmittelbar, sondern sie müssen die Rohstoffe über die ehemaligen Kolonialherren kaufen, vor allem Belgien, Frankreich und Holland. Diese imperialistischen Länder sind wichtige Rohstofflieferanten der BRD, die sich als Zwischenhändler betätigen, oft aber auch die Rohstoffe teilweise weiterverarbeiten. Der Profit, den sie dabei machen, geht den BRD-Imperialisten verloren.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat darauf mit Kapitalexport geantwortet. In den belgisch-holländischen Rheinmündungshäfen befindet sich mehr westdeutsches Kapital als in allen vier westdeutschen Küstenhäfen zusammen. (Vorwärts, 17.2.77) Will die Bourgeoisie den Krieg vorbereiten, dann muß sie die Abhängigkeit von den imperialistischen Rohstoffzwischenhändlern beenden. Sie braucht eine eigene Grundstoffindustrie an eigenen großen Seehäfen. Daher das Industriegebiet Unterelbe mit seinem Schwerpunkt Brunsbüttel. Bayer, Veba, Ciba-Geigy haben dort Grundstoffchemieproduktion geplant. 550 Millionen DM bringen Schleswig-Holstein und die Bundesregierung „für die notwendige Infrastruktur" auf. (Hamburger Abendblatt 1.3.77)

Der Plan des holländischen Konzerns Schelde-Chemie, dort ebenfalls ein Werk zu errichten, zeigt, daß die imperialistischen Konkurrenten auf die Bestrebungen der BRD-Imperialisten mit Kapitalexport reagieren.

Der zweite Punkt des Investitionsprogramms in Schleswig-Holstein sind die Ostseehäfen, die das Sprungbrett für imperialistische Expansion nach Norden und Osten sein sollen. Dabei beziehen die BRD-Imperialisten dänisches Territorium frech in ihre Planung ein. Das „Flensburger Tageblatt" schreibt am 4.12.76: „Die oberzentralen Funktionen der Stadt Flensburg sollen weiterentwickelt und ausgebaut werden, und zwar für einen Bereich, der sich etwa mit dem Gebiet der Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg deckt, sowie Teile von Südjütland und die Insel Alsen mit einbezieht."

Mit „Armenhaus" und besonderer Notlage hat das Investitionsprogramm für Schleswig-Holstein nichts zu tun. Nicht Schiffbau, Fischfang, metallverarbeitende Industrie sind Schwerpunkte des Programms, sondern die Grundstoffindustrie der Unterelbe und die Ostseehäfen. Im Programm der Landesregierung sind diese Gebiete „Hauptschwerpunkte, in denen Investitionen bis zu 25 % öffentlich gefördert werden." (Handelsblatt 30.10.77) Im Auftrag des Ministers für Wirtschaft und Verkehr macht die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH in Zeitungsanzeigen dafür folgende Rechnung auf: „Investitionen: 2,5 Millionen DM. Davon Eigenmittel 587 000 DM, Investitionszulage – und Zuschuß zusammen 613 000 DM, Darlehen (über die Restfinanzierung können sie auch mit uns sprechen) 1,3 Millionen DM."

Die übrigen Gebiete, das Innere des Landes und die Westküste veröden. Neumünster, Bahnknotenpunkt mit großem Bahnausbesserungswerk und Industriebetrieben ist nur „c-Schwerpunkt" mit höchstens 15 % Förderung. Die schleswig-holsteinischen Nordseehäfen sind für das imperialistische Expansionsprogramm uninteressant. Für die bleibt der Fremdenverkehr. Mit 90 000 DM wurde er in Friedrichskoog ausgebaut, mit 150 000 DM in Langballigau. Damit werden von den Konsortien der Großbanken „Touristikzentren" aufgebaut. Das Ergebnis ist wie bei den Ferienzentren Marina-Wenttorf, Damp 2 000, Stein, Holm und so weiter an der Ostseeküste die Anbindung der Existenz der Landbevölkerung an das Finanzkapital, das diese Zentren betreibt. Finanziert wird die planmäßige Verödung der als Ferienrevier ausgewiesenen Landstriche zusätzlich mit dem „Zonenrandförderungsprogramm", nach dem 1976 von Flensburg bis Lauenburg 163 Millionen DM Sonderabschreibungen bewilligt worden sind. 400 Millionen DM konnte die Bourgeoisie auf diese Weise „steuerlich gefördert" einsetzen.

Die Ausrichtung der schleswig-holsteinischen Produktion auf die Expansionspläne und die Kriegsvorbereitung der BRD-Imperialisten in zwei Schwerpunktgebieten und die Verödung des restlichen Landes hat Stoltenberg im März unter der Bezeichnung „Raumordnungsbericht" vorgelegt. „Raumordnung" im Imperialismus ist Zerstörung der Umwelt, Zusammenballung der Industrie in immer unerträglicheren Städten und Verödung des Landes. Große Kämpfe dagegen sind unausweichlich. Der Kampf gegen das KKW Brokdorf ist ein Teil davon, ebenso wie der Kampf gegen die indirekten Steuern und für 1 500 DM Steuerfreibetrag. Warum sollen die Werktätigen Ausdehnung und Verschärfung der Ausbeutung und die Zerstörung des Landes durch die Bourgeoisie aus ihrem Lohn bezahlen? – (Bezirk Holstein)

Bremen. Der „Weser Kurier" verbreitete am 5.5. unter der Überschrift „Studentenstreik empört Minister" die Argumente, mit denen der Wissenschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Rau, den Streik der Medizinstudenten zu spalten und zu isolieren versucht. Dagegen nahm ein Mitglied des Ausbildungspersonalrats des Krankenhauses St. Jürgen-Straße in einem Leserbrief Stellung: „Wenn Herr Rau sagt, das Medizinstudium an sich sei sowieso schon ein Privileg, das Tausende ersehnen, benutzt er die eigene katastrophale Bildungspolitik, bei der eben Tausende angehender Medizinstudenten auf der Straße stehen, als Aufforderung zum Stillhalten ... Die Zahlen, die Herr Rau für die Einrichtung des Praktischen Jahrs in Nordrhein-Westfalen bis 1978 nennt, klingen schon beachtlich – 34,1 Millionen Mark, wieder vom Steuerzahler aufzubringen. Was er jedoch verschweigt, sind die Einsparungen, die der Staat sich durch die Streichung der Medizinalassistentengehälter erhofft, allein in einem Jahr 100 Millionen Mark! Wir haben im letzten Tarifabschluß gleiche bittere Erfahrungen gemacht. Alle Krankenpflegeschüler, die nach dem 31.3.1977 ihre Ausbildung beginnen, erhalten durch Herabsetzung des Bemessungssatzes über DM 80,– weniger Ausbildungsvergütung im Monat. Der Angriff auf die Ausbildungsgehälter setzt sich im ganzen öffentlichen Dienst fort, auch bei Lehrer- und Gerichtsreferendaren, bei Rechts- und Sozialpraktikanten usw. Allein im Zentralkrankenhaus St. Jürgen-Straße unterstützen über 120 Kollegen in 5 Kursen den Streik der Medizinstudenten, weil der Kampf gegen weiteren Lohnabbau das gemeinsame Interesse aller Auszubildenden und Kollegen im öffentlichen Dienst ist."

Köln. Beschäftigte der Universitätsklinik Köln haben den streikenden Medizinstudenten ihre Unterstützung erklärt, weil diese ihnen diktierten Arbeits- und Ausbildungsbedingungen unverhohlen auf eine Spaltung der Lohnabhängigen an den Krankenhäusern zielen. Sie sind zum einen Bestandteil der Rationalisierungsmaßnahmen an den Kliniken (zum Beispiel wurden im Krankenhaus Donaueschingen 20 Schwesternstellen zugunsten von 28 PJlern gestrichen), zum anderen senken sie den Lohn der im öffentlichen Dienst Beschäftigten (die neu angefangenen Schwesternschüler bekommen schon 100 DM weniger und sollen ganz auf BAFöG gesetzt werden), und sie sind letztlich Angriffe auf die tariflichen Rechte aller Lohnabhängigen. Auch von zwei Stationen am Krankenhaus Maria Hilf in Bergheim, von Beschäftigten am Krankenhaus in Düren, von der Arbeitsgemeinschaft der Rechtsreferendare in der ÖTV und vom Stadtvorstand Köln der GEW erhielten die Medizinstudenten in Köln Solidaritätsresolutionen.

Karlsruhe. An den Städtischen Krankenanstalten Karlsruhe wird der Streik der Medizinstudenten unterstützt. Krankenpflegeschüler haben ein VDS-Plakat zum Streik aufgehängt, die Schulschwestern getrauten sich nicht, es abzureißen. Der dritte Kurs der Pflegeschüler hat einstimmig seine Schülervertreter aufgefordert, eine Veranstaltung gegen den Lohnabbau bei den Krankenpflegeschülern, gegen das geplante Krankenhauspflegegesetz und zur Solidarität mit dem Medizinerstreik zu organisieren.

Freiburg. Am 12.5. haben sich in Freiburg etwa 30 Vorpraktikanten, Praktikantinnen im Anerkennungsjahr, Fachschüler, Fachhochschüler und Erzieher getroffen, um über die Lage der Ausbildung zu „Sozialberufen" sich zu beraten. Das Treffen hat einstimmig beschlossen: „Ausbildungs- und Tarifvertrag im Sozialen Bereich! 700 Mark! Gewerkschaftliche und politische Freiheiten." In der Debatte wurde auch der Streik der Mediziner behandelt und die gemeinsamen Interessen herausgestellt. Zur Bekundung der Solidarität und als praktische Unterstützung des Streiks wurden 21 Mark gesammelt und an die Streikleitung weitergeleitet.

Bühl / Baden. Am 14. Mai fand eine Landesfachschulkonferenz in Bühl (Baden) statt. 15 Fachschulen aus Baden-Württemberg Bereich Sozialpädagogik haben sich dort getroffen. Folgende Resolution wurde dort verabschiedet: „Die Landesfachschulkonferenz der Fachschulen für Sozialpädagogik in Baden-Württemberg, die am 14.5. in Bühl im Haus der Jugend stattfand, beschließt, den Referentenentwurf des Kultusministeriums abzulehnen. Die Ablehnung gründet sich hauptsächlich auf die weitere Verschärfung der Prüfungs- und Ausbildungsbedingungen. Der Leistungsdruck soll vor allem durch vermehrte Notengebung gesteigert werden. Diese Verschärfung soll bewirken, daß zunehmend nur angepaßte Schüler die staatliche Anerkennung bekommen. Wir lehnen diese Maßnahme ab und fordern dagegen jetzt: 1. Sofortige Zurücknahme des Referentenentwurfs. 2. Abschaffung der erziehungspraktischen Prüfung. 3. Ausbildungs- und Tarifvertrag im Anerkennungsjahr. 4. Einstellung aller Erzieher. 5. Öffentliche Diskussion mit Schülern, Lehrern, Erziehern, Praktikanten, Gewerkschaftern und Eltern über die Neuregelung der Ausbildung."

Es wurde die Forderung nach 700 Mark diskutiert. Sie hat Zustimmung gefunden, wurde aber nicht abgestimmt. Geplant sind Aktionstage bis zum 15. Juni und am 16. Juni eine Demonstration in Stuttgart.

„Wir sind daran interessiert, daß der Streik erfolgreich geführt wird .. "

Die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst unterstützen den Streik der Medizinstudenten

Der Präsident der Freien Universität Westberlin, Lämmert, droht den streikenden Medizinstudenten in einer Erklärung: „Durch einen mit Gewalt durchgesetzten Lehrveranstaltungsboykott geraten Sie zwangsläufig in eine Konfrontation mit allen anderen Hochschulangehörigen ...". – Gern hätt's der Lämmert so. Aber so ist es nicht. Wie bei keinem Streik zuvor haben die Medizinstudenten die Untersützung und Solidarität der Lohnabhängigen des Öffentlichen Dienstes, insbesondere in den Krankenhäusern, wo die PJ-Absolventen bereits arbeiten und wo die Medizinstudenten ihre späteren Arbeitsplätze haben. So erhielt der Streikrat Solidaritätserklärungen und Resolutionen u.a. von den ÖTV-Jugendgruppen des Klinikum Steglitz, des Klinikum Westend und des Auguste-Viktoria-Krankenhauses, von der Schülervertretung der Katholischen Krankenhäuser, von der Bereichsversammlung Neurochirurgie im Westend, von Ärzten der I. Inneren Abteilung im Krankenhaus Moabit, aus dem Urbankrankenhaus, von Kollegen des Jugendamtes Kreuzberg und des Nachbarschaftheimes Mittelhof in Zehlendorf. Über hundert Ärzte unterzeichneten einen Offenen Brief an den Ärztetag in Saarbrücken, in dem dieser zur Unterstüzung der Forderungen der Studenten aufgefordert wird.

Im Klinikum Steglitz, wo ein Großteil des klinischen Lehrbetriebes stattfindet und der Kampf der Studenten also unmittelbar vor Ort erfolgt und wo die Kolegen oft genug das Einrücken starker Polizeieinheiten gegen die Studenten mit ansehen mußten, fand auch die Solidarität der Beschäftigten entsprechenden Ausdruck. – Streikbrecher unter den PJ-Absoventen wurden zur Stellungnahme gezwungen und aufgefordert, mitzustreiken. 13 Krankenschwestern der Station GYN 042 unterschrieben eine Solidaritätsresolution, desgleichen 20 Kollegen der Abteilung für Datenverarbeitung, Beschäftigte der Nuklearmedizin schickten mit einer schriftlichen Erklärung die Forderungen der Studenten, ungefähr 180 Kollegen beteiligten sich an einer Unterschriftensammlung der Studenten.

Für Bourgeoispolitiker wie Lämmert oder wie Gesundheitssenator Pätzold sind das Schläge, und sie reagieren hektisch. Im städtischen Wenckebachkrankenhaus wurde eine Veranstaltung, die ÖTV-Kollegen gemeinsam mit Krankenpflegeschülern und Studenten durchführen wollten durch Raumverbot vom Verwaltungsdirektor verhindert, wie es heißt auf direkte Intervention des Gesundheitssenators. Die kollegen wird das nur bestärken, denn ihre Solidarität mit dem Kampf der Studenten hat eine sehr reale Grundlage. Sie stehen selbst im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung im Gesundheitswesen und wissen wie schädlich eine Spaltung der Belegschaften durch die besondere Entrechtung bestimmter Gruppen ist. Die Kollegen der Nuklearmedizin im Klinikum Steglitz haben das in ihrer Resolution so ausgedrückt: „Euer Streik hat die Form eines Arbeitskampfes. Wir sind daran interessiert, daß er erfolgreich geführt wird, weil es die Arbeiter und Angestellten im Krankenhaus spaltet, wenn nicht alle Beschäftigten die gleichen Rechte genießen." Die Bereichsversammlung Neurochirurgie im Klinikum Westend schreibt: „Das PJ reiht sich ein in Stufenausbildung der Krankenpflegeschüler, die ebenfalls keine Ausbildungsvergütung bekommen sollen, reiht sich ein in Maßnahmen, wie Stellenstreichungen, Privatisierung und die ganze Rationalsierung im Gesundheitswesen. Der Kampf der Medizinstudenten ist gerecht, wir reihen uns ein und unterstützen Eure Forderungen."

Sehr vielen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ist klar, daß ein Sieg der Medizinstudenten die Bedingungen ihres Kampfes gegen die Verelendung, wie sie mit dem 5,3%-Lohnabschluß vorangetrieben wurde und gegen die kapitalistische Rationalisierung und die Entrechtung verbessert. Denn es würde klar, daß der bürgerliche Staat durch gemeinsamen und hartnäckigen Kampf zu schlagen ist. Deshalb haben die Studenten die Unterstüzung der Beschäftigten; sie haben auch die Verantwortung, den Streik bis zum Erfolg zu führen. – (Zelle Klinikum Steglitz, Westberlin)

Vom Senat ist nichts zu erwarten

Die Schreibkräfte an der Uni Bremen setzen den Kampf fort

Die Schreibkräfte an der Bremer Universität setzen ihren Kampf gegen die Rationalisierung fort. Nachdem auf Beschluß einer Personalversammlung eine Woche lang in vielen Büros „Dienst nach Vorschrift" gemacht wurde, erschien jetzt Wissenschaftssenator Frankes Vertreter, Senatsdirektor (Staatssekretär) Professor Hoffmann auf einer neuen Personalversammlung. Er erlebte einen Aufruhr. Er erklärte, daß es keine neuen Stellen für Schreibkräfte geben werde, daß die seit eineinhalb Jahren gesperrten Stellen ausscheidender Schreibkräfte erst dann wieder besetzt würden, wenn diese sich einer Leistungsüberprüfung unterzögen. Von den heftigen Protesten der Beschäftigten in die Ecke gedrängt, wand er sich damit heraus, daß er persönlich auch gegen die „inhumanen Überprüfungsmethoden" sei, bloß, zuständig wären die „Volksvertreter" der Bürgerschaft und gar nicht er.

Die Wut der Anwesenden hatte ihm dann die Sprache verschlagen, als ans Tageslicht gebracht wurde, daß der als „fortschrittlich" gepriesene Rechtsprofessor während seiner Unizeit „seine" Schreibkraft sogar sonntags arbeiten ließ.

Die Beschäftigten machten kurzen Prozeß. Schon nach einer Stunde erklärten sie, daß sie vom Senat nichts zu erwarten und Herrn Hoffmann deshalb auch nicht mehr anhören wollten. Sie wollten lieber unter sich über Kampfmaßnahmen beraten.

Wenn der für die Stellenfreigabe zuständige Haushaltsausschuß des Parlaments tagt, dann soll eine Personalversammlung stattfinden, die für den Tag arbeitsfrei beschließt, und alle sollen den Ausschuß besuchen. Das wird die Volksvertreter aufscheuchen.

Den Sozialdemokraten passen Aktionen gar nicht in den Kram. Das alles bringt ja nichts, sagen sie. Einige Beschäftigte verließen, der vielen Worte überdrüssig, die Versammlung, so daß die Beschlüsse zur Weiterführung des Dienstes nach Vorschrift, erneuter Versammlung mit dem Zweck, die Parlamentarier zu stellen und Ablehnung jeder Leistungsüberprüfung nur noch von einem Teil der Belegschaft gefaßt wurde.

Diese setzten zugleich einen Ausschuß ein, der mit Vertrauensleuteleitung und Personalrat die weiteren Kampfschritte organisieren soll und die weiteren Angriffe abwehren soll. Die lassen nicht auf sich warten. Zahlreiche Vorgesetzte erklären nämlich: „Wenn Ihr Dienst nach Vorschrift macht, werden wir auch mit der Uhr die Arbeitszeit kontrollieren. Dann ist Schluß mit Zuspätkommen, oder mal ein paar Minuten eher gehen."

In dieser Lage zeigt sich immer deutlicher, daß der Kampf der Schreibkräfte als Kampf gegen Stellensperre und Rationalisierung allein nicht erfolgreich zu beenden sein wird. Er wird zu einem Kampf um den Normalarbeitstag und gegen die die Lebenszeit verkürzende Akkordarbeit.

– (Uni-Zelle Bremen-Unterweser)

Ich hätte auf den Tisch hauen sollen

Ein Lehrer berichtet über Zeugniskonferenz

Braunschweig. Ein Beispiel von der Zeugniskonferenz an einer Braunschweiger Schule:

Der Schüler X ist bekannt als einer, der sich nichts gefallen läßt. Motzereien und Störungen des Unterrichts werden ergänzt durch einfaches Fernbleiben (unentschuldigtes Fehlen heißt das in der Lehrersprache). – Im ersten Halbjahrszeugnis hatte er nur Vieren und Fünfen. Die Fünfen für „Unterrichtsverweigerung". Jetzt zum Ende des Schuljahres hat er drei Vieren, eine Zwei, Dreien und „nur noch" eine Sechs.

Der Klassenlehrer hat den Realschulabschluß beantragt. Immer mehr Lehrer geraten in den Widerspruch zu ihrer Unterdrückungsfunktion, vereinzelt versuchen sie den Druck der Zensuren abzuschwächen. Möglich ist das, wenn die Sechs durch eine Zwei ausgeglichen wird. Dann muß die Zeugniskonferenz zustimmen. Diese Regelung scheint „schwachen" Schülern entgegenzukommen, dient aber nur der feineren Auslese.

Ich habe dagegen vertreten: „Ich bin dagegen, daß der Schüler überhaupt eine Sechs bekommt. Ich sehe es nicht als meine Aufgabe an, mich als Schleusenwärter zu betätigen und den Schülern einen Stempel aufzudrücken und damit die Vorauswahl für die Betriebe zu treffen. Mit einer Drei muß man auf jeden Fall länger warten als mit einer Eins und bekommt kein Arbeitslosengeld. Ich sehe es vielmehr als unsere Aufgabe an, die Schüler dabei zu unterstützen, sich zusammenzuschließen und ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich verkaufen zu können."

Sofort wurde eine heftige Diskussion geführt:

„Ich finde es auch nicht gut, dem Schüler jetzt zum Abschluß eine Sechs zu geben wegen Schwänzen. Wir hätten ihm schon im fünften Schuljahr dafür eine Sechs geben müssen, dann hätte er in Klasse neun und zehn gewußt, woran er ist." – „Wenn wir dem noch einen Realschulabschluß geben, dann machen wir unsere Schule ja unglaubwürdig." – „Wir tun ihm wirklich keinen Gefallen, wenn wir ihm einen Realschulabschluß geben. Stellen Sie sich vor, er wird in den Betrieben laufend mit anderen Realschülern verglichen. Der bekommt doch nie eine Lehrstelle ..." – „Er muß doch bei jeder Bewerbung beweisen, daß er den Realschulabschluß zu Recht bekommen hat, stellen Sie sich die psychische Belastung für das Kind vor!"

Einer, der als besonders „fortschrittlich" gilt, meinte: „Tut mir leid, das kann ich nicht verantworten, daß dieser Schüler einen Realschulabschluß erhält. Ich kann nicht über meinen eigenen Schatten springen."

Der Realschulabschluß wurde verweigert – wegen „mangelnder Arbeitshaltung".

Vor der Zustimmung zum Hauptschulabschluß mußte ebenfalls beschlossen werden, daß die Zwei die Sechs ausgleicht. Hier hat die Konferenz zugestimmt. Der Klassenlehrer kämpfte um den Realschulabschluß und erklärte, daß in beiden Fällen die „mangelnde Arbeitshaltung" festgelegt worden sei, aber unterschiedliche Konsequenzen daraus gezogen worden seien. Er wurde unterbrochen: „Nun lassen Sie doch endlich diesen Schüler fallen."

Mit einer Gegenstimme wurde der Schüler von der Konferenz auf die Hauptschule gepreßt.

Ich hätte auf den Tisch hauen sollen. Die ganze Zeit haben sie sich gerechtfertigt und am Ende ist genau dasselbe herausgekommen, wie bei offenen Verfechtern der Schulunterdrückung.

– (GUV Braunschweig/Östliches Niedersachsen)

Gemeinsames Elend im Zeichen christlicher Liebesarbeit

Diakonische Werke Himmelsthür: Beschäftigte organisieren sich im Kampf für ihre Rechte

Wildeshausen. Die Diakonischen Werke Himmelsthür, Wildeshausen, sehen ihre Aufgabe in der Arbeit mit geistig und körperlich Behinderten. Bei dieser Arbeit sollen sich die Mitarbeiter leiten lassen von der Erkenntnis, „daß wir dem gemeinsamen Elend nicht entrinnen können ..." (aus DHW-Zeitschrift „Wir"). Die Tatsachen beweisen, daß dies keine leeren Worte sind, sondern diese Aufgabe sehr ernst genommen wird:

– die Patienten werden von der Bevölkerung isoliert
– stundenlanges Fesseln ans Bett und Verabreichung von Beruhigungsmitteln sind entscheidende Therapiemaßnahmen
– geringe Arbeitsprämien an Patienten, die Arbeiten verrichten
– Einkerkerung der Patienten in fest verschlossenen Räumen. Dies sind nur einige von den Maßnahmen, die darauf abzielen sollen, „gerade dem vielfach gestörten und verzerrten Menschenbild unserer Patienten und Klienten seine Würde zu geben" (aus DHW-Zeitschrift „Informationen").

Sie werden durch die Krankenkassen, Sozialämter, die Patienten selbst, das Arbeitsamt und Landeszuschüsse finanziert. Mit Steuergeldern und Versicherungsbeiträgen bezahlen also die Werktätigen für eine Einrichtung, die sich die Unterdrückung und Verstümmelung des Menschen im Namen christlicher Heilslehre zur Aufgabe gemacht hat, dabei ihre Vermögen an Grundbesitz und Gebäuden ungeheuer vergrößert und den leitenden „Mitarbeitern" wie Wolckenhaar, Fesca, Wullstein usw. fürstliche Gehälter in Höhe von mehreren tausend DM zuschanzt.

Anders sieht es aus mit den Arbeitern und Angestellten der Himmelsthür. Sie sind verpflichtet, „ihre beruflichen Fähigkeiten und Erfahrungen uneingeschränkt in den Dienst der christlichen Liebesarbeit zu stellen." (Arbeitsvertragsrichtlinien, AVR S. 3) Damit diese „christliche Liebesarbeit" nicht so teuer ist, werden nach Möglichkeit Arbeiter eingestellt, die aus ganz anderen Berufen kommen oder noch ohne Ausbildung sind. Damit werden gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Erstens werden sie wegen mangelnder fachlicher Qualifikation in die niedrigste Gehaltsstufe eingestellt. (KR 1, was bei Ledigen gerade 1 000 DM netto ausmacht). Zweitens kassiert somit die Einrichtung noch für einige Monate ein Einarbeitungsgeld vom Arbeitsamt, was immerhin 40 bis 50 % vom Lohn ausmacht. Aber mit dieser miserablen Bezahlung ist der „Liebesdienst" der Kirche gegenüber ihren Mitarbeitern noch nicht beendet. Regelmäßig stehen in der „Himmelsthür" Entlassungen vor Beendigung der Probezeit auf der Tagesordnung. (Dann kann für neueingestellte Mitarbeiter wieder das Einarbeitungsgeld vom Arbeitsamt kassiert werden.) Versetzungen von einer Station auf die andere sind auch keine Seltenheit, denn schließlich heißt es ja in den Arbeitsvertragsrichtlinien:

„Dem Dienstgeber erwächst aus dem Wesen der Dienstgemeinschaft die Pflicht zur Fürsorge für jeden einzelnen Mitarbeiter."

Diese „Pflicht zur Fürsorge" nimmt die Geschäftsleitung der Diakonischen Werke sehr gewissenhaft wahr. So wurden Mitte März „Beurteilungsbögen" an die Stationsleiter geschickt. Über jeden Mitarbeiter des Pflegepersonals mußte diese Beurteilung schnell ausgefüllt und nach Hildesheim weitergeleitet werden. „Fürsorglich" will der Dienstherr wissen, wer unter den Mitarbeitern „rechthaberisch", oder gar „provozierend" ist, wer sich seinen Vorgesetzten gegenüber „uneinsichtig" zeigt, oder „nicht neutral urteilen" kann. Nur, als „Fürsorge" kann man diese Bespitzelungsbögen wirklich nicht bezeichnen. Ausgesiebt werden sollen alle, die sich gegen die Mißstände in „Himmelsthür" wehren.

Wie ernst die Kirche ihre „Nächstenliebe" nimmt, wird an den Auszahlungen der Tariferhöhungen deutlich. Die tariflich festgelegten Streckungszulagen von 100 DM sind im April nicht ausgezahlt worden. Die Beschäftigten von „Himmelsthür" halten nicht viel von dieser Art „Nächstenliebe" und „Fürsorge". Sie halten auch nichts von dem „gemeinsamen Elend" in Himmelsthür. Denn einerseits verbaut es den Patienten jede Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu verwenden und zu entwickeln und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Für einen Großteil der Beschäftigten bedeutet es Einstufung in die niedrigste Gehaltsstufe. Andererseits belohnt sie die Anstaltsleitung mit mehreren tausend Mark monatlich für ihre Phrasen von christlicher Nächstenliebe, für ihre Bespitzelung und Unterdrückung der Belegschaft.

Mit allen Mitteln versucht die Anstaltsleitung diese Verhältnisse aufrecht zu erhalten. Mit zwei fristlosen Entlassungen gegen die Kommunistin M. Rudolph hat sie versucht, den Wiederstand zu brechen und die Kommunisten zu isolieren. Dies hat die Einheit nicht geschwächt. Im Gegenteil. Die Beschäftigten haben sich in der ÖTV organisiert, eine ÖTV-Betriebsgruppe gegründet und auf einer Plattform zu den Mitarbeitervertreter-Wahlen die Forderung nach mehr Personal aufgestellt. Margrit Rudolph haben sie in die Mitarbeitervertretung gewählt. Jetzt wird um die Wiedereinstellung gekämpft.

„Freie Berufswahl"

Wie das Arbeitsamt „Erwartungen" und „Fähigkeiten" feststellt

Zirka 850 000 Jugendliche werden in den nächsten Wochen die Schulen verlassen. Für die Kapitalistenklasse stellt sich das Problem, wie die „Berufswahl" dieser 850 000 so organisiert werden kann, daß sie einerseits als Zuteilung nach den Profitinteressen der Bourgeoisie funktioniert, andererseits nicht zuviel ideologisches Porzellan in den Köpfen der Jugendlichen zerschlagen wird. Mühsam haben die Lehrer in langer Indoktrination den Kindern der Arbeiter und Angestellten deren Erfahrungen von der Existenz als Lohnarbeiter austreiben müssen und versucht, durch die Ideologie der „freien Berufswahl nach den Fähigkeiten", „Chancengleichheit" zu ersetzen. „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen", heißt es im Grundgesetz, und es handelt sich um einen Kernsatz. Denn er beinhaltet den Status des *freien Lohnarbeiters*, der – frei von Produktionsmitteln – auch frei von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Kapitalisten ist und sich, wenigstens der Vorstellung nach,

sich, wenigstens der Vorstellung nach,

seinen Ausbeuter aussuchen kann. Die Bourgeoisie preist diese „Freiheit" des Lohnsklaven, die ihn vom Sklaven unterscheidet, als den Gipfel von Freiheit überhaupt. Dabei hat sich nicht verändert, daß Sklave *und* Lohnsklave unentgeltlich *Mehrarbeit* für die Ausbeuter leisten. Die genannte „Freiheit" ist nur eine Scheinfreiheit, stärker als alle Gesetze wirkt der Zwang, sich einem beliebigen Kapitalisten zu verdingen, um nicht zu verhungern. Auch die „Freiheit der Berufswahl" ist Ausdruck dieser Scheinfreiheit. Allein der Profit bestimmt den Weg der Ströme jugendlicher Arbeitskraft. Das zu verhüllen und die „Freiheit der Berufswahl" hochzuhalten ist die Bundesanstalt für Arbeit angetreten, die zentrale Behörde der Arbeitsämter, die das ideologische Geschäft mit der praktischen Lenkungs- und Auswahlpolitik für die Kapitalisten verbindet (und dies mit den Versichertengeldern der Lohnabhängigen macht).

Für die 850 000 Schulabgänger hat diese Bundesanstalt Broschüren mit dem Titel STEP („Systematisches Trainings- und Entscheidungsprogramm") herausgegeben, in jeweils verschiedenen Ausgaben für Hauptschüler, Realschüler, Abiturienten. Neu sind die zwei Hefte für die zirka 375 000 Hauptschüler. STEP 1: „Welche Erwartungen habe ich?", STEP 2: „Welche Fähigkeiten habe ich?"

Zunächst wird dem zukünftigen Lohnarbeiter klar gemacht, daß er nicht allzu viel von sich halten soll. „Schritt 1: Sich selbst richtig sehen und einschätzen", heißt es, dazu wird ein Mensch in zu großen Hosen gezeigt, er hat sich offensichtlich überschätzt. „Schritt 2: Die Berufe so sehen, wie sie wirklich sind." Unter der Lupe betrachtet (der Lupe der Berufsberatung) verwandelt sich die häßliche Raupe in einen schönen Schmetterling. „Schritt 3: Alles miteinander vergleichen, gegeneinander abwägen", wobei der Schuh, den der Abgebildete anziehen will, eindeutig zu groß ist, er soll gefälligst mehrere Nummern bescheidener werden.

Nach dieser erfrischenden Einleitung werden die „Erwartungen" der Jugend über 30 Seiten bearbeitet. Zunächst werden sie (nachdem man zu Beginn noch selbst „Erwartungen" aufschreiben sollte) reduziert auf „10 wichtige Erwartungen an die Berufe und was sie bedeuten". Zweierlei zeichnet diese „zehn Erwartungen" aus: Erstens sind sie von jedem *Inhalt der Arbeit* gelöst. „Im Freien arbeiten", „beruflich mit Menschen zu tun haben", „saubere Arbeit", „Schreibtischarbeit" usw. Es gehört die Perversion eines Bürokratenhirns der Bundesanstalt für Arbeit dazu, die *Schreibtischarbeit an sich* zur Erwartung der Jugend zu machen. Bekanntlich kann man sowohl im Freien wie *am Schreibtisch* sehr verschiedene Dinge tun. *Der Inhalt der Arbeit, die Umge-*

tun. *Der Inhalt der Arbeit, die Umge-*

staltung der Natur, wird aufgelöst in 10 Bedingungen, unter denen sie geschieht. Zweitens. Die Ausbeutung, unter der die zukünftige Arbeit der Jugend (bis zur proletarischen Revolution) geleistet wird, existiert in der Broschüre nicht. Wer beim Ankreuzen „Gelegenheit zu körperlicher Betätigung" nicht als besondere Erwartung ankreuzt, dann wahrscheinlich nicht deshalb, weil er gegen körperliche Arbeit *an sich* wäre. Sondern weil er aus den Erfahrungen der Arbeiter weiß, daß man durch den Kapitalisten am Fließband während solcher „körperlicher Betätigung" unmenschlich geschunden wird. Auch die Erwartung „ausreichender Lohn" existiert in dem Katalog nicht. Allenfalls „Aufstiegsmöglichkeiten".

Solcherart verarbeitet, durch den Wolf von Fragebogen, Zettelchen aufkleben, Schablonen vergleichen usw. gedreht, erfährt der Schüler am Ende des Tests schließlich, welchen Beruf *er eigentlich erwartet.* Meistens hat er bereits einen anderen Beruf erwartet und erfährt hier, daß er mit seinen Erwartungen erstens zurückzustecken hat und sie zweitens eine wunderliche Angelegenheit sind, der man psychologisch auf die Spur gekommen ist, die man aber nicht durch simple Gedanken stören kann, was einem denn Spaß machen würde, oder durch Gedanken von einem Lohn, der zur Existenz reicht.

Im zweiten Heft werden die *Fähigkeiten* untersucht. In verschiedenen Tests werden „8 Fähigkeiten" erforscht: „Räumliches Vorstellungsvermögen, Rechenfähigkeit, Formvorstellungsvermögen, Routinebefähigung, Farbwahrnehmung, allgemeine Denkfähigkeit, sprachliches Denken, Hand- und Fingergeschick". Die Tests sind weniger schwer als mißverständlich, damit man Fehler machen *muß*.

Der Schüler vergleicht die Lösungen selbst mit den richtigen, hinten abgedruckten Lösungen, stellt seine Fehlerzahl fest und ermittelt wieder in einem komplizierten Verfahren die Berufe unter den 40 „häufigen Lehrberufen", die in dem Heft zur Auswahl stehen, zu denen er „fähig" ist. Wie die kapitalistische Produktion die Entfaltung der Fähigkeiten der Arbeiterklasse fesselt, kann dieser Test wohl dem Kapitalisten einzelne Anhaltspunkte geben, wo welcher Mann am profitabelsten einsetzbar. Über die *tatsächlichen Fähigkeiten* kann dieser Test nichts sagen.

Außerdem: Wenn der zukünftige Arbeiter, der gerade die Hauptschule verläßt, in diesem Test beispielsweise seine Eignung für den Beruf des Werkzeugmachers erfährt. Was nützt ihm das? Den Test machen und eine Lehrstelle kriegen – das liegt himmelweit auseinander.

Der ganze Test soll vom Jugendlichen *vor* dem Gang zum Berufsberater durchgeführt werden. Der Zweck ist: Der Berufsberater soll wissen, in welche Gruppe er grob einsortieren kann bei der Auswahl von Arbeitskraft. Der zukünftige Arbeiter soll den Eindruck haben, froh sein zu müssen, überhaupt einen Ausbildungsplatz irgendwo zu bekommen. Aufgrund seiner mangelhaften „Fähigkeiten", *nicht* aufgrund der Profitwirtschaft. Sich selbst für die Übel der kapitalistischen Produktion verantwortlich machen – das sollen STEP 1 und 2 erreichen.

Wir haben nachgezählt. Ganze 5 der 40 „ausgewählten Lehrberufe", in die man sich selbst einsortieren kann, sind Berufe in der industriellen Produktion außer der Bauproduktion. 8 kommen aus der Bauproduktion. Der Rest: vor allem „Dienstleistungsberufe", darunter Reparaturberufe usw. Solche Berufe sind die Warteständе für die Kandidaten der industriellen Reservearmee und der Fließbänder. In sie wird vermittelt, gleichgültig, ob der „Berufswunsch" besteht oder nicht. Dafür sorgt schon die vorhandene Zahl arbeitsloser Jugendlicher. Bei der „Berufswahl" handelt es sich für das Proletariat unter der Herrschaft der Kapitalistenklasse immer um Auswahl von Arbeitskraft durch die Kapitalisten. – (Z-Red)

Berufsberatung

Osnabrück. In der großen Pause haben wir mit Schülern einer Klasse 8 der Schölerberg-Hauptschule in Osnabrück gesprochen, in der vor kurzem ein Berufsberater vom Arbeitsamt war. Was der erzählt hat, fragten wir. „Blödsinn!", sagte ein Schüler kurz und bündig. „Was der gelabert hat, das wußten wir schon vorher, das hat überhaupt nichts gebracht", war die einhellige Meinung.

Wir wollten wissen, was sie von der „Freiheit der Berufswahl" halten. Achselzucken. Das war keinem überhaupt eine Antwort wert. „Alles, was der Berufsberater wußte, war, wo es noch Lücken auf dem Arbeitsmarkt gibt: Maurer, Maler, Friseuse. Da sei noch was drin." „Und dann hat er uns noch einen von Weiterbildung erzählt. Besuch von Fachschulen usw. Ist doch Quatsch, mit unserem Zeugnis kommt man dort doch sowieso nicht rein. Ich z.B. will gern Säuglingsschwester machen, aber das geht ja gar nicht", berichtete eine der Schülerinnen. Ob sie Testbögen vom Arbeitsamt ausgefüllt haben?

Keiner hat ihn bisher ausgefüllt. „Da blickt man doch gar nicht durch. Außerdem weiß keiner, was das soll", war die Antwort. Diese Testbögen, die angeblich die Fähigkeiten messen, sind allein dazu da, mit ausgeklügelten Übungen zu messen, ob einer bereit ist, sich zum willenlosen Lohnsklaven pressen zu lassen oder nicht.

„Letztlich hängt es ja doch am Zeugnis, ist ja die Scheiße." Diese Auffassung war ziemlich einhellig. Einer würde z.B. gerne Kfz-Mechaniker machen. Deshalb war er schon beim Arbeitsamt und hat einen sechsstündigen Test über sich ergehen lassen müssen. Eine Zusage für eine Lehrstelle hat er noch nicht. „Fünfen und Sechsen, die gibt es bei uns massenhaft. In diesem Schuljahr sollen drei sitzen bleiben", berichten die Schüler. Einer muß noch nach der 8. Klasse von der Schule runter. Er hat die Klasse schon einmal wiederholt. Wenn er jetzt weitermachen wollte, muß das von der Klassenkonferenz und vom Schulrat befürwortet werden. Dazu müssen beim Schulrat alle Unterlagen eingereicht werden.

Wir haben den Schülern darüber berichtet, daß in Bremen Klassen dazu übergegangen sind, Klassenbücher mit Bemerkungen und Zeugnislisten zu verbrennen, um sich zu wehren gegen die Auslese und Spaltung durch die Noten, gegen Fünfen und Sechsen und Nichtversetzung. Da gab es gleich Zustimmung. „Finden wir richtig." Einer aus der Klasse hat, nachdem er den Artikel aus der Kommunistischen Volkszeitung gelesen hat, gesagt: „Das finde ich gut. Kanister Benzin mitbringen und draufhalten." Die Wut über die Noten ist groß. Als es klingelte haben wir ausgemacht, daß wir uns wiedertreffen wollen, um zu besprechen, wie man gegen die Noten vorgehen kann. – (KJB Osnabrück)

Vergeblich versuchte der Schuldirektor, Agitation für die Forderungen der Soldaten zu verhindern



Göttingen. Am Neuen Gymnasium Göttingen hat die Schulleitung Spitzelberichte über zwei Soldaten, ehemalige Schüler dieser Schule, angefertigt und an den MAD weitergegeben in mehrstündigen Verhören war diesen Soldaten aus Munster und Stadtoldendorf vorgeworfen worden, im November 75 führend einen Streik an der Schule organisiert zu haben und im Unterricht von Lehrer Schubert gegen die Schulunterdrückung aufgetreten zu sein. Der Panzerschütze Ralf Kerl war daraufhin vorzeitig aus der Bundeswehr wegen Wehrkraftzersetzung und Mitgliedschaft im KJB entlassen worden. Am Sonnabend, 21.5. führte der Kommunistische Jugendbund Göttingen eine Kundgebung in der Schule durch, um die Soldaten- und Reservistentage vorzubereiten. Die Forderungen der Soldaten- und Reservistenkomitees stießen bei vielen Schülern auf Zustimmung. Direktor Steffan hat hektisch reagiert. Nachdem es ihm bereits in der ersten Pause nicht gelungen war, uns von Schulgelände zu schmeißen, holte er in der zweiten Pause wieder die Polizei. Bis weit in die Stunde gingen heftige Auseinandersetzungen über die Forderung nach Lohnfortzahlung und jederzeitigem Kündigungsrecht. Mehrere Schüler nahmen die Zeitung der Soldaten- und Reservistenkomitees, um sie in ihrer Klasse zu diskutieren.

Schulunterdrückung

Die politische Unterdrückung an den Schulen hat ihren Grund nicht darin, daß einzelne Direktoren reaktionär sind, wie es die Erscheinung oft nahelegt, weil diese Posten eben am besten von Reaktionären ausgefüllt werden, die zuweilen besondere Gemeinheit an den Tag legen. Die Unterdrückung der Schuljugend wird im Auftrag der herrschenden Kapitalistenklasse durch den bürgerlichen Staat organisiert, und zwar allgemein über entsprechende Gesetze, Erlasse, Verordnungen. Hier einige Beispiele, auf deren Grundlage die Schulaufsicht den Schülern jede politische Freiheit nehmen kann und es auch tagtäglich versucht, unter dem Deckmantel der Gewährung politischer Freiheiten.

Schülermitverantwortung. Hier schwarzes Brett der SMV. Erlaß des Kultusministers von Hessen vom 30.8.1968: „*. . . vertrete ich die Auffassung, daß Veröffentlichungen der SMV am schwarzen Brett keiner Zustimmung des Schulleiters bedürfen, sofern es sich dabei um Veröffentlichungen in SMV-Angelegenheiten handelt, die in den Zuständigkeitsbereich der SMV fallen. Will dagegen die SMV andere Veröffentlichungen vornehmen (z.B. Aushang von Flugblättern der unabhängigen Schülergruppen, Aufruf zu politischen Tagesfragen, Aushang von Nicht-Schülerzeitungen u.ä.) so kann sie dies nur mit Genehmigung des Schulleiters tun.*"

Schülerzeitungen und Schulzeitungen. Erlaß des Kultusministers von Hessen vom 13.8.1964 zu „Inhalt und Aufgaben": „*Die Schülerzeitung soll durch Gedankenaustausch, Bericht und Kritik das Schulleben bereichern . . . Das kann sie nur, wenn sie sich bemüht, wahr zu berichten, objektiv zu kommentieren, sachlich zu argumentieren und taktvoll zu kritisieren.*" Unter „Kosten und Vertrieb": „*Kommt ein Schulleiter zu der Auffassung, daß der Inhalt einer Schülerzeitung zu schweren Bedenken Anlaß gibt, weil er geeignet ist, den Schulfrieden zu stören und den Erziehungsauftrag zu gefährden, so berichtet er . . . der Schulaufsichtsbehörde. (. . .) Nur in besonders schweren Fällen kann ein sofortiges Verbot auf Zeit ausgesprochen werden.*"

Verordnung über die Schülervertretungen vom 3.8.1970. § 9: „*Die Schülervertretung kann darüberhinaus eigene Veranstaltungen durchführen und politische Bildungsarbeit im Sinne des Artikel 56 der Verfassung des Landes Hessen betreiben*" und „*An Veranstaltungen dieser Art können auf Beschluß der Schülervertretung und im Einvernehmen mit der Schulleitung auch der Schule nicht angehörende Personen teilnehmen.*" § 12: „*Der Schulleiter kann . . . einer Veranstaltung widersprechen, wenn sie mit einer besonderen Gefahr für die Schüler verbunden ist oder wenn befürchtet werden muß, daß sie geeignet ist, den Erziehungsauftrag zu gefährden.*"

Allgemeine Schulordnung. Hier Ordnungsmittel und Ordnungsmaßnahmen vom 29.3.1972 (ebenfalls Hessen). Die Präambel formuliert den „Erziehungsauftrag": „*Die Schule als Einrichtung unserer Gesellschaft hat die Aufgabe, den Schülern Wissen zu vermitteln, die Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten zu fördern und sie zu mündigen Menschen heranzubilden, die mit Sachverstand kritisch zu denken und verantwortlich zu handeln imstande sind.*" Alle Möglichkeiten für Ordnungsmaßnahmen werden aufgezählt bis zur Aufhebung der Schulpflicht: „*§ 4 Ordnungsmaßnahmen bei schweren und wiederholtem Fehlverhalten – Ausschluß aus allen hessischen Schulen derselben Form.*" Zur Begründung führt die Präambel an: „*Diese Verfahren sind als Bestandteil der Erziehungsbemühungen aufzufassen. . . . Auf Ordnungsmittel und Ordnungsmaßnahmen, die zur Sicherung des Unterrichts und zum Schutz von Schülern und Lehrern sowie der Schulanlage dienen, kann gegenwärtig nicht verzichtet werden, wenn die Schule ihren Auftrag in Staat und Gesellschaft erfüllen soll.*"

Wie wahr, in der bürgerlichen Gesellschaft kann der bürgerliche Staat den Erziehungsauftrag zur Ausbildung zum Lohnarbeiter und Erziehung zum Lohnsklaven nur durch Unterdrückung erfüllen, sonst nicht.

Seesen. Am Freitag, den 13.5.77 blokkierten ca. 500 Menschen, vorwiegend Schülerinnen und Schüler, auf dem Bahnhof Seesen die Bahnlinie Kreiensen-Goslar-Braunschweig, und nahmen den Kampf gegen die Erhöhung der Fahrpreise für Schülerrückfahrkarten auf. Sie hatten sich am Seesener Schulzentrum zuvor versammelt und waren vor das Rathaus gezogen. (nach: „Braunschweiger Zeitung", 14.5.)

Wilhelmhaven. Ein Arbeiter hat uns folgendes erzählt: Seine Schwester sucht eine Lehrstelle als Anwaltsgehilfin. Sie arbeitet zur Zeit drei Tage in der Woche bei einem Anwalt für ein Taschengeld von 75 DM monatlich. Das macht einen Stundenlohn von 75 Pfennig. Das für das Versprechen später dann vielleicht eine Lehrstelle zu kriegen.

Nun ist das Arbeitsamt dahinter gekommen und hat dem Vater die Arbeitslosenhilfe gekürzt: Von 142 DM auf 133 DM die Woche. Doppelt ist der Zugriff der Bourgeoisie und des Staatsapparates auf den Arbeitslohn. Teuer muß die Arbeiterklasse jeden Tag bezahlen, daß sie sich die Blutsauger noch nicht vom Hals geschafft hat.

Hamburg. Nach ihrer Schulzeit an einer Sonderschule für Behinderte und an der Gewerbeschule für Textilien wurde einer gehbehinderten jungen Frau empfohlen, noch eine spezielle „Berufsvorbereitung" im Berufsförderungswerk für Behinderte durchzumachen. Das hat sie drei Jahre lang gemacht. Drei Jahre lang hat sie acht Stunden am Tag gearbeitet, zuerst in der Buchbindeabteilung für 65 Pfennig die Stunde, dann in der Elektroabteilung für einen „Spitzensatz" von 90 Pfennig. Mit einem Monatslohn von ca. 150 DM konnte sie sich nur durch ihre zusätzliche Rente ernähren, andere waren voll auf die Unterstützung der Eltern oder auf staatliche „Wohltaten" angewiesen. Eine Schulfreundin, die bereits seit zehn Jahren dort arbeitet, hat jetzt als Höchstsatz einen Stundenlohn von 3.50 DM erreicht.

Für Konzerne wie Philipps und BBC werden in dieser Elektroabteilung für Hungerlöhne Kabel isoliert und verlötet. Die Behinderten werden ins absolute Elend gedrückt, die Konzerne machen Riesenprofite dadurch. Die „soziale Leistung" des Berufsförderungswerls besteht darin, dieses Elend als Gnade erscheinen zu lassen.

Wildeshausen. In einer Erklärung hat sich die Initiative „Weg mit dem Notensystem" gegen die Bestrafung des Soldaten Cordes mit einer Disziplinarstrafe von 160 DM ausgesprochen, weil er zusammen mit anderen Soldaten den Kampf der Schüler unterstützt hatte: „Wir Schüler finden es richtig, daß sich die Soldaten gegen diese Unterdrückung zur Wehr setzen und für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht eintreten, denn viele von uns verlassen jetzt die Schule und müssen wahrscheinlich als Notlösung Soldat werden, weil sie keine Lehrstelle bekommen. Wir fordern die Sofortige Zurücknahme der Disziplinarstrafe!"

der Disziplinarstrafe!

Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger

Über das Sozialamt Saarbrücken sind Anfang 77 200 Sozialhilfeempfänger zu „zusätzlichen und gemeinnützigen Arbeiten" eingesetzt.

Die „gemeinnützige Arbeit" sieht so aus, daß von einem Ehepaar, das wegen langer Arbeitslosigkeit auf Sozialhilfe angewiesen ist, der Mann regelmäßig acht bis neun Stunden auf dem Friedhof schafft und die Frau täglich sechs Stunden als Putzhilfe arbeitet. Dafür bekommen sie täglich zur Sozialhilfe ganze 4 DM dazu. Erscheinen sie nicht, weil sie z.B. zum Arbeitsamt gehen, um vielleicht doch noch eine Stelle zu bekommen, werden nicht nur die 4 DM, sondern auch die Sozialhilfe für den ganzen Tag abgezogen. Das Ehepaar bekommt für beide Arbeiten zusammen rund 500 DM plus Miete.

Zusätzlich bekommen sie noch doppelt zu spüren, wenn die Sozialversicherungen unter der Kontrolle des bürgerlichen Staates sind: diese „zusätzlichen und gemeinnützigen Arbeiten" sind zwar versicherungspflichtig, aber es werden weder Renten- noch Arbeitslosenversicherungsbeiträge abgeführt. Es besteht auch kein Recht, dafür eine entsprechende Rente zu bekommen.

Zweck dieser staatlich verordneten Zwangsarbeit ist die Ausbeutung besonders billiger Arbeitskräfte und die Gewöhnung an staatlich diktierten Arbeitsdienst. Dazu werden die Zwangsarbeiter völlig rechtlos gehalten. Ein anderer, auf dem Friedhof arbeitender Sozialhilfeempfänger ist bis heute trotz mehrmaliger Nachfrage auf einen festen Arbeitsvertrag vertröstet worden.

gNach Aussage eines Angestellten des Sozialamtes wird die Stadt in Zukunft in „unbegrenzter Höhe" hierfür weitere Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stellen. Die Bourgeoisie will diesen besonders ins Elend gedrückten und schon bis 1974 im Saarland auf 23 485 angestiegenen Teil der industriellen Reservearmee noch mehr zum Druck auf die ganze Arbeiterklasse nutzen.

Frankfurt. Streikvollversammlung zur Entscheidung über Fortführung des Streiks.

Am Montag vergangener Woche stimmte die Vollversammlung der Frankfurter Medizinstudenten mit großer Mehrheit für die Durchführung der von der VDS-Fachtagung Medizin beschlossenen Urabstimmung zur Fortsetzung des Streiks. In Bochum, Freiburg, Hannover und Heidelberg wurde diese Urabstimmung ebenfalls in der vergangenen Woche sofort eingeleitet. An den bayrischen Hochschulen, die in der vergangenen Woche erst in den Streik eintraten, wurde diese Urabstimmung begrüßt.

In der vergangenen Woche hat sich bestätigt: ohne diese Initiative für bundesweite Urabstimmung wäre die Streikfront nicht zu halten gewesen und der Streik jetzt kaputt. Die Opportunisten waren überall dagegen.

Zuerst hieß es noch wegen der demoralisierenden Wirkung für den Streik, die eine „unvermeidlich schiefgehende Urabstimmung" haben müsse. Am Dienstag sagte ein Vertreter der Fachschaft Köln, inzwischen sei er gegen die Urabstimmung, weil sie den Streik sinnlos verlängere.

Die Verlängerung des Streiks hatte aber Wirkung. In verschiedenen Bundesländern fangen die Kultusminister bereits zu verhandeln an. Am Montag muß die Fachtagung der Mediziner sich entscheiden, ob sie den Studenten tatsächlich bedingungslose Kapitulation zumuten will, oder Maßnahmen einleiten, die eine Entscheidung in dieser Woche herbeiführen können. Wir sind gegen das erste und unterstützen das Zweite.

Hannover. Nachdem es der Bourgeoisie bisher nicht gelungen ist, mittels Amtsenthebungen die Wahrnehmung des politischen Mandats durch die Studentenvertretungen zu verhindern, sinnt sie auf neue Wege, die Vertretungsorgane zu fesseln und zu lähmen. Die Studenten können ihre Zwangsbeiträge für die studentische Selbstverwaltung zurückfordern und brauchten diese Beiträge künftig nicht mehr zu zahlen, darauf hat das niedersächsische Wissenschaftsministerium hingewiesen. Wissenschaftsminister Pestel
gewiesen. Wissenschaftsminister Pestel
hat den Göttinger Rektor angewiesen, die Berufung gegen ein von einem rechten Studenten angezetteltes Verwaltungsgerichtsurteil zurückzunehmen, das die Beitragsverweigerung für zulässig erklärt hatte. (Hannoversche Allgemeine, 20.5.77) Im Landtagsausschuß hat Pestel am Freitag den Regierungsentwurf für ein Studentenwerks- und Studentenschaftsbeitragsgesetz vorerst zurückgezogen. In dem Entwurf war bereits die vollständige Kontrolle der Regierung über die Verwendung der Gelder der Studentenvertretungen vorgesehen. Pestel kommt es „darauf an, daß jetzt, nachdem mehrere allgemeine Studentenausschüsse angekündigt hätten, sie wollten sich auch wieder zu allgemeinpolitischen Fragen äußern, der Gesetzentwurf unter diesen Gesichtspunkten noch einmal erörtert werde." (Hannoversche Allgemeine. 21.5.)

Osnabrück. Am 27.4.77 wurde auf der Allgemeinen Studentenversammlung der Universität Osnabrück folgende Resolution verabschiedet: „Die Allgemeine Studentenversammlung der Universität unterstützt den Kampf der Soldaten- und Reservistenkomitees für Lohnfortzahlung, das Recht auf jederzeitige Verweigerung durch einfache Willenserklärung für die Wehrpflichtigen, für die Zeitsoldaten und Polizisten aber das Recht auf Kündigung. Wir können es nicht hinnehmen, daß die Masse der Soldaten und Polizisten im Zustand der Leibeigenschaft gehalten wird. Elementarste Rechte, die sich die Arbeiterklasse erkämpft hat, wie das Recht auf Kündigung und vor allen das Recht auf Streik und Koalitionsfreiheit werden den Soldaten und Polizisten verweigert. Dies zu dem Zweck, um die bewaffneten Organe gegen die gerechten Kämpfe des Volkes einzusetzen wie zum Beispiel gegen die Bewegung gegen das Kernenergieprogramm, aber auch gegen die Kämpfe der Studenten. Wir unterstützen die Soldaten- und Reservistentage am 28.5. und fordern den AStA auf, für diesen Tag nach Hannover aufzurufen." (Mit großer Mehrheit angenommen bei Anwesenheit von ca. 200 bis 250 Studenten.)

Bremen. An der Fachhochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie (HfSS) fanden letzte Woche zum zweiten Mal in diesem Jahr Wahlen zum Studentenrat statt. Notwendig war die Wahl geworden, als das AStA-Bündnis zwischen dem KB Nord und den Jusos auseinandergebrochen war. Die Liste Aktionseinheit, ein Bündnis von unorganisierten Kommilitonen und dem KSB, gewann 5,5 % und einen Sitz dazu. Die Vereinigten Opportunisten (KB Nord, Frauengruppe und Spontaneisten) auf ihrer Bündnisliste verloren insgesamt 16,1 %, zählt man das Ergebnis der auf der letzten Wahl nach getrennten Listen kandidierenden zusammen. Der MSB verlor 0,5 %. Eine erstmals kandidierende Liste mit einem MSB/SHB-ähnlichen Programm, Liste demokratische Initiative, bekam 9,5 % und einen Sitz. Der SHB konnte sich mit ca. 15 % halten. Die Jusos verloren 1,4 % und damit einen Sitz. Der Liberale Hochschulbund erhielt 1,9 %. Insgesamt ergibt sich folgende Sitzverteilung für den Studentenrat: Liste Aktionseinheit 3, MSB 3, SHB 2, Bündnisliste 3, Jusos 2, Liste Demokratische Initiative 1.

Kampf der Niederlagenstrategie der Opportunisten

Dies kommende Wochenende wird in Dortmund die außerordentliche Mitgliederversammlung der VDS zusammengerufen, die nötig wurde, weil sich auf der ordentlichen Mitgliederversammlung im März die politischen Strömungen und Organisationen, die diese Vertretung von jetzt wohl neunmal hunderttausend Studenten beherrschen, nicht auf den Vorstandsproporz zu einigen vermochten, hinter welchem sie für gewöhnlich ihre politischen Differenzen und Konkurrenzen auf Kosten der Studentenbewegung beerdigen.

Die ordentliche VDS-Mitgliederversammlung ging auseinander mit einem Beschluß, in welchem Festlegungen wie „Gespräche mit allen relevanten Bündnisorganisationen", „Aktionen und auch Streiks in vielfältiger Form", „Alternativveranstaltungen" als „konkrete Aktionsvorschläge" festgelegt sind.

Nachdem damit für das Sommersemester Ringelpiez mit Anfassen und Intrigen hinter den Kulissen festgeschrieben sind, gibt die Festlegung noch einen Ausblick aufs Wintersemester.

„Die VDS schlagen den ASten vor, im *Wintersemester einen bundesweiten Streik* gegen die Verschlechterung im Bildungsbereich, d.h. für uns Schwerpunkt HRG, möglichst gemeinsam mit Schülern und anderen Bündnispartnern *vorzubereiten.*"

Um diesen Vorschlag wird es auf der a.o. Mitgliederversammlung der VDS gehen. Zu diesem Vorschlag muß man sich eine Ansicht bilden.

Auf seiten der politischen Organisationen, die die VDS beherrschen, sind 14 Tage Streik im Wintersemester „gegen das HRG" im Gespräch.

Wir halten das für Abenteurertum, klassisch vermengt mit der sicheren Absicht der Kapitulation. Wer glaubt denn noch, von der Staatsmacht würde ein vierzehntägiger Streik der Studen-
ein vierzehntägiger Streik der Studen-
ten hingenommen? Er wird nicht hingenommen, das beweisen die Erfahrungen im Kampf der Medizinerfachschaften.

Entweder man stellt Streikposten; so wird die Staatsmacht die inzwischen üblich gewordene Kette von Ordnungsverfahren einleiten. Oder man stellt keine Streikposten und führt den Kampf auf Basis der „Freiwilligkeit" durch. Dann wird die Staatsmacht diese Spaltung von vorneherein ausnutzen und denen keine Scheine geben, die streiken.

Worauf wir hinauswollen: Der „Studentenstreik" als *bloße Demonstration*, als bloßes Muskelzeigen hat ausgespielt. Die Methode, ein wenig auf die Pauke zu hauen, um „die Öffentlichkeit" „aufmerksam" zu machen und die „Politiker" zum „Nachdenken" zu bewegen, ist bankerott. Jeder Versuch, der Umwandlung dieses Bankerotts in den lang fälligen Konkurs zu entgehen, muß von den Studenten bezahlt werden, und zwar nicht eben gerade billig.

Politisch handelt es sich um einen Bankerott des Reformismus. Und es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die reformistischen Bankerotteure diesen Bankerott nicht selber zahlen wollen, sondern zahlen lassen wollen. Welcher Bankrotteur wäre nicht von dieser ehrenwerten Absicht beseelt?

14 Tage Streik im Winter, offensichtlich, um „die, die Verantwortung tragen", zum „Nachdenken" zu bewegen, und „Alternativveranstaltungen", um denen, „die Verantwortung tragen", beim „Nachdenken" zu helfen, das ist nicht die Taktik, die den Aufgaben der Studentenbewegung entspricht. Das läßt sich noch nicht mal zu einer durchhaltefähigen Betrugsmethode ausbauen. Deswegen konnten sich die verschiedenen Opportunisten, die in der VDS die Macht haben, auf diesen Vorschlag auch nicht einigen.

Letzte Woche riefen verschiedene politische Studentenorganisationen, hauptsächlich die „Spontis", zu einer Demonstration gegen die Ordnungsverfahren in Heidelberg auf. Der Aufruf geschah „überregional". Ergebnis: Westberlin liegt in der „Überregion" von Heidelberg. Auch eine Neuigkeit. Bestimmt wird der Heidelberger Rektor Niederländer darüber „nachdenken". Daß er sich noch viele Ordnungsverfahren leisten kann, wenn die Studentenbewegung diese nicht anders zu beantworten weiß.

Nein, die Politik der Denkanstöße, Anregungen, Petitionen ist unwiderruflich vorbei. Die Widersprüche zwischen den Studentenmassen und dem staatlichen Ausbildungsherren sind *nicht versöhnbar*. Ein „für beide Seiten annehmbarer Kompromiß" kann *nicht* gefunden werden. Jeder Versuch, einen solchen Kompromiß dennoch auszubaldowern, muß die Studentenbewegung demzufolge in Niederlagen führen.

Das sind die Gründe für den auf den ersten Blick erstaunlichen Tatbestand, daß die zentrale Vertretung der Studenten, die VDS, im März beschlußlos auseinandergehen mußte, obgleich, nein *weil* sich die Studenten in zunehmendem Umfang in Kampfhandlungen mit dem staatlichen Ausbildungsherren verstrickt hatten. Die Situation war für die Apologeten der Klassenversöhnung, des Kompromisses, des guten Auskommens, des Ausgleichs *unhaltbar* geworden. Die Agonie des Reformismus stellt sich dar als Lähmung der Vertretungskörper der Studentenschaften. Dies ginge noch an, fände diese Agonie nicht ihre entsprechende Ergänzung in der *Spaltung* der Studentenbewegung.

Die brennende Frage der Studentenbewegung ist die Überwindung der Spaltung, ist die Herstellung der Aktionseinheit gegen den staatlichen Ausbildungsherrn. Daß es sich um eine brennende Frage handelt, das beweisen die enorm hohen Abstimmungsergebnisse, die im gegenwärtigen Streik der Medizinerfachschaften erzielt werden. Vollversammlungen, auf denen sechzig, siebzig Prozent der studierenden Fachschaft vertreten sind, bilden keine Seltenheit mehr. Urabstimmungsbeteiligungen von mehr als sechzig Prozent ebenso nicht.

Es nützt in solcher Lage wenig, festzuhalten, daß die Spaltung von dem Reformismus ausgeht, wenngleich jeder Versuch zur Überwindung der Spaltung diese Einsicht zur Voraussetzung hat. Entscheidend ist, mit welcher Taktik, mit welchen Aktionen, auf welcher Linie kann die Aktionseinheit der Studenten hergestellt werden.

Man braucht eine Taktik, die damit Schluß macht, daß die Studenten, wann immer sie zu Aktionen übergehen, sich als Opferlamm des staatlichen Ausbildungsherren darstellen. Die Studentenbewegung muß das Koalitionsrecht erkämpfen. Sie braucht das Streikrecht. *Nur* so kann der Kampf gegen die Legion von Ordnungsverfahren und anderen Unterdrückungsmaßnahmen geführt werden, nur so kann der Kampf gegen die Prüfungsverschärfungen mit der Gegenwehr gegen die politische Entrechtung zusammengefügt werden. Nur so ist es endlich möglich, die Bezahlung des Studiums durch den staatlichen Ausbildungsherren durchzusetzen.

Warum *müssen* die Kämpfe der Studenten heute bis zu einem derartigen Ergebnis hingetrieben werden?

Weil die Bourgeoisie nicht bereit ist, begrenzte Kampfmaßnahmen zu erdulden. Nicht nur, daß die bekannten Demonstrationsstreiks nichts *nützen*. Da sie der Bourgeoisie Kosten verursachen, da sie ihren Bemühungen zur Intensivierung der Studientätigkeit entgegenstehen, da sie ihren Bemühungen zur Anwesenheitskontrolle usw. entgegenstehen, da sie also dem Anspruch des staatlichen Ausbildungsherren auf umfassende und vollständige Vernutzung der Arbeitskraft des Studenten entgegengesetzt sind, deswegen werden sie von der Bourgeoisie mit Unterdrückung beantwortet.

Deswegen muß die Sache bis ins Extrem getrieben werden. Die Studenten müssen aus den gleichen Tatsachen, die die Bourgeoisie zur scharfen Unterdrückung der Kämpfe der Studenten – die der Bourgeoisie bloß als Disziplinlosigkeit angeheuerter Arbeitskräfte erscheinen – veranlassen, eine Waffe gegen den staatlichen Ausbildungsherren schmieden.

Sie müssen zu Kampfformen übergehen, welche den Betrieb des riesenhaften und konstenintensiven staatlichen Ausbildungsapparats lahmlegen und auf die Börse der Bourgeoisie drücken. Sie müssen diesen Ausbildungsapparat auch vollständig lahmlegen, um die Spaltung in die Bourgeoisie hineinzutreiben. Sie müssen *richtig streiken*.

Will die Studentenbewegung die Unterdrückungsgesetze, die unter den Verwaltungsbegriffen HRG und LHGs zusammengefaßt sind, wirklich knacken, und das heißt zerbrechen, so muß sie sich unter positiven Forderungen zusammenschließen und diese positiven Forderungen müssen sowohl das Streikrecht enthalten wie sie auch
das Streikrecht enthalten wie sie auch
die Bezahlung des Studiums durchsetzen müssen.

Gegenwärtig gibt es einen gequälten Aufschrei aller Opportunisten, wenn vom BAFöG gesprochen wird. Gibt es einen deutlicheren Beweis, daß dieser Punkt die Lunte zu dem Pulverfaß von Widersprüchen darstellt, aus denen die heutige Universität besteht?

Wir sind dafür, diese Lunte anzuzünden. Ausreichendes Motiv ist da schon die Tatsache, daß Studenten essen müssen. Ergänzend die Einsicht, daß vier Fünftel der Ordnungsverfahren fallen müssen, wenn die Bourgeoisie gezwungen wird, den Studenten das Streikrecht zuzubilligen. Endlich der Punkt, daß so auch der Weg zur Festlegung der Ausbildungsbedingungen durch Verträge zwischen den Studenten und dem staatlichen Ausbildungsherren begangen wird. Und wen dies alles nicht überzeugen kann, der mag uns einen *anderen* Weg nennen. Die praktische Erfahrung ist doch, jeder andere Weg beruht entweder auf Illusionen über die Interessen der herrschenden Klasse am Studiengang und führt infolgedessen zu Niederlagen und Opfern, oder er beruht auf der Ansicht, daß eine solche Niederlagen politik der richtige Weg sei, um die Studenten nach „links" zu bewegen. Dies ist ein folgenschwerer Irrtum. Macht man die Studenten wehrlos, so macht man sie zum Spielball der Bourgeoisie. Wer daran ein Interesse hat, der mag. Er muß zusammen mit der Bourgeoisie bekämpft werden.



Hamburg. 12 000Studenten und Schüler haben am Mittwoch gegen das Landeshochschulgesetz und den Schulgesetzentwurf demonstriert. Der Streik an der Hamburger Universität wurde in der vergangenen Woche beendet.

Am Montag hat das Uni-Präsidium alle Lehrveranstaltungen ausfallen lassen, nachdem das Präsidium und die Professoren in den Hörsälen um die Durchsetzung des Streiks schwere Schlappen erlitten hatten und die Lehrveranstaltungen total ausgefallen waren.

Die bürgerliche Presse schäumte vor Wut und hetzte gegen eine „kleine Gruppe, die unerträgliche Zustände geschaffen hätte." Am Montag traf sich Senator Biallas mit dem Lehrkörper, der durch den Streik hoffnungslos zerstritten ist, um ihn wieder zusammenzuschweißen. Es gelang nicht, einen „Konsens" herzustallen, daß mit Strafanzeigen gegen die Studenten vorgegangen werden muß. Die Professoren beklagten sich bitterlich. Einer meinte: „Im Grunde haben wir bei der Streikangelegenheit verloren". Ein anderer: „Im Rechtshaus wurden alle Vorlesungen gesprengt. Wir besitzen keine Autorität mehr." Die Männer der Wissenschaft mußten unter Polizeischutz tagen. 400 Studenten verlangten Zutritt.

Auf einer Aktionsberatung am Montag mit 400 Studenten wurde mit knapper Mehrheit gegen MSB und KB-Nord eine Uni-VV gefordert. Sie soll vor der VDS-MV sein, um den AStA zu beauftragen, dort einen bundesweiten Streik für ein höheres Ausbildungsentgelt vorzuschlagen. Der AStA weigert sich, vor der VDS-MV eine Uni-VV zu machen. Jetzt werden Unterschriften gesammelt, um ihn zu zwingen.

Die Aussetzung des Streiks gibt den Reaktionären Luft

Pestel an der Universität Göttingen – Opportunisten bereiten den Boden

Göttingen. Die Uni-Vollversammlung am 16.5.77 hat mit 3 000 Teilnehmern nach drei Tagen Streik gegen den Angriff des Rektors und der Landesregierung die Aussetzung des Streiks beschlossen. Mit dem Streik ist erreicht worden, daß der AStA nicht direkt amtsenthoben wurde. Das Rektorat hat jedoch seine Vorschriftenmacherei zur Zeitung des AStA und den „Buback-Artikeln" noch nicht zurückgenommen. Das Verwaltungsgericht Hildesheim hat dem ganzen seinen Segen gegeben. Daß der Streik ausgesetzt wurde, obwohl noch nichts entschieden ist, dafür tragen die Sozialdemokraten und die Opportunisten die Verantwortung. Die Sozialdemokraten haben mit ihrem Gerede davon, daß man den bürgerlichen Staat nicht „provozieren" dürfe, Spaltung betrieben.

Am Montag vor der Uni-Vollversammlung kam Pestel, Wissenschaftsminister, nach Göttingen, um auf dem Campus ein Flugblatt zu verteilen. An die Studenten richtete er die „dringende Bitte": „Rücken Sie von denen ab, deren Ziele nicht die Ihren sind." Gesagt hat er, daß er ja die Unruhe unter den Studenten verstehen könne, die Existenzangst sei groß. Auch er wäre nach seinem Studium erst einmal arbeitslos gewesen und hätte dann Maurer gelernt. Damals hätte aber der Faschismus geherrscht, und heute sei es „freiheitlich-demokratisch". Die Studenten sollten die „Ordnung" nicht gefährden, dann hätten sie auch die Freiheit, Professor oder Minister zu werden, eifrig studieren müsse man nur. Diese Sprüche stießen nur bei den Bourgeois-Studenten auf Beifall. Ansonsten wurde er, wie die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichten muß, von etwa 200 versammelten Studenten ausgepfiffen.

Den Opportunisten aus dem AStA fiel angesichts der Rede des Ministers über die Unruhe unter den Studenten und deren Existenzangst nichts anderes ein, als daß der Pestel nichts zur Lage gesagt habe. Die „Linken" würden doch kriminalisiert. Geklagt hat er darüber, daß man die Terroristen im Göttinger AStA suche und nicht den Dregger einsperre. Die KB-Nord-Studenten und die Spontis im AStA haben damit konsequent den Kern der ganzen Auseinandersetzung unterdrückt: Daß die Studenten sich das Recht auf eigene Vertretungsorgane erkämpfen wollen, um ihre Interessen gegen die Unterdrückung durch die Professoren und den bürgerlichen Staat behaupten zu können.

Da riechen die Rechten unter den Studenten Morgenluft. Sie machen sich jetzt angeblich für die verfaßte Studentenschaft mit politischem Mandat stark, so der RCDS. Die KB-Nordler und die Spontaneisten bringen die verfaßte Studentenschaft auf den Hund, verkünden sie in der Absicht, selber in den AStA zu kommen, um ihn zum Staatsorgan umzuwandeln.

Die Studentenbewegung kämpft für die verfaßte Studentenschaft und für das Koalitionsrecht. Als die AStA-Vertreter am Dienstag, den 17.5. zum Rektorat zwecks Abbitte zitiert wurden, marschierten 1 500 zum Rektorat, um deutlich zu machen, daß jegliche Einmischung durch die Staatsbeamten in die Angelegenheiten der verfaßten Studentenschaft bekämpft wird. Die Opportunisten aus dem AStA aber legten dem Rektor eine Erklärung vor, in der es hieß: der „Buback-Artikel" gäbe die Meinung des AStA nicht wieder. Damit, so meinten sie, hätten sie der Aufforderung des Rektors sich von den Formulierungen wie „klammheimliche Freude" usw. zu distanzieren, genüge getan. Der Rektor fand die AStA-Erklärung noch „unzureichend". Gedroht wird jetzt mit Zwangsgeldern. Die Unterdrückung des Willens der Studentenmassen durch die Sozialdemokraten und die Opportunisten muß bekämpft werden, dann wird sich die Studentenbewegung das Koalitionsrecht und damit die Anerkennung ihrer Vertreterorgane erkämpfen können.

Finanzielle Schwierigkeiten dem MAD melden

Reaktionen der Offiziere auf die Forderung nach Lohnfortzahlung

Braunschweig. Unter den Forderungen nach Lohnfortzahlung und Recht auf Kündigung demonstrierten in Braunschweig am 1. Mai Soldaten in Uniform.

Unterschiedliche Reaktionen hat es darauf gegeben: Die Bundeswehrführung ist in heller Aufregung und setzt verschiedene Mittel ein, um den Kampf für diese Forderungen zu unterdrücken, begrüßt wird dieser Schritt und unterstützt werden die Forderungen von den Volksmassen.

Ein Major, Chef des Feldjägerkommandos, wurde zur Bespitzelung der Soldaten auf der Mai-Kundgebung des DGB in Braunschweig eingesetzt. Als auf dem Kundgebungsplatz bekanntgemacht wurde, wozu dieser saubere Herr dort war, bekam er es mit der Angst und suchte das Weite.

Damit konnte die Armeeführung es nicht bewenden lassen, sie setzte nach und verhängte Diszis. Zweimal sieben Tage Knast und einmal fünf Tage Ausgangssperre. Ruhe hat sie damit nicht gekriegt. Die 2. außerordentliche Vollversammlung der Studenten der TU Braunschweig hat am 13.5. bei knapp 800 Anwesenden eine Erklärung verabschiedet, in der sie sich mit den Soldaten und den gerechten Forderungen solidarisch erklären, ebenso die Schülervertretungen der Krankenpflegeschulen Salzdahlumer und Holzwedestraße.

In den Kasernen diskutieren die Soldaten über die Forderungen und ob es richtig ist, dafür zu demonstrieren. Fast alle fanden die Forderungen richtig und waren über die Disziplinierungen empört.

Der Kampf für diese Forderungen wird angepackt und zum Soldaten- und Reservistentag nach Hannover mobilisiert.

Auf den Toiletten auf der Standortschießanlage kleben Aufkleber zum SRK-Tag. Ein Soldat kam mit einem solchen Aufkleber von dort und sagte: „Seht mal, das hab ich eben auf dem Klo gefunden." Ein anderer klebte sich den Aufkleber gleich auf seine ABC-Maske. Auch in den Kasernen tauchten die Aufkleber auf. Es ist vorgekommen, daß ein Soldat einen anderen, von dem er wußte, daß er die Forderungen nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht unterstützt, fragte, ob er ihm nicht auch einen Aufkleber besorgen könnte.

Die Armeeführung merkt, hier braut sich was zusammen. Sicherheitsbelehrungen und politischer Unterricht über „Zersetzung" werden abgehalten.

Zur Zersetzung gehöre auch die Militärzeitung des SRK. Wir hätten es sofort zu melden, wenn irgendwo Flugblätter auftauchten. Überhaupt müßten wir melden, wenn wir in finanziellen Schwierigkeiten sind. Das könne ja sehr leicht geschehen, sagte der Hauptmann. Das würde dann dem MAD weitergemeldet, der dann die „gefährdeten" Personen registriert. Sie sind schließlich besonders anfällig für Propaganda.

Die Offiziere haben gemerkt, daß die Forderung nach Lohnfortzahlung Unterstützung findet. Deshalb kommen sie jetzt mit solch dummen Tricks. Die Kollegen sehen jedoch gar nicht ein, warum sie sich freiwillig bespitzeln lassen sollen und Flugblätter hat auch noch keiner abgeliefert.

In der Heinrich-der-Löwe-Kaserne wurde am 18. eine Kundgebung gegen die Disziplinierungen und zur Mobilisierung nach Hannover am 28. Mai abgehalten. Sofort wurde alles dichtgemacht. An die Wachen wurden Waffen ausgegeben. Die Soldaten sollten nicht wissen, worum es geht. Feldjäger standen bereit, um notfalls einzugreifen. Polizei wurde herangeholt. Doch daß die Forderungen deutlich vor dem Kasernentor auf die Straße gemalt wurden, konnten sie nicht verhindern.

Bis zum 28. Mai muß der Zusammenschluß in den Kasernen noch mehr vorangetrieben werden. Die Bedingungen sind gut, das zeigt ein Beispiel aus der Heinrich-der-Löwe-Kaserne:

Als dort über die Verurteilung eines Soldaten am 1. Mai diskutiert wurde, sagte ein Soldat: „Wenn ich gewußt hätte, daß Du für Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht demonstrierst, wäre ich auch mitgekommen." Er kommt jetzt zum Soldaten- und Reservistentag in Hannover. – (SRK Braunschweig)

„Meine Vorstellung von der Polizei war, den Menschen zu helfen"

In der Polizeischule Eutin werden alle Polizisten von Schleswig-Holstein ausgebildet. Neben einer Hundertschaft in Kiel sind dort vier Hundertschaften stationiert bzw. kaserniert. In die Kasernen kommt man nicht rein, es sei denn, es ist gerade Tag der Offenen Tür (einmal im Jahr), oder zu angemeldeten Besichtigungen (Schulklassen).

Wieso bist Du zur Polizei gegangen?

Nachdem ich mit der Realschule fertig war, und ein Jahr die Handelsschule besucht habe, war ich 16 Jahre alt. 16 Jahre alt muß man sein, um zur Polizei gehen zu können. Meine Vorstellung von der Polizei war die, den Menschen zu helfen und Verbrechen zu bekämpfen.

Haben Deine Kollegen mit den gleichen Vorstellungen angefangen oder gibt es noch andere Gründe?

Viele gehen dort hin, weil sie keine Lust haben zur Bundeswehr zu gehen. Wenn man in den Polizeidienst geht, wird man von der Wehrpflicht befreit. Außerdem gibt es gleich Geld bei der Polizei, 1 000 DM im 1., 1 150 DM im 2. und 1 250 DM im 3. Jahr. Ein weiterer Grund ist, daß man keine Arbeitslosigkeit zu fürchten hat. Einige, die mit der Schule fertig sind, kriegen keine Lehrstellen und gehen dann aufgrund der schlechten Arbeitsmarktsituation zur Polizei.

Was macht Dein Vater?

Mein Vater ist Kraftfahrer. Der größte Teil meiner Kollegen kommt aus ähnlichen Verhältnissen, d.h. daß der überwiegende Teil aus Arbeiter- oder Angestelltenfamilien kommt und vorher die Volks- oder Mittelschule besucht hatten.

Wie sieht Eure Ausbildung aus, und wie seid Ihr in der Polizeischule untergebracht?

Untergebracht sind wir wie bei der Bundeswehr in Drei- bis Vierbettzimmern. Im 1. Jahr müssen wir dort ständig wohnen, jeden Abend um elf Uhr in der Kaserne sein. Dies stinkt einem besonders, wenn man eine Freundin oder Familie hat. Man lebt völlig isoliert. Die Ausbildung dauert 2 1/2 Jahre. Jeder, der Polizist werden will, muß diese Ausbildung durchlaufen. Wir bilden die ersten zwei Jahre die Bereitschaftpolizei. Danach machen wir ein halbes Jahr einen Lehrgang. In der Ausbildung haben wir Rechtsfächer, werden auf Einsätze vorbereitet, z.B. wie man Ketten bildet. Wie bei der Bundeswehr gibt es Schießen und militärische Ausbildung, Orientierungsmärsche durchs Gelände, Kriechen usw. Zum Teil wissen wir gar nicht, wozu wir manche Sachen machen müssen.

Wenn Ihr Einsätze übt, sind dann bestimmte Fälle vorgegeben?

Ja, manchmal. Vorgekommen ist das anhand von Bürgerinitiativen und hier in Eutin konkret bei Demonstrationen gegen den Ausbau einer Straße und gegen Kernkraftwerksgegner.

Welche Einsätze hast Du schon mitgemacht?

An Großeinsätzen habe ich bisher bei Walddurchsuchungen und bei der Treckerdemonstration der Bauern gegen das Kernkraftwerk Brokdorf mitgemacht.

Wenn Ihr zum Beispiel bei Demonstrationen gegen das Kernenergieprogramm oder gegen Fahrpreiserhöhungen eingesetzt werdet, steht Ihr eigentlich alle hinter dem, was Ihr tut?

Bei solchen Aktionen wird oftmals vorher darüber geredet, unter den Kollegen. Viele sind zwar dagegen, aber wenn der Befehl kommt, müssen wir den Einsatz fahren, weil wir sonst disziplinarisch verfolgt werden.

Von Deinen Kollegen haben wir gehört, daß auch häufiger Schulklassen die Polizeischule besuchen. Weißt Du etwas darüber?

Die Klasse meines Bruders hat so einen Besuch in unserer Kaserne gemacht, was auch über die Berufsberatung vermittelt wurde.

Ein Ausbilder der Polizeischule sagte uns, daß zur Zeit für die Polizei Nachwuchsschwierigkeiten bestehen.

Das stimmt. Das liegt meiner Meinung nach an solchen Einsätzen wie zu Brokdorf, wenn man auf Grund seines Dienstverhältnisses dazu gezwungen wird, aber nicht damit übereinstimmt. – (Bezirk Holstein)

„Gegen die Geldsackrepublik ..."

Agitpropgruppe Hannover

Wenn die Leute fragen,
Lebt der Leber noch,
Müßt ihr ihnen sagen,
Ja, leider lebt er noch.
Er hängt noch nicht am Galgen,
Er hängt noch nicht am Strick;
Er ministriert die Waffen
Der Geldsackrepublik.

Der Leber spricht von Wehrkraft
Und Schule der Nation.
Das eine, das sei ihm gesagt,
Gelernt haben wir schon:
Wir lassen uns nicht schicken
In euren schmutz'gen Krieg,
Wir kämpfen mit dem Volk gegen
Die Geldsackrepublik

Höret nur ihr Reichen,
Euere Wehrkraft,
Die werden wir erweichen,
Die wird jetzt abgeschafft.
Wir kämpf'n für unsre Rechte
Und für die Volksmiliz!
Wir sind nicht länger Knechte
Der Geldsackrepublik.

Wir schuften nur für euer Geld,
Wir bleiben arm dabei.
Was sollen wir hier verteidigen,
Vielleicht die Ausbeuterei?
Nein, Teufel, viel zu lange,
Währt die Knechtschaft schon!
Nieder mit Imperialismus
Und mit der Reaktion!

Ihr rüstet euch wie irre
Doch seid ihr Papiertiger,
Wir brechen eure Macht.
Wir fahren doch die Panzer,
Wir tragen das Gewehr;
Sind wir uns erst mal einig,
Gibt's euch nicht lange mehr.

Ihr Arbeiter, ihr alle,
Die ihr geknechtet seid,
Hört unser Lied erschallen,
Macht eich zum Kampf bereit.
Auf, auf und brecht den fetten
Geldsäcken das Genick!
Dann baun wir uns're eigene,
Die rote Republik!

(Melodie: „Die freie Republik")

Bundesgrenzschützer unterstützen die Forderungen nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht

Zwei ehemalige Grenzschützer berichteten der KVZ über ihre Erfahrungen und den Widerstand gegen die Unterdrückung durch die Grenzschutzoffiziere:

D.: Unsere Stube war sehr rebellisch, daraufhin hat man uns aufgeteilt auf andere Stuben. Die meinten wohl, so kann man uns kleinkriegen.

A.: Im Unterricht sind wir auch auseinandergesetzt worden. Der Unterricht wird von ganz normalen Lehrern durchgeführt, die den Unterricht beim BGS nebenberuflich machen.

Wie sah Eure Ausbildung damals aus?

A.: Zur Hälfte Unterricht, darunter fällt Waffen- und Formkunde. Hauptsächlich wurde auf Rechtskunde gedrillt. Paragraphen wurden bis in die kleinste Kleinigkeit durchgenommen. Die andere Hälfte war praktischer Unterricht. Wir hatten im Verhältnis zu anderen Soldaten viel Schießunterricht, mindestens einmal in der Woche. Der praktische Unterricht nahm im Verhältnis zur Theorie immer mehr zu.

Wurde außer den obengenannten Fächern auch politischer Unterricht abgehalten?

A.: So gut wie nie, wenn überhaupt, dann wurde in bestimmten Fragen die BRD mit der DDR verglichen, und dann schnitt die DDR immer schlecht ab. Das lief dann immer darauf hinaus, daß es sich lohnt, gegen Demonstranten vorzugehen, sonst würde alles so enden, wie es in der DDR ist.

Wie sah Euer praktischer Unterricht aus?

A.: Die meiste Zeit der Praxis haben wir damit verbracht, Grenzpatrouille zu laufen. Ein Teil der Zeit wurde für Übungen verwandt. Diese Übungen waren immer gegen „Störer" gerichtet.

D.: Es wurden Einsätze gegen Demonstranten, Straßensperren und Entführungen geübt. Vor jeder Übung wird die Einheit aufgehtzt. Es wird von soundsoviel Toten geredet, z.B. subversive Kräfte haben einen Polizisten getötet und haben vor, sich an einem bestimmten Platz zu treffen. Bei uns war es mal ein Wasserwerk, dieses mußten wir dann beschützen. Auffallend ist, daß bei diesen Übungen die Bevölkerung keine Rolle spielt.

Jetzt werden sie eingesetzt, wofür sie ausgebildet wurden. Die GSA 1/7, wo wir waren, war auch bei der Demonstration in Brokdorf. Der Wasserwerfer, der dort auseinandergenommen wurde, gehört zu dem Wasserwerferzug.

Zu unserer Zeit war gerade der Prozeß in Stammheim. Ich war froh, daß ich gerade zu dieser Zeit krank war. Viele waren sauer, weil sie da eingesetzt wurden, einer hat sogar Rauschgift mitgenommen, während des Einsatzes wurde er auch krankgeschrieben, darüber war er froh.

Jetzt werden sie eingesetzt, wofür sie ausgebildet wurden. Die GSA 1/7, wo wir waren, war auch bei der Demonstration in Brokdorf. Der Wasserwerfer, der dort auseinandergenommen wurde, gehört zu dem Wasserwerferzug.

Zu unserer Zeit war gerade der Prozeß in Stammheim. Ich war froh, daß ich gerade zu dieser Zeit krank war. Viele waren sauer, weil sie da eingesetzt wurden, einer hat sogar Rauschgift mitgenommen, während des Einsatzes wurde er auch krankgeschrieben, darüber war er froh.

Im Einsatz herrscht die Stimmung vor, hoffentlich ist das bald vorbei, und davor, hoffentlich bin ich nicht dabei.

A.: Zwei Arten von Übungen gibt es:

1)Einsatz gegen Demonstranten, dagegen wird mit Schlagstöcken, Chemical Mace und Wasserwerfer vorgegangen.

2)Die Bürgerkriegssituation, da wird mit scharfen Waffen geübt.

Damals ist uns erzählt worden, daß der BGS, die Polizei des Bundes, nicht mehr an der Grenze eingesetzt werden soll, dafür soll der Zoll und Soldaten zuständig sein. Der BGS soll nur noch im Landesinnern eingesetzt werden und so wird es auch kommen.

Auf Grund der Erfahrungen, die wir im BGS gemacht haben, unterstützen wir den Aufruf ehemaliger Polizisten, Grenzschützer und Zeitsoldaten mit den Forderungen nach jederzeitigem Kündigungsrecht für Soldaten und Polizisten und Lohnfortzahlung für die Dauer der Wehrdienstzeit. – (Bezirk Bremen-Unterweser)

Braunschweig. Auf der Veranstaltung gegen die Senkung des Krankenpflegeschülertarifs von den Schülervertretungen der städtischen Krankenpflegeschulen Braunschweig wurde eine Resolution verabschiedet, in der die Forderung nach Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht unterstützt werden. Gleichzeitig wurde beschlossen, eine Delegation von Krankenpflegeschülern zu den Soldaten- und Reservistentagen nach Hannover zu senden.

Göttingen. Einem Soldaten, der bis zum 13.März beim Bund gewesen ist, werden jetzt drei Straftaten vorgeworfen, Vergehen nach WStG und StGB, was bedeutet mindestens drei Monate bis drei Jahre Gefängnis:

„1. am 13. Januar 1977 anläßlich einer von der Staataanwaltschaft Lüneburg angeordneten Durchsuchung dem Befehl des Hauptfeldwebels Arndt, das in seinem Spind befindliche Geld vorzuzählen, nicht nachkam und das Geld in die Jackentasche seines Arbeitsanzuges steckte, so daß eine Leibesvisitation erforderlich wurde;
2. zwischen dem 8. und 18. Februar sieben Mal dem Befehl, sich morgens ab 6.45 Uhr und mittags ab 12.45 Uhr nicht aufs Bett zu legen, nicht nachkam und die wiederholte Aufforderung des Stubenunteroffiziers Drawanz aufzustehen, nur gemächlich und schwerfällig befolgte.
3. am 18. Februar 1977 dem Befehl des Uffz. Drawanz, bestimmte Zeitschriften in das Wertfach seines Spindes einzuschließen, nicht nachkam, dem Uffz. eine Zeitschrift, die dieser in die Hand genommen hatte, entriß und auf wiederholte Aufforderung nicht herausgab, wobei er zumindestens zweimal äußerte: ‚Eher schlag ich Dir einen rein!' "

Straftaten sind dies, weil entweder ein Befehl verweigert oder nicht befolgt wurde und weil durch Drohung ein Vorgesetzter genötigt wurde, eine Diensthandlung zu unterlassen.

Nur mit „Befehl und Gehorsam" ist diese Armee in der Lage zu existieren. Fruchtet das nicht, muß die Wehrdisziplinarordnung und das StGB heran. Jeder Versuch, die Kasernierung zu überwinden und die Verbindung zur Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten soll und muß unterbunden werden.

So wurde der Soldat zweimal daran gehindert, zur IGM-Vertreterversammlung zu gehen.

„Der Soldat ist selten allein, aber oft einsam" „Der Auftrag der Bundeswehr erfordert den leistungsbereiten Soldaten", fordert der Wehrbeauftragte Berkhan. Für diesen Auftrag der Bundeswehr, vorbereitet zu werden auf den imperialistischen Krieg und die Waffen auf die eigenen Klassenbrüder anzulegen, ist kein Arbeiter in Uniform. Deshalb wird die Isolierung von der Familie, von den Kollegen und die Kasernierung auch nicht hingenommen. Das Verteidigungsministerium mußte zugestehen, daß die spontane Rebellion gegen die Kasernenunterdrückung zunimmt: Ungehorsam steigt, die Zahl der rechtskräftigen Verurteilungen wegen Fahnenflucht und Entfernung von der Truppe sind auf 2 021 (1968) auf 5 212 (1974) gestiegen, die Selbstmorde bei Soldaten haben zugenommen.

Für die Bundeswehrführung, ihre Psychologen und die Bourgeoisschreiberlinge (Weserkurier, 18.5.) ist das alles eine Frage des „Seelenzustandes". „Der Chefpsychologe der Bundeswehr, Martin Rauch, meint: ‚Es mag sein, daß die jungen Leute heute empfindlicher sind. Mit Sicherheit haben sie heute weniger Hemmungen, ihre Probleme einzugestehen.'' (Weserkurier)

Um die Kampfkraft der Truppe wiederherzustellenm die Probleme der Soldaten zu bereinigen, soll vor allen Dingen der Unteroffizier stärker auf seine Führungsaufgaben getrimmt werden, damit es nicht zu einer Verbrüderung mit den Mannschaften kommt, denn: „Die Unterführer sind in der Mehrheit gleichaltrig, kaum älter, belastet mit ähnlichen Problemen wie ihre Untergebenen." (Minister Leber) Weiter sollen die „zwischenmenschlichen Beziehungen" in der Truppe verbessert werden, und damit keine Rebellion wegen des zu niedrigen Wehrsoldes ausbricht, soll der Sold täglich um eine Mark angehoben werden.

Vereidigung auf Leben und Tod

58 junge Polizeibeamte wurden vor kurzem in Bruchsal vereidigt. Nationalhymne und Ministerialdirigentenrede umrahmten die Vereidigung. Stümper, der Minsterrialdirigent, sagte zum Wesen der Feier und zum Zweck der Vereidigung: „Dies ist mehr als nur eine staatspolitische Feierstunde, es geht vielmehr um ein bindendes Versprechen." „Bindend versprechen" sollen die Polizeibeamten die Kapitalistenherrschaft und ihre Ausbeuterordnung zu schützen. Notfalls mit dem Leben. „Eine Sonnenschein-Polizei gebe es nicht mehr, deren Aufgaben sich im wesentlichen in Verkehrsüberwachung bzw. Lenkung der Bekämpfung örtlicher Kriminalität oder Schutzmaßnahmen bei Großkundgebungen erschöpft haben. Jetzt gehe es um die Verteidigung der inneren Sicherheit und den Schutz des Rechtsstaates und dabei sogar um Leben und Tod!" Die Aussagen Stümpers sind deutlich! Für das Niederschlagen der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung um die Profitproduktion zu gewährleisten, sich an den Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes den Schädel einrennen, dafür sollen sich die Polizisten vereidigen. Dafür werden sie vom bürgerlichen Staat rechtlos gehalten. Das muß beseitigt werden durch den Kampf für die Forderung nach Kündigungsrecht, gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten.

Die neuen Zaren erfüllen den Traum der alten Zaren

„Wer die Flotte besitzt, bestimmt auch die Verkaufsbedingungen und den Umfang der Warenumschläge", erklärte 1967 freimütig der damalige sowjetische Minister für die Handelsflotte. Planmäßig bauen mit der Restauration des Kapitalismus die Sozialimperialisten ihre Handelsflotte auf und versuchen, die Vorherrschaft auf den Weltmeeren und im Transportgeschäft zu erobern. 1960 mit 3 Millionen Bruttoregistertonnen noch an 11. Stelle, liegen sie inzwischen auf Position 6 mit 20 Millionen Bruttoregistertonnen, nach der Zahl der Schiffe (1 600 – 80 % nach 1965 gebaut) auf Platz 2. Damit hat die Sowjetunion die amerikanische Handelsflotte (14,6 Millionen Bruttoregistertonnen) überrundet. Dabei läßt sich die sowjetische Monopolbourgeoisie die Schiffe großteils im Rahmen der „internationalen Arbeitsteilung" durch die Arbeiter der RGW-Staaten bauen. „Im Rahmen des ‚Komplexprogramms der sozialistischen ökonomischen Integration' ... wird die Sowjetunion verschiedene Schiffe und Seetransportmittel erhalten, darunter eine Vielzahl Frachter der modernsten und wirtschaftlichsten Typen", berichten die Sozialimperialisten in „Außenhandel" 3/77. Die allgemeine Flaute im Seehandel wollen sie durch den Ausbau ihrer Flotte um weitere 30 % von 1976 bis 1980, dem 20. Fünfjahresplan, nutzen, um in der Vorherrschaft auf den Weltmeeren einen weiteren großen Schritt voranzukommen. „Die sowjetische Handelsflotte wird qualitativ neue Schiffe erhalten – Container- und Leichterschiffe sowie Ro-Ro-Schiffe." „Bedeutend vergrößert wird die Tankerflotte, und zwar durch Schiffe ... von 150 000, 40 000 und 25 000 tdw, die sowohl Erdöl als auch Schüttgut (Erze, Kohle usw.) befördern können." (Außenhandel 3/77)

Bereits heute verfügen die Sozialimperialisten über die größte Fischereiflotte, die meisten Passagierschiffe und die zahlenstärkste konventionelle Stückgutflotte der Welt (7,3 Millionen Bruttoregistertonnen gegenüber der BRD 2,4 Bruttoregistertonnen). Nur ein geringer Teil dient dem Transport von Waren in die Sowjetunion, der größte dazu, Profite aus dem Seehandel abzusahnen, Einfluß auf den Warenhandel der imperialistischen Konkurrenten zu nehmen und in Vorberei-
kurrenten zu nehmen und in Vorberei-
tung des imperialistischen Krieges über die notwendige hohe Frachtschiffkapazität zu verfügen. „Von der sogenannten Hamburg/Antwerpen-Range beförderte 1974 die sowjetische Linie nach den Häfen Westindiens und Mittelamerikas rund 98 000 Tonnen Stückgüter", berichtet z.B. die „Frankfurter Allgemeine Zeitung". „Im gleichen Zeitraum wurden von den gleichen Schiffen aus Leningrad 2 500 Tonnen abgefahren." In der „Europa-Mittelmeerfahrt haben sie bereits einen Marktanteil von 35 Prozent erreicht, im Verkehr zwischen Nordwesteuropa und Kanada/Große Seen verschiffen vor allem polnische und sowjetische Reedereien 22 Prozent der anfallenden Ladung". (28.8.76) Nachdem die Sozialimperialisten zunächst mit Dumping sich die besten Transportgeschäfte ergatterten und in den Markt der imperialistischen Konkurrenten eindrangen, traten sie 1976 den Frachtmonopolen „North Atlantic Continental Freight Conference" und „Continental North Atlantic Westbound Conference" bei, um gegenüber den Export- und Importländern den Monopolpreis bestimmen zu können. Auf der Jagd nach Profit bedient sich die sowjetische Monopolbourgeoisie wie die anderen Kapitalisten der „Billigflaggen", um die Arbeitskraft der international zusammengestellten Mannschaften rigoros ausbeuten zu können. Panama schreibt z.B. weder die Löhne der „Internationalen Transportarbeitergesellschaft" noch die internationalen Sicherheitsbestimmungen vor. „Allein 100 sowjetische Schiffe ... zumeist ‚Trampschiffe', die zwischen Drittländern verkehren und nur selten in sowjetischen Häfen anlegen", segeln unter panamesischer Flagge, mit „internationalen Besatzungen, deren Löhne und Tarife unter denen des Internationalen Transportarbeiterverbandes liegen", berichtet der „Blick durch die Wirtschaft". Um ihre Flotte jederzeit an jedem Ort kontrollieren und dirigieren zu können, setzen sie jetzt über jedes Weltmeer einen Satelliten, geleitet von einem „Elektronenrechenzentrum" in Moskau. – (Z-Red.)

DDR: 3-Schichtbetrieb für alle Industriezweige angestrebt

Zum 1. Mai 1977 wurde in der DDR die 40-Stundenwoche eingeführt. Keineswegs allgemein. Die neue Bourgeoisie nutzt vielmehr diese Regelung, die sie der Arbeiterklasse zugestehen mußte, als Hebel, um den Widerstand gegen die umfassende Einführung der *Schichtarbeit* zu überwinden. Die 40-Stundenwoche gilt nur für Arbeiter in 3-Schichtbetrieben. Die Arbeiter in 2-Schichtbetrieben arbeiten 42 Stunden. Dabei enthält die Einführung der Schichtarbeit auch gleich wieder Arbeitszeitverlängerung, die die beschlossene Senkung zum Teil aufhebt: die sogenannte „freiwillige Schichtgarantie". Das meint Übergabe der *laufenden* Maschinerie, also Überlappung der Schichten. Die Erhöhung der Bruttomindestlöhne von 350 auf 400 Mark wurde ebenfalls nur dort eingeführt, wo Schichtarbeit geleistet wird.

Jahrelange Propaganda

Seit mehreren Jahren läuft eine Propagandakampagne für die Schichtarbeit unter dem Stichwort „Grundfondsökonomisierung". Unter Grundfonds verstehen die neuen Bourgeois das fixe Kapital, also Maschinerie, Werkzeug, Fabrikgebäude, kurz alle Produktionsmittel, die nicht als Roh- oder Hilfsstoffe sich in einem Produktionsvorgang verbrauchen.

Die SED-Zeitschrift „Einheit" stellt 1974 fest: „Durch höhere Schichtauslastung können Investitionen eingespart, Kosten gesenkt und ein schnellerer Umschlag der Fonds erreicht werden. Deshalb kann unsere perspektivische Planung nur auf einer weiteren Erhöhung der Auslastung des Grundfonds aufgebaut werden." (6/74, Seite 701) Das gab die Richtung an, aus der dann in den Tageszeitungen wird, daß die 3-Schichtarbeit „normal" sei. Wie in der „Leipziger Volkszeitung", in der es heißt: die dritte Schicht sei „ein ganz normaler Weg, um der hundertprozentigen Auslastung nahezukommen". Zur Zeit werde bereits in vielen Betrieben auch ohne technische Notwendigkeit 2-Schichtbetrieb gearbeitet. Durchschnittlich „setzen wir diese Anlagen zur Zeit etwa 14,2 Stunden, *je Kalendertag* ein. Das entspricht 71 % des technisch möglichen Zeitfonds". Die „technisch mögliche Nutzungszeit" liege jedoch bei 20 und 21 Stunden kalendertäglich. (Leipziger Volkszeitung, 6.8.76) Das ist das Ziel der Kapitalisten: Auslastung rund um die Uhr, samstags und sonntags mit 3 Stunden, in denen aus technischen Gründen (Putzen, Warten) die Maschinen stillstehen müssen. „Arbeit während aller 24 Stunden des Tages anzueignen ist daher der immanente Trieb der kapitalistischen Produktion", stellt Karl Marx im ersten Band des „Kapital" fest.

Gezwungen werden kann die Arbeiterklasse in die Schichtarbeit nur durch eine solche Lage, die sie auf die Schichtzulage unbedingt angewiesen sein läßt. Das soziale Elend ist das Hauptdruckmittel der neuen Bourgeoisie. Zwar hat es in den letzten Jahren reale Lohnerhöhungen gegeben. Zu weit unter den notwendigen Reproduktionskosten lag ein Großteil der Löhne. Jetzt führt die revisionistische Publizistenbande in der DDR eine große Pressedebatte über „sozialistische Lebensweise" durch. Die erneute Lohnsenkung wird vorbereitet: „In der Praxis ist mit wachsendem Genuß von Tabakwaren und alkoholischen Getränken zu rechnen, der Fett- und Zuckerverbrauch vieler Werktätiger ist nach wie vor viel zu hoch." (Wirtschaftswissenschaft 8/76, Seite 1176)

Wahrscheinlich werden, falls nicht eine Lohnsenkung dies Problem vollständig löst, die Magengeschwüre der Dreischichtarbeiter zum Sinken des Fett- und Zuckerverbrauchs führen.

Es geht der neuen Bourgeoisie um die Profitrate

Der Zwang für die neue Bourgeoisie, die Arbeitszeit auf 24 Stunden auszudehnen, ergibt sich aus dem Fall der Profitrate. Der Anteil des Kapitals, das die neue Bourgeoisie in Maschinen und Fabriken anlegen muß, wird mit Entfaltung der Konkurrenz immer größer im Verhältnis zum Anteil des Kapitals, der für Arbeitskraft gezahlt wird. Der Profit entspringt aber nur der lebendigen Arbeit, nicht den Maschinen, die allein Mittel der Arbeit sind. „Die gewachsenen Dimensionen unseres Wirtschaftspotentials kommen in der Industrie unter anderem darin zum Ausdruck, daß sich der durchschnittliche Grundmittelbestand (Bestand an fixem Kapital, Red.) je Produktionsarbeiter von 90 047 Mark im Jahre 1970 auf 107 815 Mark 1974 erhöhte. (...) Allein die in der Industrie vorhandenen Grundfonds waren 1975 um 45 % höher als im Jahr 1970, im Jahr 1980 werden sie etwa das Doppelte des Standes von 1970 ausmachen." Das stellt Karl Hartmann, Ökonomie-Lehrstuhlinhaber an der SED-Parteihochschule und Redakteur der „Wirtschaftswissenschaft" in dieser Zeitschrift fest. (8/76, Seite 1152) Und: „Die gewachsenen Dimensionen unseres ökonomischen Potentials zwingen zu immer besserer Nutzung der Grundfonds und des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens sowie zum sparsamsten Umgang mit Rohstoffen, Energie und Material." Nichts unterscheidet den neuen Bourgeois von den Bourgeois überhaupt. Der Herr Professor macht „für die bessere zeitliche Nutzung der Grundfonds und der lebendigen Arbeit (...) in unserer Industrie noch erhebliche Reserven", aus: „Die hochproduktiven Maschinen und Anlagen waren 1975 im Durchschnitt nur 14,5 Stunden im Betrieb. Wenn alle Betriebe hinsichtlich der Ausnutzung der Arbeitszeit das Niveau der fortgeschrittenen Betriebe erreichten, entspräche das dem Arbeitszeitfonds von 60 000 Arbeitern." Vollständige Einführung der Schichtarbeit; gleichzeitig Intensivierung der Arbeit in einem solchen Maße, daß 60 000 Arbeiter „frei" werden für die zweite und dritte Schicht – das bringt den Professor ins Schwärmen.

Der Zwang zur 24stündigen Nutzung der Produktionsmittel verschärft sich für die neue Bourgeoisie weiter dadurch, daß die DDR große Teile der produzierten Anlagen mit hoher Produktivkraft an die Sowjetunion liefern muß. Teilweise muß also auf veralteten Anlagen, im Vergleich zur Konkurrenz also *teurer* produziert werden. Die dadurch nicht gemachten Profite sollen wiederum über die hohe Intensivierung der Arbeit und die 24stündige Nutzung der Produktionsmittel herausgeholt werden.

Das Ziel der sozialimperialistischen Bourgeoisie heißt Expansion

An der Ausbeutung der Arbeiterklasse der DDR ist über die Unterdrückung der sozialimperialistischen Bourgeoisie der DDR auch die sozialimperialistische Bourgeoisie der Sowjetunion beteiligt, die sich die Bourgeoisie der DDR als Kettenhund hält. Monopolpreise für Rohstoffe und Tributzahlungen über „gemeinsame" Großprojekte, das sind die Formen, in denen sich die Bereicherung der Sowjetunion an der Arbeit der Arbeiterklasse der DDR abspielt. 8 Milliarden Mark sind 1976 bis 1980 *offiziell* in der DDR-Planung für solche Projekte vorgesehen, immerhin 3,3 % der Gesamtinvestitionen. (Neues Deutschland, 15.1.76) Die neue Bourgeoisie der DDR erfüllt treu die Pflichten der Ablieferung dieses Teils des der Arbeiterklasse der DDR abgepreßten Mehrprodukts. Sie verfolgt gleichzeitig eine Politik der verstärkten Beteiligung am internationalen Konkurrenzkampf um profitbringende Märkte und Kapitalanlagezonen. „Es gilt, die Exportkraft der DDR beschleunigt zu stärken. Die Zuwachsrate des Gesamtexports soll wesentlich schneller steigen als die Zuwachsrate der Produktion", sagte Honecker auf dem 9. Parteitag. (Neues Deutschland, 19.5.) Der Kapitalexport nimmt zu. Im Irak bohrt die DDR jetzt auf eigene Rechnung nach Öl. Richtig bezeichnet man die Bourgeoisie der DDR als neue Bourgeoisie. Ihre Methoden allerdings sind die alten. Das kann auch gar nicht anders sein. Sie sind Ausbeuter und Unterdrücker der Arbeiterklasse. – (Z-Red.)

Das Streben nach dem Erdölmonopol enthüllt die Natur des Sozialimperialismus

„(Eine) Aufteilung der Welt unter zwei mächtige Trusts schließt natürlich eine Neuaufteilung *nicht aus, sobald das Kräfteverhältnis – infolge der ungleichmäßigen Entwicklung, von Kriegen, Zusammenbrüchen usw. – sich ändert. Ein lehrreiches Beispiel dafür, wie eine solche Neuaufteilung versucht wird und wie um sie gekämpft wird, bietet die Petroleumindustrie."*

Das schrieb Lenin in seiner Schrift über den Imperialismus im Herbst 1914, nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Nicht weniger lehrreich ist auch heute das Studium der „Petroleumindustrie" oder Erdölindustrie. Heute stehen sich in der Welt hauptsächlich die sechs großen westlichen Monopole, vielfach miteinander verflochten und gestützt vom US-Imperialismus, auf der einen Seite und das staatliche Ölmonopol der UdSSR auf der anderen Seite gegenüber. Die Ölmonopole gehören zu den größten westlichen Monopolunternehmen überhaupt. Obwohl die Länder der Dritten Welt, die sich in der OPEC zusammengeschlossen haben, einen großen Teil ihrer Ölquellen nationalisiert und den Abgabepreis für Rohöl immerhin seinem tatsächlichen Marktpreis durch gemeinsamen Kampf angenähert haben, beherrschen die US-Imperialisten noch immer den Großteil des Weltmarkts und müssen die OPEC-Länder den Großteil ihres Öls an sie verkaufen.

Das sozialimperialistische Ölmonopol beherrscht dagegen zu 100 Prozent den inneren Markt der Sowjetunion selbst, zu fast 100 Prozent den Markt der RGW-Staaten, darüberhinaus aber nur einen kleinen Teil des westlichen Markts und des Markts der Dritten Welt. Den Großteil ihrer Exporte bestreiten die Sozialimperialisten noch aus eigenen Ölquellen. Sie sind heute der größte Ölproduzent der Welt. Die Importe betragen dagegen erst ein Zehntel ihrer Exporte.

Wir haben in dieser Zeitung die Einschätzung geäußert (vgl. KVZ Nr. 18/1977), daß in nächster Zeit die Sowjetunion versuchen wird, Ölimporte in großem Maßstab zu tätigen, ihren Export entsprechend zu steigern und den Kampf, insbesondere um die Ölquellen des Nahen Ostens, und die Neuaufteilung des Weltmarkts aufzunehmen.

Dieser Tage war zu lesen, daß die Sowjetunion der Regierung des Iran förmlich das Ersuchen um Lieferung größerer Mengen von Erdöl zum Ausgleich der für den Iran negativen Handelsbilanz unterbreitet hat. Das hat der Handelsattaché der Sozialimperialisten auf einer Pressekonferenz in Teheran öffentlich mitgeteilt, offenbar um klarzumachen, daß es sich nach Art der Mafia um „ein Angebot, das er nicht ablehnen kann", an den Schah von Iran gehandelt hat. Vorbild ist das Lieferabkommen über Erdgas, von dem jährlich 30 Milliarden Kubikfuß aus iranischen Quellen in das sowjetische Pipeline-System eingespeist werden und zu saftigem Profit (durch Pipelines, die die „Verbündeten" der Sowjetunion in Osteuropa zum größten Teil bezahlen mußten) nach Westeuropa, speziell nach Österreich und in die BRD, weitergeleitet werden. Im kürzlich veröffentlichten Handelsvertrag der UdSSR mit dem Iran (in dem von Öl noch nicht die Rede war) ist die Position des Erdgases mengenmäßig offengelassen, mit der Anmerkung, daß Defizite im Handel, Kredite und Zinsen mit weiterem Erdgas beglichen werden können. Demnächst soll es also Erdöl sein.

Die Sozialimperialisten versuchen die Anstrengungen der ölproduzierenden Länder der Dritten Welt, sich aus der Umklammerung durch den US-Imperialismus und die anderen westlichen imperialistischen Ölmonopole zu lösen und eine nationale Ölindustrie aufzubauen, zu nutzen, um selber sich in den Besitz ihrer Ölquellen zu setzen und ein Weltmonopol zu errichten. Sie bieten den Entwicklungsländern Experten, Bohrausrüstungen, Verarbeitungs- und Transportmittel, die ihnen fehlen, gegen Lieferung von Öl und anderen wichtigen Rohstoffen an. So waren in der Zeit von 1971 bis 1975 über 6000 sowjetische Experten in 34 Ländern vor allem der Dritten Welt unterwegs mit 600 Bohrausrüstungen, um nach Bodenschätzen und insbesondere nach Erdöl zu suchen. Unter 170 insgesamt entdeckten Lagerstätten von Rohstoffen waren 50 Erdöl- und Erdgasquellen. Lagerstätten in Polen, Kuba, Syrien, Indien, Algerien, Afghanistan und im Irak wurden für Entsendung von Experten und Ausrüstungen vorbereitet. Mit weiteren Ländern wie Mexiko wird verhandelt. In diesem Zeitraum wurde aus Libyen, Syrien, Nigeria und dem Irak bereits Öl in größeren Mengen importiert.

Die Öllieferungen wie ein großer Teil des sowjetischen Außenhandels beruhen meistens auf sogenannten Kompensationsgeschäften, d.h. dem Tausch Ware gegen Ware. Im Fall des Erdöls werden die gelieferten Bohr- und Födereinrichtungen und das „know how", in einzelnen Fällen auch Raffinerien, petrochemische Anlagen und Pipelines, mit dem geförderten Erdöl abbezahlt. Die Sozialimperialisten und ihre auswärtigen Agenturen wie die hiesige DKP behaupten, diese Kompensationsgeschäfte seien eine fortschrittlichere Form der Außenhandelsbeziehungen, die bewiesen, daß die Sowjetunion keine imperialistischen Interessen verfolge, da die Entwicklungsländer nicht in Devisen bezahlen müssen und Eigentümer der gelieferten Anlagen werden.

Tatsächlich *können* solche Kompensationsgeschäfte eine fortschrittliche Form des Handels der Entwicklungsländer untereinander und mit den sozialistischen Ländern sein. Die Volksrepublik China beispielsweise liefert oft ganze Fabrikanlagen (soweit sie sie nicht schenken kann) und nimmt als Rückzahlung einen Teil der Produkte entgegen. Auf diese Weise braucht das jeweilige Land keine Geldvorschüsse zu machen; es erhält Maschinen und alles, was nötig ist, und kann seine Rohstoffe verarbeiten. Die Volksrepublik China, deren Arbeiter die Maschinen gebaut haben, erhält im korrekten Gegenwert andere Gebrauchsgüter, die die Arbeiter und Bauern Chinas brauchen. Beide Seiten haben einen Nutzen, und der imperialistischen Beherrschung des Weltmarkts ist ein Schlag versetzt worden.

Ganz anders die Kompensationsgeschäfte der Sozialimperialisten und ihre „Hilfe" für die Entwicklungsländer. Sie nähern sich tatsächlich dem Kapitalexport an. Einmal, weil in vielen Fällen für die gelieferte Maschinerie oder andere Ware Monopolpreise verlangt werden, während für die Rohstoffe, die das Entwicklungsland liefern muß, Preise unter Weltmarktniveau gezahlt werden. Zum Beispiel wurde, wie ein indischer Ökonom kürzlich in einem Aufsatz „UdSSR und Dritte Welt" enthüllte, indisches Roheisen für 30 Rubel pro Tonne eingekauft und im selben Jahr für 169 Rubel pro Tonne weiterverkauft. Zweitens, weil die gelieferten Mengen oft schon so hoch sind, daß der Nutzen aus der Erschließung der Ölquelle (oder auch Fabrik, worum es sich gerade handelt) für den Wirtschaftsaufbau des Landes selbst verschwindet. Allerdings machen die Sozialimperialisten in puncto Lieferzeiten häufig noch Zugeständnisse, um ins Geschäft zu kommen. Drittens aber beziehen sie die Ware oft nur, um sie auf dem Weltmarkt zum Weiterverkauf mit Profit anzubieten. So konzentriert sich ein Großteil ihrer „Hilfen" in solchen Industrien wie eben dem Erdöl, die von vornherein nur für den Export arbeiten, deren Produkte sie selbst reichlich besitzen und bei denen sie bereits Exporteur sind. So erobern sie sich tatsächlich unter Einverleibung der Produktion der Entwicklungsländer weitere Anteile am Weltmarkt und bauen sich ein Weltmonopol auf, das den ölproduzierenden Entwicklungsländern den Zugang zum Weltmarkt noch mehr versperrt sowie insbesondere die Intensivierung ihrer direkten Handelsbeziehungen mit anderen Ländern der Dritten Welt.

Über die Expansionspläne der Sozialimperialisten spricht ihr forciertes Tankerbauprogramm bis 1980 eine deutliche Sprache. Ohnehin ist zu bezweifeln, daß alle internationalen Transaktionen und Spekulationen der Sozialimperialisten, die über ihr verzweigtes Netz von Auslandsbanken, Auslandsniederlassungen ihrer Handels- und Transportfirmen laufen, überhaupt in ihrer Import- und Export-Statistik auftauchen. Jetzt ist rasche Expansion möglich. Brasilien z.B. soll in Zukunft „wesentlich mehr" Öl als bisher aus der Sowjetunion beziehen. Solche Verhandlungen werden jetzt rund um den Globus geführt. Zum Teil führt sich die Sowjetunion mit Dumpingpreisen ein, um später, wenn der Markt erobert ist, Monopolpreise zu fordern. Das alles enthüllt Stück für Stück deutlicher ihre imperialistische Natur. – (Z-Red.)

„Das Gewehr gebiert die Macht"

Neuer „anglo-amerikanischer Plan" zur Unterdrückung der Völker des südlichen Afrika

Wie ein aufgeschreckter Hornissenschwarm schwirren die Abgesandten der verschiedenen imperialistischen Mächte durch Afrika. Dem Kissinger folgen Podgorny und Castro für die Sozialimperialisten, für die US-Imperialisten und die westeuropäischen imperialistischen Verbündeten reisten dann wieder Richards, Owen, Genscher und Young gleich mehrmals durch Afrika. Jetzt wollen sie sogar eine „anglo-amerikanische Reisegruppe" in einer „Basis" im südlichen Afrika fest stationieren.

„Das Gewehr gebiert die Macht", so faßte schon 1938 Mao Tsetung die Erfahrung der revolutionären Völker zusammen. Auf der UNO-Konferenz in Maputo, der Hauptstadt Mozambiques, wurde die Patriotische Front, die das Volk von Zimbabwe im bewaffneten Befreiungskampf führt, von „fast allen Entwicklungsländern" dabei unterstützt, die „Befreiung Zimbabwes im bewaffneten Kampf" zu erringen, berichtet verschreckt die Frankfurter Allgemeine Zeitung, Sprachrohr des BRD-Imperialismus. Die US-Imperialisten sind jetzt, wo sich der Kampf um die Weltherrschaft mit den Sozialimperialisten immer mehr zuspitzt, zu Manövern gezwungen. Für die „Unabhängigkeit Namibias", eine „afrikanische Mehrheitsregierung in Zimbabwe" und, schon erheblich vorsichtiger, „die Lockerung der Apartheid" in ihrem Hauptstützpunkt Südafrika würden sie plötzlich eintreten. Nur friedlich müßte es zugehen, die „Rechte der weißen Minderheit" müßten geschützt werden, und dafür wollen sie Sachwalter sein. US-Außenminister Mondale umgibt sich bei seinem Ränkeschmieden mit Vorster mit der „Entspannungsaura" Wiens. In Maputo meint der Vertreter des US-Imperialismus Young die Repräsentanten der afrikanischen Staaten übers Ohr hauen zu können, wenn er sie mit „Brüder" anredet und ihr Erinnerungsvermögen an die lange Geschichte des heroischen Befreiungskampfes der afrikanischen Völker für dumm verkauft. „Die Geschichte der Befreiung in Afrika ist keine Geschichte der Gewalt. Die meisten afrikanischen Staaten sind durch Verhandlungen unabhängig geworden", „mit aller Kraft sollten (die Delegierten) eine friedliche Lösung des Konfliktes in Südafrika suchen." Dazu wurde ein „neuer anglo/amerikanischer Plan" ausgeheckt. In Genf konfrontierte die Patriotische Front die Imperialisten vor den Augen der Völker der Welt sofort mit der zentralen Frage der sofortigen und bedingungslosen Übergabe der Macht an die Befreiungsbewegung des Volkes von Zimbabwe. Deswegen mußten die Imperialisten die Konferenz platzen lassen. Jetzt soll, um besser spalten zu können, mit jedem einzeln verhandelt werden. „Das vereinte Afrika besteht aus 2000 Stämmen", macht sich die Los Angeles Times Hoffnungen. Verhandelt soll werden über „das letzte Ziel", die „Verfassung". Die Konferenz soll dann „die Bedeutung einer Abschlußveranstaltung erhalten", „an welcher das vorher Vereinbarte besiegelt werden soll". Die „Modalitäten von Wahlen auf dem Weg zur Mehrheitsregierung" und ein „Entwicklungsfonds für das unabhängige Rhodesien" sollen ausgehandelt werden. Nach dem Beispiel Namibias suchen die US-Imperialisten und ihre Komplizen nach Marionetten, die zusammen mit den „weißen Siedlern", den Agenten des Imperialismus, dann die „Mehrheitsregierung" bilden. Dazu haben sie die ZUPO (Vereinigte Volksorganisation Zimbabwes) gegründet. Nur wer eine Mitgliedskarte vorweisen kann, hat Anspruch auf medizinische Versorgung. Dem gleichen Zweck dienen die Gespräche Mondales mit dem Anglikaner-Bischof Muzorewa. Der „Fonds zur Stabilisierung der Wirtschaft ist in erster Linie dazu bestimmt, die weißen Siedler von der Auswanderung abzuhalten. Das Geld kommt hauptsächlich von den Vereinigten Staaten", gibt die „Neue Zürcher Zeitung", Sprachrohr der internationalen Finanzbourgeoisie, freimütig zu (21.4.77).

Smith hat den Plan gleich begrüßt, auch wenn er als Teil des Manövers seinen Rücktritt anbieten soll. Offen sagt er, daß er der Zerschlagung der Befreiungsbewegung des Volkes von Zimbabwe dient: „...Wenn wir eine interne politische Lösung erreichen, wird der „... Wenn wir eine interne politische Lösung erreichen, wird der Krieg gewonnen sein und letztendlich der Terrorismus in Rhodesien endgültig und unwiederkehrbar geschlagen werden." (Time 7.3.77)

Während sie versuchen, unter dem Mantel der „Menschenrechtspolitik" eine neokoloniale Lösung zu erzwingen, schmieden sie fieberhaft an den Ketten, die die Völker gerade dabei sind zu sprengen.

Zur Unterdrückung des Volkes von Zimbabwe gibt das rhodesische Siedlerregime 1977 122 Millionen Englische Pfund für die Armee und 76,4 Millionen US-Dollar für die Polizei aus. Die ersten sechs französischen Mirage-Kampfflugzeuge und eine Anzahl französischer Allouette-Hubschrauber sind in Rhodesien eingetroffen, die Piloten werden in Südafrika ausgebildet. Dort wird eine eigene Rüstungsindustrie aufgebaut. Die Barclays Bank in London hat z.B. eine Anleihe von 100 Millionen US-Dollar zur Kriegsfinanzierung des südafrikanischen Kolonialregimes ausgeschrieben. Das Imperialistenblatt Observer berichtet, daß 1976 „englische Firmen größere Investitionen in die Rüstungsindustrie durchführten". ICI hat 100 Millionen DM in die African Exlosives and Chemical Industries Ltd., an denen sie bereits 40 % Anteil haben, investiert. Drei Munitionsfabriken und Giftgasproduktion wurden aufgebaut. Die Bundesregierung unterstützt die atomare Aufrüstung. Die USA sind 1976 zum Hauptlieferanten Südafrikas aufgestiegen.

Das rhodesische und südafrikanische Kolonialregime verstärken die Invasionsvorbereitungen gegen Mocambique. Überfälle auch auf Sambia und Botswana gehören inzwischen zu den Tagesereignissen.

Angesichts dessen rät der sich als Freund aufspielende US-Imperialist Young den zimbabweschen Massen Stillhalten: „Wenn die schwarzen Rhodesier, sagte er, ihr Geld in der Tasche behalten und drei oder sechs Monate nichts kaufen würden, dann würde die weiße rhodesische Regierung viel härter ... getroffen sein." (Frankfurter Allgemeine Zeitung 20.5.77)

Auch die Sozialimperialisten nutzen ihre „Hilfe", um einen selbständigen und unabhängigen Befreiungskampf zu hintertreiben. Nicht die Revolution der Völker ist die Haupttendenz in der Welt, behaupten sie, „vor allem dank ihrer Bemühungen ist die internationale Entspannung zur vorherrschenden Tendenz der Gegenwart geworden". (Neue Zeit, 9.2.77) Und in einer früheren Ausgabe: „Die wachsende Macht der sozialistischen Gemeinschaft und die Unterstützung ... ist jetzt in internationaler Hinsicht entscheidend für den Erfolg der nationalen Befreiungsrevolutionen ... Die meisten afro-asiatischen und lateinamerikanischen Staaten sind ihrer Bevölkerung nach nicht groß, dazu schlecht bewaffnet und unerfahren in moderner Kriegsführung ... Ihr Gegner, der Imperialismus, ist ihnen in all dem weit überlegen ... Die entscheidende Gewähr ihrer Unabhängigkeit ist die Unterstützung, die ihnen die sozialistischen Länder, in erster Linie die Sowjetunion, erweisen."

Im Namen der Patriotischen Front, der Befreiungsbewegung des Volkes von Zimbabwe, erklärte Robert Mugabe, daß das Volk seine Unabhängigkeit gestützt auf die eigene Kraft im Volkskrieg erringen werde. Die Patriotische Front lehnt Verhandlungen über andere Fragen als die der direkten Übergabe der Macht an die Befreiungsbewegung des Volkes von Zimbabwe ab, genauso wie die Versuche der imperialistischen Mächte, den Befreiungskampf zu internationalisieren und auch die Einmischungsversuche der Supermächte. „Dem gewaltigen revolutionären Sturm, der die Imperialisten und Kolonialisten erzittern läßt, spenden die revolutionären Völker der Welt Beifall und jubeln ihm zu. Die Imperialisten und Kolonialisten sagen: ‚Schrecklich! Schrecklich!' Aber die revolutionären Völker der Welt sagen: ‚Großartig! Großartig!' Die Imperialisten und Kolonialisten sagen: ‚Das ist Aufruhr, das ist verboten.' Die revolutionären Völker der Welt aber sagen: ‚Das ist Revolution, das Volk hat ein Recht darauf, dieser historischen Strömung kann niemand Einhalt gebieten.'" (Aus: Polemik der KP Chinas über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung)

Von Provokation zu Provokation in den Untergang – Der Zionismus wird enden wie der Faschismus

Als Hitler Frankreich besetzt hielt, hat er „Karl den Großen" und das „Reich der Franken" ausgraben lassen, um die Besetzung Frankreichs zu rechtfertigen. Der alte Germane hatte auch schon zur Vorbereitung der Aggression herhalten müssen. Für Herrschaftsansprüche gegenüber Italien tat Theoderich der Gote den gleichen Dienst und Friedrich II der Staufer, der in Sizilien thronte, kam zu neuen Ehren, um die Unterwerfung Italiens unter den deutschen Imperialismus als historisches Vermächtnis zu betreiben.

Die Zionisten sind gerade solche Phantasten wie Hitler, und sie verfolgen ihre Phantastereien mit den gleichen verbrecherischen Methoden wie Hitler. Der Chef des Likud-Blocks, der nach den Wahlen stärksten Fraktion, Begin, ist dafür bekannt, daß er durch seine Terrorbanden 1948 das Dorf Deir Yassin hat umstellen und sämtliche Bewohner niedermetzeln lassen. Was Hitler sein Drittes Reich, das ist den Zionisten das Reich Zions. Sowas kann mit allem Terror keinen Bestand haben.

Je auswegloser die Lage wird, desto mehr häufen die Zionisten Provokation auf Provokation. Unlängst haben sie den Unabhängigkeitstag Israels gefeiert. Als Unabhängigkeitstag feiern sie die Eroberung der Altstadt von Jerusalem. Damit übertrumpfen die Zionisten noch Hitler. Er hat zwar den Einmarsch seiner Truppen in Frankreich feiern lassen, aber immerhin nicht als Unabhängigkeitstag Deutschlands. Jerusalem aber ist geradeso eine arabische Stadt wie Paris eine französische Stadt ist. Die Zionisten sind nur nicht als Truppen eines imperialistischen Staates in Palästina eingefallen, sondern als Siedlertrupp, der sich aus eigenem Recht auf die Eroberermoral der Imperialisten berief und alles in Blut ertränkte, was sich seinen Ambitionen in den Weg stellte. Die arabischen Massen in den besetzten Gebieten haben gegen die zionistische Provokation am „Unabhängigkeitstag" Demonstrationen durchgeführt. Jede solche Demonstration ist ein Beweis, daß dem zionistischen Kolonialismus früher oder später die Totenglocke läuten wird.

Tatsächlich verstärken sich die Risse im Staatsgefüge dieses Kolonialregimes ständig. Das Siedlerregime hat sich Zug um Zug zu einer kapitalistischen Gesellschaft entwickelt, die die Siedler in Klassen spaltet, in Kapitalisten und Arbeiter.
sen spaltet, in Kapitalisten und Arbeiter.
Die Arbeiter beginnen für ihre Interessen zu kämpfen. Kämpfen sie für ihre Interessen als Arbeiter, dann erkennen sie, daß sie daran durch ihre vermeintlichen Interessen als Kolonialisten und als Mitglieder der zionistischen Siedlergemeinschaft bloß gehindert werden. Also beginnt diese Siedlergemeinschaft auch von innen her zu Bruch zu gehen. Zeichen dafür sind die Wahlen und die Niederlage der sogenannten Arbeiterpartei, die behauptete, die Interessen der Arbeiter als zionistische Siedlerpartei wahrzunehmen. Es hat damit geendet, daß sie die Streiks der Arbeiter unterdrückt hat. Dafür hat sie die Quittung bekommen.

Sicher, profitiert hat zunächst der Terroristenchef Begin. Zwar hat eine neugegründete Partei, die „Demokratische Bewegung für Reformen", die meisten Sitze neu gewonnen, Begin kann aber an die Regierungsbildung gehen. Die Betrugsgründung „Demokratische Bewegung für Reformen" hat schon zu verstehen gegeben, daß sie in eine Regierung Begin hineinwill. Begin selber hat seinen Wahlsieg sofort mit einer Provokation gefeiert. Er ist in eine zionistische Siedlung in den besetzten Gebieten gezogen und hat sich dort bejubeln lassen. Die 1967 besetzten arabischen Gebiete beliebt dieser Hampelmann als „befreite Gebiete" zu bezeichnen. Als könnte man mit Worten Taten ändern: Befreite Gebiete sind Gebiete, die die Völker von imperialistischer Herrschaft befreit haben. Die besetzten Gebiete sind Land, das die Zionisten vom arabischen Volk „befreien" wollen, indem sie ihm das Land wegnehmen und es vertreiben. Also wird es ihnen schließlich ergehen wie allen Imperialisten, auch wenn sie ihre Verbrechen als Befreiung feiern. Das kennt man aus der Geschichte, und es hat noch keinen Imperialisten gerettet.

Der PLO-Vertreter in Genf hat die Wahl Begins als „Fast-Kriegserklärung" des Zionismus an alle arabischen Staaten bezeichnet. Die ägyptische Zeitung „Al Akhbar" hat festgestellt, daß auch von einem Sieg der „Arbeiterpartei" nichts anderes zu erwarten gewesen wäre als von Begin: Angriff auf die arabischen Staaten und die arabische Nation. Zu diesem Zweck ist der Zionismus ins Leben gerufen worden. Zu diesem Zweck ist der Staat Israel von den Zionisten gegründet worden. Daran wird er zerbrechen. Unter den Schlägen des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes, an der Einheit der arabischen Nation, die im Kampf gegen Zionismus und Imperialismus Schritt für Schritt gefestigt wird.

Die Unabhängigkeit Dschiboutis ist noch nicht erkämpft

Nachdem am 8. Mai in Dschibouti am Osthorn des afrikanischen Kontinents eine Abstimmung für die Unabhängigkeit des Landes stattgefunden hatte, meldeten einhellig alle Zeitungen der Bourgeoisie im In- und Ausland: Dschibouti ist unabhängig geworden. Dschibouti war bis zu diesem Zeitpunkt französische Kolonie und Militärstützpunkt an der strategisch wichtigen Zufahrt zum Roten Meer und der Öffnung zum Indischen Ozean. Alle Zeitungen meldeten ebenso, daß diese Abstimmung mit der Zustimmung Frankreichs erfolgt sei, was den Tatsachen auch entspricht.

Es entspricht allerdings weniger den Tatsachen, daß das Volk von Dschibouti tatsächlich durch die Abstimmung am 8. Mai seine Unabhängigkeit erlangt habe. Das Verbleiben von 6500 Mann starken französischen Truppen im Land samt allen Waffen, die dazugehören, die Fortexistenz der Militärbasen der Franzosen dokumentieren unzweideutig: Dschibouti ist noch nicht unabhängig.

Es ist richtig, daß Frankreich seinen rechtlichen Teil als Kolonialmacht nicht mehr besitzt. In Dschibouti wurde am 8. Mai eine verfassungsgebende Versammlung gewählt, aus deren Mitte heraus am 27. Juni die Republik Dschibouti ausgerufen werden soll.

Zu diesem Schritt waren die französischen Imperialisten gezwungen worden durch den Widerstand des Volkes von Dschibouti gegen die Kolonialmacht und durch die schwungvolle Entwicklung des Befreiungskampfes der afrikanischen Völker und der Völker der Dritten Welt. Sie versetzten dem Imperialismus schwere Schläge und fegten den alten Kolonialismus fast vollständig hinweg. Die Republik Dschibouti ist keine von des Imperialismus Gnaden, wie es die Zeitungen schreiben. Die Unabhängigkeitserklärung markiert eine Rückzugslinie der Imperialisten gegenüber einem Volk, welches den Willen hat, die Imperialisten ganz aus seinem Land zu vertreiben: die Imperialisten, die den Nomadenstämmen an der Ostküste Afrikas die Existenzgrundlage raubten, indem sie durch willkürliche Grenzziehungen ihre Herden von den notwendigen Weidegebieten abschnitten, die die existenzlos gewordenen Einwohner in der folgenden Zeit zum Bau strategisch wichtiger Verkehrswege preßten und bis heute über die Hälfte der Bevölkerung in die Häfen der Hauptstadt zwangen. Dort leben sie in Elendsquartieren, umgeben von Scharfschützen, Minen und einem elektrischen Zaun, der verhindern soll, daß die aus den Quartieren zu tausenden deportierten aufständischen Hafenarbeiter zurückkehren könnten, um hier den Kampf gegen die Unterdrücker weiter voranzubringen.

Die Befreiungsorganisation FLCS bereitet seit einem Jahr von Somalia aus, unterstützt von dessen Regierung, den bewaffneten Kampf gegen die Imperialisten vor.

Daß das Volk von Dschibouti keine „Unabhängigkeit" mit französischen Truppen will, daß es mißtrauisch ist gegen die Abstimmung vom 8. Mai, zeigt die Wahlbeteiligung dieses Tages, die gebietsweise nur gut 40 % betrug, zeigt ebenso die Erklärung verschiedener Parteien des Landes, daß rechtswidrig Stimmen abgegeben worden seien, und ihr Aufruf vor der Wahl, ungültige Stimmzettel abzugeben.

Die Imperialisten versprechen sich von ihrem Rückzug als offizielle Kolonialmacht, dem Widerstand des Volkes die Spitze zu brechen und sich gleichzeitig günstigere Bedingungen für Interventionsmöglichkeiten in der Zukunft schaffen zu können.

Ein französischer Beamter meint: „Viele der jungen Schwarzen sind in einer euphorischen Stimmung, im Rausch vor der Unabhängigkeit. Aber die wissen gar nicht, worauf sie sich einlassen. Ohne Frankreich bricht hier alles zusammen. Die Leute würden schlicht verhungern und krepieren. Dschibouti ist wie eine Station auf dem Mond. Alles muß von außen herangeschafft werden. Hier gibt es nur Steine und Sand." Und „Die Welt" schreibt: „Der Konflikt ist (somit) vorprogrammiert. Sechs Wochen vor der Unabhängigkeit ist das politische Klima geladen wie vor einem Monsungewitter. (...) Dschibouti wird zum Treibhaus für Spannungen, düstere Befürchtungen, Gewalt, Haß und Unsicherheit. Politische Ausschreitungen, Morde, Verbrechen und andere Gewalttaten nehmen zu. In den Afrikanervierteln von Dschibouti liefern sich Afar und Issa blutige Stammeskämpfe ..." Und wenige Zeilen später spekuliert der Kommentator darauf, daß sich zwischen den beiden Nachbarstaaten Dschiboutis, Somalia und Äthiopien, ebenfalls im Gefolge politischer Wirren über Dschibouti, kriegerische Auseinandersetzungen entwickeln könnten.

Die Ziele der Imperialisten sind klar: sie wollen den strategisch wichtigen Punkt zur Kontrolle des Roten Meeres, der Öffnung zum Indischen Ozean, zur Kontrolle der Hauptroute der Öltanker und zur Beherrschung dieses Teils der Weltmeere nicht aus ihren Klauen lassen. Sie erhoffen sich die Möglichkeit einer Intervention, unter dem Deckmantel, Frieden in einen ins „Chaos" geratenen Teil der Welt zu bringen. Das kann man nicht, wenn man selber noch als Kolonialherr dort sitzt. Erst recht kann der US-Imperialismus das nicht, wenn Frankreich noch als Kolonialherr dort sitzt. Deswegen sehen die Imperialisten in ihrem Rückzug gleichzeitig auch verbesserte Bedingungen für einen Angriff, wenn sich nur die notwendigen Widersprüche zwischen den Völkern Afrikas künstlich erzeugen lassen.



Das zweite Ziel der Imperialisten ist ebenso klar: Sie hoffen darauf, Äthiopien und Somalia über das Schüren politischer Wirren und künstlich aufgebauter Widersprüche zu einem Eingreifen in den Nachbarstaat verleiten zu können, was notwendigerweise eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Staaten der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) zur Folge hätte und damit die unmittelbare Gefahr einer Spaltung der OAU.

Die Imperialisten sind darauf aus, mit einer „Unabhängigkeit" Dschiboutis nach ihrem Geschmack eine Zeitbombe zu legen, um die Einheit der afrikanischen Völker zu sprengen und sich der Herrschaft über diesen Teil der Welt zu bemächtigen. Das Unabhängigkeitsstreben des Volkes von Dschibouti und die Geschlossenheit der afrikanischen Nachbarstaaten verurteilen sie zum Scheitern. Weder Äthiopien noch Somalia sind bereit, sich für imperialistische Interessen aufeinanderhetzen zu lassen. Auf die Frage einer möglichen Föderation zwischen Somalia und Dschibouti erwiderte der Präsident Somalias, Siad Barre: „Die Bewohner des Gebietes sind durch Gebräuche, Sprache und Geburt Somalis." Somalia habe sein Bestes versucht, um ihnen zur Unabhängigkeit zu verhelfen. Alles weitere hänge nun von den Afar und Issa (zwei großen ethnischen Gruppen Dschiboutis) ab. „Wenn sie sich uns angliedern wollen, werden wir sie willkommen heißen", sagte Siad Barre. Für den Fall, daß sie sich Äthiopien anschließen wollten, werde Somalia diese Entscheidung respektieren. – (Z-Red.)

Die Klassenwidersprüche in den europäischen Ländern verschärfen sich

„‚Der Schwerpunkt der Kämpfe für die proletarische Weltrevolution verlagert sich Stück für Stück nach Europa' haben wir im Beschluß zum 1. Mai geschrieben. Eine Ursache für diese Entwicklung ist, daß die Völker der Dritten Welt dem Imperialismus bereits schwere Schläge versetzt haben. Den Todesstoß kann der Imperialismus bloß durch die Arbeiterklasse in Europa, die Arbeiterklasse in der Sowjetunion und den USA erhalten. Das schwächste Glied unter den imperialistischen Ländern sind die europäischen imperialistischen Länder." (Resolution des ZK des KBW zur Lage und zu den Aufgaben, 23. April 1977)

Bis zum Ersten Weltkrieg war Europa das Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung, aber zugleich auch das Zentrum des Weltimperialismus. Durch den Verrat der Führer der II. Internationale, die auf die Seite ihrer jeweiligen imperialistischen Bourgeoisie übergingen, konnte dem Krieg nicht mit der Revolution zuvorgekommen werden. Aber die Bolschewiki im russischen Zarenreich erhoben die Fahne der proletarischen Revolution gegen Imperialismus und zaristische Reaktion und wandelten den Krieg in die Revolution um – die erste siegreiche Revolution der Arbeiterklasse in der Geschichte. Sie gab den Kämpfen der Arbeiter aller Länder, besonders der Arbeiter in den kapitalistischen und imperialistischen Staaten Europas und dem Kampf der unterdrückten Völker einen gewaltigen Auftrieb. Der Weltkrieg hatte die Kräfteverhältnisse zwischen den imperialistischen Mächten von neuem verschoben. Das deutsche Kaiserreich wurde schwer aufs Haupt geschlagen, die Donaumonarchie fiel auseinander und machte den Weg frei für die Völker Osteuropas, ihre Nationalstaaten zu bilden. Aber auch die Macht der



Bewaffnete Arbeiter und Soldaten in Berlin im Januar 1919



Bewaffnete Arbeiter und Soldaten in Berlin im Januar 1919

beiden großen Kolonialmächte England und Frankreich war angeschlagen. Die USA stiegen zur Weltmacht auf.

Der allgemeine Aufschwung der Arbeiterbewegung und der Kämpfe der Bauern führte in Deutschland und Ungarn zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten *neben* den bürgerlichen Regierungen und Staatseinrichtungen. Weil die gerade erst im Wiederaufbau begriffenen revolutionären Parteien der Arbeiterklasse, die jungen Kommunistischen Parteien, nicht in der Lage waren, die Spaltung der Arbeiterklasse durch die Sozialdemokraten zu überwinden und die Bauern und Landarbeiter gegen Großgrundbesitz und Finanzkapital zu mobilisieren, konnte die Situation der Doppelherrschaft nicht zur politischen Machtergreifung der Arbeiterklasse weitergetrieben werden. Es folgten Jahre der blutigen Reaktion, des Hungers, der



Italienische Partisanen im Frühjahr 1945

Intensivierung der Ausbeutung der Arbeiter und der dampfwalzenförmigen Vernichtung des kleinen bäuerlichen und gewerblichen Eigentums – für die Bourgeoisie Europas die „goldenen zwanziger Jahre", von denen sie heute noch schwärmt.

Die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung, erst recht mit dem Eintritt in die Weltwirtschaftskrise, und die verstärkten Kriegsvorbereitungen der Imperialisten führten zu einem neuen revolutionären Aufschwung der Arbeiterbewegung und der Kämpfe der Volksmassen in ganz Europa, aber auch in den USA, während sich die Macht der Arbeiter und Bauern in der Sowjetunion bereits gefestigt hatte und die Völker unter dem Joch des Kolonialismus, vor allem das chinesische Volk unter Führung der Kommunistischen Partei, den bewaffneten Kampf gegen die Kompradorenmacht und den Imperialismus aufgenommen hatte.

Aber wieder gelingt es der Arbeiterklasse Europas und den Kommunistischen Parteien nicht, die Spaltung durch Reformismus und Sozialchauvinismus zu überwinden und die antifaschistische Front aller Volksklassen gegen Imperialismus und Reaktion aufzubauen. Die größte Kommunistische Partei Europas, die KPD, wird durch die Faschisten fast vollständig zerschlagen. Die französische Kommunistische Partei, der nach der Zerschlagung der KPD die größte Verantwortung zufällt, bekämpft die reformistische und sozialchauvinistische Politik der 1936 durch Wahlsieg in die Regierung gekommenen „Volksfrontregierung" unter dem Sozialdemokraten Leon Blum nicht mit aller Entschiedenheit, so daß die Reaktion kampflos die volle Macht zurückerobern kann. Die nationalrevolutionäre Erhebung der Völker Spaniens wird durch Intervention der faschistischen „Achsenmächte" Deutschland und Italien in Strömen von Blut erstickt. Der Weg ist frei für den zweiten imperialistischen Weltkrieg.

Mit dem Angriff der Hitlerarmeen auf die Sowjetunion wandelt der Krieg seinen Charakter. Während unter den Schlägen der Roten Armee die Hitlerarmee mit ihren Kerntruppen Schlag um Schlag zertrümmert wird, erheben sich im Rücken der faschistischen Okkupanten, die fast ganz Europa unter dem Militärstiefel halten und in ein einziges Zwangsarbeitslager verwandelt haben, die Arbeiter, Bauern und breite Massen des Volkes zum bewaffneten Kampf. In den besetzten Gebieten der Sowjetunion, in den osteuropäischen Ländern und auf dem Balkan, in Italien, Frankreich und den anderen besetzten Ländern Europas werden Partisanenarmeen aufgestellt und tragen entscheidend bei zur Befreiung ihrer Länder von der faschistischen Pest. In Asien bilden die Kommunistischen Parteien in den von Japan besetzten Ländern breite antijapanische Einheitsfronten und schaffen günstige Bedingungen für die Weiterführung der neudemokratischen Revolution.

Im Weltmaßstab wird der Krieg in revolutionäre Erhebungen umgewandelt. Überall, wo die US-Imperialisten und die alten Kolonialisten in die Fußstapfen der deutschen und japanischen Faschisten treten wollen und ihre alten Kolonialrechte bestätigt haben wollen, wendet sich der Kampf gegen sie. Die Völker Indochinas, Koreas, Indonesiens, Indiens, des Iran, in Palästina, den arabischen und afrikanischen Ländern erheben sich gegen das Kolonialjoch. In China siegt im zweitgrößten und volkreichsten Land der Erde die proletarische Revolution. In den europäischen Ländern kommt es ebenfalls zu einem großen Aufschwung der Arbeiter- und Volksbewegung. In den Ländern Osteuropas werden Volksdemokratien errichtet und die Macht der Grundbesitzer und Großkapitalisten vernichtet. Aber in den Kernländern Westeuropas erleidet die Arbeiterklasse von neuem Niederlagen, weil ihre Führung, die Kommunistischen Parteien, deren Einfluß gewaltig gewachsen ist, tief vom Opportunismus angefressen sind. Die KPD analysiert die Ursachen des Sieges des Faschismus falsch und orientiert den Kampf der Arbeiterklasse auf die parlamentarische Demokratie. Die Kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens lassen die Entwaffnung der Volksmassen zu, treten in bürgerliche Regierungen ein, bekämpfen den Reformismus nicht entschieden und treten selbst dem offenen Sozialchauvinismus nicht entgegen, wie die KP Frankreichs, die die Unterdrückung des algerischen Befreiungskampfes billigt. Auch die Kommunistische Partei der USA versumpft schon in dieser Zeit weitgehend und verliert rasch ihren großen Einfluß in der Arbeiterklasse.

In dieser Situation verlagert sich das Sturmzentrum der proletarischen Weltrevolution in die Dritte Welt. Der antikoloniale und antiimperialistische Befreiungskampf der unterdrückten Völker wird zur Hauptkraft des Kampfes.

Unter den Schlägen des antikolonialen Befreiungskampfes brechen die Kolonialreiche der europäischen Imperialisten endgültig zusammen. Überall sind es die US-Imperialisten, die eigentlichen Gewinner des Welt-

Unter den Schlägen des antikolonialen Befreiungskampfes brechen die Kolonialreiche der europäischen Imperialisten endgültig zusammen. Überall sind es die US-Imperialisten, die eigentlichen Gewinner des Welt-

kriegs auf seiten der imperialistischen Mächte, die in die Fußstapfen der alten Kolonialisten treten. Es gelingt ihnen jedoch nicht, ein neues neokoloniales Imperium, in dem die Sonne nicht untergeht, zu errichten, so wie sie sich das gedacht hatten. In Korea beißen sie sich die Zähne aus. In Kuba entsteht vor der eigenen Haustür ein Herd der Revolution.

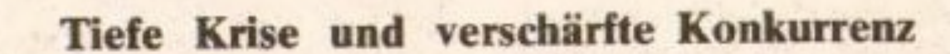
Die westeuropäischen Imperialisten sind nach dem Krieg zunächst in der imperialistischen Konkurrenz weit zurückgefallen. Durch die Verwandlung der Sowjetunion nach Stalins Tod in eine kapitalistische und sozialimperialistische Macht entsteht ihnen ein neuer Konkurrent, der sich in kurzer Zeit zur Supermacht mausert. Aber es gelingt den imperialistischen Bourgeoisien Westeuropas dennoch, die Niederlage der Arbeiterbewegung in ihren Ländern für einen neuen Aufschwung ihrer Profitwirtschaft auszunutzen. Um am Kampf um die Weltherrschaft teilnehmen zu können, schließen sie sich in der EG zusammen. Die vernichtende Niederlage der US-Imperialisten in Indochina gibt ihnen weiteren Spielraum zur wirtschaftlichen Expansion, den der sozialimperialistische Konkurrent noch nicht nutzen kann.

Aber gleichzeitig verschärft sich unter ihnen selbst die Konkurrenz. Der westdeutsche Imperialismus sowie auf der anderen Seite der japanische Imperialismus beginnen auf vielen Märkten zu dominieren. Der Befreiungskampf der Völker, ihr Zusammenschluß und wachsendes wirtschaftliches Gewicht, beeinträchtigt ihre Expansionskraft empfindlich, besonders der Kampf der OPEC-Staaten um die Erhöhung der Ölpreise.

Seit 1968 hat die westeuropäische Arbeiterbewegung einen stürmischen spontanen Aufschwung genommen, und haben die Volksmassen sich der Ausplünderung und Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat entgegengestellt. Das erste Fanal war der Pariser Maiaufstand 1968. Der Kampf der Volksmassen der CSSR 1968 gegen die sowjetische Okkupation und Ausplünderung des Landes, die Aufstände der polnischen Arbeiter 1970 und 1976 haben gezeigt, daß auch die neuen Zaren und die ihnen verbündeten Ausbeuterklassen Osteuropas auf einem Pulverfaß sitzen.

Jede neue Niederlage der Arbeiterbewegung haben die Imperialisten in einem neuen kurzlebigen Aufschwung ihrer Profite ausgebeutet; so die französische Bourgeoisie die Niederlage 1968. Aber durch jede Niederlage hindurch hat die Arbeiterklasse ihre Bewußtheit gesteigert. Neue Kommunistische Parteien sind in den Ländern Westeuropas und auch bereits in einigen Ländern Osteuropas entstanden oder im Aufbau begriffen. Unter der Jugend der Arbeiterklasse und der Volksmassen haben sich breite revolutionäre Bewegungen herausgebildet. Während die Macht der Imperialisten differenziert und geschwächt wird, sind die Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes im Anwachsen begriffen.

Eine revolutionäre Situation reift heran, wenn die Herrschenden in der alten Weise nicht mehr weiterkönnen und die unterdrückten Massen in der alten Weise nicht mehr weiterwollen. Eine solche Situation *beginnt* sich in den Ländern Europas zu entwickeln.



Tiefe Krise und verschärfte Konkurrenz

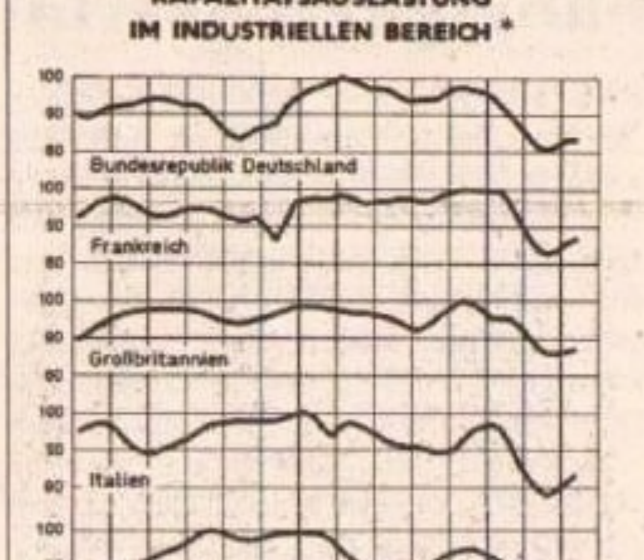
Seit der Krise von 1966 entwickelt sich die Produktion in den imperialistischen Ländern praktisch nicht mehr. Lediglich durch Eroberung neuer Märkte und tiefere Durchdringung der alten konnte in einigen Ländern ein Strohfeuer gezündet werden. Die alten Kolonialstaaten wie Großbritannien, die einen großen Teil ihres Profits direkt aus der Dritten Welt zogen, haben auch dieses Strohfeuer nicht erlebt. Mit der neuen weltweiten Krise der kapitalistischen Wirtschaft ist jeder Weg, mit den bisherigen Methoden die kapitalistische Überproduktionskrise noch einmal zu überwinden, für die europäischen Kapitalisten verbaut.

Obwohl die Imperialisten im letzten Jahr wieder beträchtliche Profite gemacht haben, erweitern sie ihre Produktionsmittel nicht. Zu tief ist die Krise, in der die kapitalistische Wirtschaft steckt.

Die BRD-Imperialisten sind die einzige westeuropäische Kapitalistenklasse, deren reale Brutto-Anlagen-Investitionen 1976 einen nennenswerten Anstieg gegenüber dem Vorjahr hatten: 4,5 %. Hoffnung, daß sie aus der Krise raus wären, haben sie sich selbst nicht gemacht. 1974 waren die Investitionen um 8,1 % gefallen, und im folgenden Jahr waren sie nochmal um 4,6 % gefallen. Somit haben die Investitionen jetzt noch nicht einmal den Stand von 1970 erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Brutto-Investitionen zu einem Teil bloßer Ersatz verbrauchter Produktionsmittel sind.

Die französischen Imperialisten haben ihre Investitionen um 2 % erhöht – nach einem Rückgang von 4,3 % –, die italienischen Imperialisten verzeichnen ebenso viele Investitionen wie 1975, als sie um 12,7 % gefallen waren, die britischen und die niederländischen Imperialisten haben nochmals 4 % weniger Investitionen.





Liegen die Investitionen darnieder, so liegt die Akkumulation des Kapitals darnieder. Das kapitalistische Eigentum, das die Produktionsmittel in Kapital verwandelt und die Arbeitskraft zur Ware macht, legt die menschliche Produktivkraft in Fesseln. Die sachlichen Produktionsmittel sind weniger ausgenutzt, als jemals seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Die industrielle Reservearmee umfaßt Millionen von Arbeitern. Das ungenutzte Kapital, das den Kapitalisten keinen Profit bringt, erfordert die Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter. Das Elend auf seiten der Lohnarbeiter wächst und nährt den Klassenkampf.

(Quelle für die Entwicklung der Investitionen: DIW-Wochenbericht 13/14, 1977)

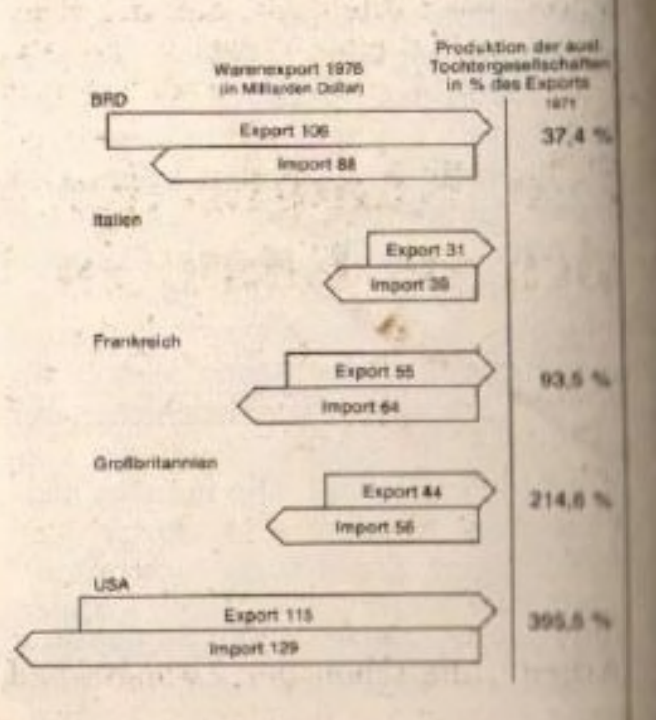
Registrierte Arbeitslose März 1977

BRD	997 000
Großbritannien	1 323 000
Italien	775 000
Frankreich	1 003 000

(Quelle: Wirtschaftswoche 21/1977)

Ohne Zweifel hat der westdeutsche Imperialismus im westeuropäischen Imperialistenkonzert in den letzten Jahren eine stärkere Stellung erobert. Als einziger hat er heute einen hohen Exportüberschuß und hat Italien und Großbritannien zu seinen Schuldnern gemacht. Jedoch ist die Exportstärke auch eine Schwäche. Keiner der anderen Imperialisten ist so sehr auf die Profite des Exportge-

Export und Kapitalexport



schäfts angewiesen, und keiner reagiert so empfindlich auf jede Störung des Weltmarktes. Die anderen Imperialisten exportieren nicht einen so hohen Anteil ihrer Produktion, und sie haben wesentlich höhere Kapital-

schäfts angewiesen, und keiner reagiert so empfindlich auf jede Störung des Weltmarktes. Die anderen Imperialisten exportieren nicht einen so hohen Anteil ihrer Produktion, und sie haben wesentlich höhere Kapital-

anlagen im Ausland. Der verlorene Griff nach der Weltherrschaft brachte den deutschen Imperialisten auch den Verlust ihrer Kapitalanlagen in aller Herren Länder. So müssen sie noch heute viele ihrer Rohstoffe über britische, belgische und französische Händler kaufen, weil jene die Quellen und Handelswege besitzen. Seit 1972 haben die westdeutschen Imperialisten daher ihren Kapitalexport – vor allem der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie – sprungartig gesteigert.

Zentrum der imperialistischen Rivalität ist Europa. Der größte Teil der westeuropäischen Kapitalexporte geht nach Westeuropa. Die Kapitalexporte der USA konzentrieren sich immer mehr auf Westeuropa , und die Sowjetunion hat sich für die Rüstung auf den imperialistischen Konkurrenzkampf den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) geschaffen, der die Staaten Osteuropas umfaßt.

Erfolge der imperialistischen Bourgeoisie in der Verelendung der Arbeiterklasse

Die Finanzbourgeoisie der vier größten imperialistischen Länder Westeuropas, der BRD, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens, aber auch die Kapitalisten der kleineren europäischen Länder sind fieberhaft bemüht, mit staatlichen Krisenprogrammen dem Fall der Profite entgegenzuwirken und sich Vorteile in der Konkurrenz zu verschaffen.

Im Mittelpunkt standen immer die Maßnahmen zu staatlich überwachten Lohnsenkungen, wozu mit den reformistischen Gewerkschaftsführungen „Sozialpakte" abgeschlossen wurden. Eine Ausnahme bildet hier nur Frankreich, wo die reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer nicht auf die Lohnraubquoten der Barre-Regierung einzugehen wagten, sondern die Kämpfe der Arbeiter auf „Inflationsausgleich" orientierten, um sich mit den Kapitalisten schließlich in der Mitte, bei einem „gemäßigten" Lohnabbau zu treffen. Eine andere Ausnahme bildete die BRD, wo die staatliche Überwachung des Lohnraubs nicht notwendig war – die Sozialdemokraten in den Gewerkschaftsführungen trauten sich zu, ihn allein durchzusetzen.

In diesen Hinsichten haben die Kapitalisten und Imperialisten in allen europäischen Ländern, trotz erbitterter Kämpfe der Arbeiter und Lohnabhängigen, einige Erfolge erzielt. Erfolge auf diesem Gebiet sind das eigentliche Feld ihrer Konkurrenz, worin sie sich in „unternehmerischer Leistung" überbieten. Auch bürgerliche Wirtschaftsberichte lassen jetzt immer deutlicher heraus und sprechen es als Empfehlung für weitere Sanierungsmaßnahmen offen aus: daß der Konsum der Arbeiter verstärkt gesenkt werden muß, wenn der Profit steigen soll.

„Italien: Expansionskraft läßt nach – (...) Es setzt sich die Meinung durch, die Befolgung des Stabilitätskurses, wie er in den Garantieerklärungen Italiens gegenüber den geldgebenden internationalen Organisationen – Internationaler Währungsfonds, Europäische Gemeinschaft – besiegelt wurde, macht eine spürbare Drosselung der Inlandsnachfrage und auch Einbußen bei der Beschäftigung unvermeidlich. Die breiten Bevölkerungsschichten sind mit ihren Ausgaben schon vorsichtiger." (Blick durch die Wirtschaft, 10.5.77)

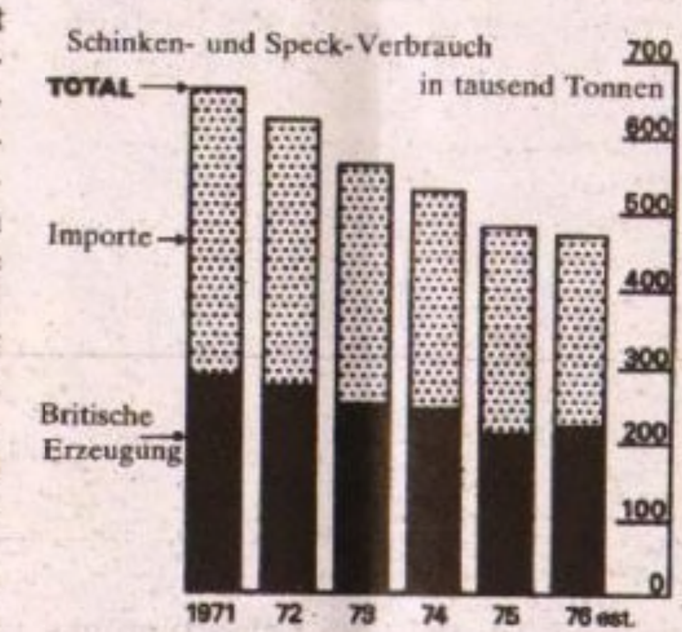
„Paris sucht im Außenhandel Trost – (...) Die konsequente Durchführung des Barre-Plans mit seiner Beschneidung des realen Kaufkraftzuwachses trägt ihre Früchte: die Franzosen kaufen weniger, fragen also auch weniger importierte Erzeugnisse nach ... Die schwindende innerfranzösische Nachfrage hat jedoch bisher keinen Produktionseinbruch bewirkt, da an ihre Stelle eine recht rege Auslandsnachfrage nach französischen Gütern getreten ist." (Handelsblatt, 18.5.77)

„England: Spürbarer Kaufkraftschwund (...) Die englischen Realeinkommen werden von Monat zu Monat mehr in die Zange genommen. Die Lebenshaltungskosten aufs Jahr gerechnet lagen im Februar um beinahe 5 Prozent über der Jahreszuwachsrate der Löhne ... Der Abstand zwischen Preisen und Lohneinnahmen dürfte sich in den nächsten drei Monaten weiter weiten ... In Anbetracht des nun kräftigen Drucks auf die Realeinkommen wundert es nicht, daß das Einzelhandelsvolumen (im Lauf von weniger als sechs Monaten) um 3 % ... abgesackt ist." (Blick durch die Wirtschaft, 9.5.77)

Bei solchen Angaben muß man wohlgemerkt im Auge haben, daß sie vom Standpunkt der Bourgeoisie aus gemacht sind, die das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiter nur als „Kaufkraftschwund" registriert, und auch das nur als schwindende Kaufkraft „der Italiener" oder als sinkendes „englisches Realeinkommen", worunter die ganze Blase der hochbezahlten Funktionäre und bestens geschmierten Staatsdiener der Bourgeoisie miteingerechnet ist. Es ist ein Viertel bis die Hälfte der Wahrheit, die mit solchen Zahlen und Angaben herausgelassen wird.

„Auf Wiedersehn, Britisches Frühstück!"

Schaubild aus der britischen Wirtschaftszeitung „Economist"



„Ham and eggs", ein kräftiges Frühstück mit gebackenem Schinkenspeck und Eiern oder mit „bacon" (Speck) war ein fester Bestandteil der Ernährung der englischen Arbeiter und Volksmassen, wenn auch nicht täglich. Durch die Anhebung der Preise auf das Niveau der übrigen EG-Staaten und die sinkenden Löhne wird dieses Nahrungsmittel heute aus der Ernährung der englischen Arbeiter herausgedrängt. Die Bourgeois lassen sich's um so mehr schmecken.

Die westdeutschen Imperialisten haben in der intensiven Ausbeutung der Arbeiter ihre Konkurrenten zum größten Teil aus dem Feld geschlagen. Auf der anderen Seite aber haben sie es bisher nicht vermocht, die westdeutsche Arbeiterklasse einem solchen Regime der nackten Aushungerung zu unterwerfen, wie das in Europa zumindest die britischen und italienischen Imperialisten schon geschafft haben. Aber sie bemühen sich feste und sind mit den jetzigen Tarifabschlüssen ein gutes Stück vorangekommen. Auch die westdeutsche Arbeiterklasse hat bei sprunghaft gewachsener Verausgabung ihrer Arbeitskraft schwere Einbußen in der Konsumtion notwendiger Lebensmittel hinnehmen müssen.

„Der Konsument spart Lebensmittel (...) ‚Es ist verdammt schwer, die Preise in dem Maße zu erhöhen, wie es betriebswirtschaftlich eigentlich erforderlich ist.' Das erklärte die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft der Lebensmittelfilialen." Tatsache sei, „daß ‚echt nicht mehr verkauft wird'. ... ‚Die Konsumenten sparen 14 % ihres Einkommens, und sie sparen das vor allem bei den Lebensmitteln.' " (Handelsblatt, 13./14.5.77)

Generalstreik im Baskenland und Kämpfe der Volksmassen Spaniens um Demokratie

In den vier baskischen Provinzen Spaniens, in denen ein Teil der größten Industriezentren des Landes liegt, herrschte in der ganzen vergangenen Woche Generalstreik, der an den meisten Orten zu 100 % befolgt wurde. Auch die kleinen Ladenbesitzer, Handwerker und andere Teile des Volkes schlossen sich an. In der Woche vorher hatten Arbeiterorganisationen und die Organisationen des baskischen Volkes zu Kundgebungen für die Freilassung aller politischen Häftlinge aufgerufen. Die Demonstrationen und Kundgebungen waren erneut, wie zuletzt am baskischen Nationaltag im April, von Guardia Civil und anderen Bürgerkriegstruppen angegriffen worden. Als die Demonstranten Barrikaden errichteten und sich mit Steinen der Soldateska entgegenstellten, schoß die faschistische Polizei in die Menge. Mehrere Tote und zahlreiche Verletzte hatten die Arbeiter und Volksmassen des Baskenlandes erneut zu beklagen. Besondere Erregung löste es aus, als bekannt wurde, daß der junge Schriftsetzer Cano Perez nach seiner Festnahme und Mißhandlung durch die Polizei von einem Unteroffizier durch Genickschuß ermordet worden war. Daraufhin wurde der Generalstreik für die folgende Woche ausgerufen. „Das Wirtschaftsleben in den vier baskischen Provinzen lag fast eine Woche lang still. Die Straßen der sonst so betriebsamen Städte im Nordosten Spaniens blieben menschenleer. Der spanischen Regierung fällt außer Mahnungen zur Besonnenheit nichts mehr ein ...", berichtet der Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen" trübsinnig am 20.5. Und weiter, daß ein Polizist von der baskischen Befreiungsorganisation ETA zur Vergeltung „kaltblütig und am hellen Tage" erschossen worden sei. „Ob Parlamentswahlen in den baskischen Provinzen abgehalten werden können, ist zweifelhaft." In Barcelona, Madrid und anderen Städten kam es unterdessen ebenfalls zu neuen Demonstrationen für die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen.

Die imperialistische Bourgeoisie gerade in der BRD, die große Ausbeuterinteressen in Spanien zu wahren hat, ist ängstlich besorgt, ob es gelingen wird, das Schauspiel parlamentarischer Wahlen unter Fortdauer der faschistischen Unterdrückung der Volksmassen im Juni durchzuziehen. Nach einer „parlamentarisch legitimierten Regierung" aber lechzen die Imperialisten und alle spanischen Bourgeois und Grundherren, die begriffen haben, daß ohne parlamentarische Fassade ihr Regime nicht überleben kann. Die neue Regierung soll vor allem die „Autorität" haben, rigoros diejenigen wirtschaftlichen Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig erscheinen, um Spanien wieder zum Ausbeuterparadies des internationalen Finanzkapitals zu machen. An und für sich wissen sie ihre Interessen bei der jetzigen Regierung Adolfo Suarez in guten Händen. „In der heutigen Regierung ist man sich, wie ausländische Besucher immer wieder feststellen können, wohl bewußt, daß die Wirtschaftslage die schlimmste ist, die Spanien seit dem Sturz der Monarchie im April 1931 durchgemacht hat." Verstärkte Unterdrückung und andere Maßnahmen, die geeignet sind, das „Vertrauen der Investoren" wiederherzustellen, nämlich: „scharfe Einschränkungen, Sparmaßnahmen, strukturelle Wirtschaftsreformen, die allgemein erwartete Abwertung der Peseta usw." (Handelsblatt, 20./21.5.) – Man sieht, die westdeutschen Imperialisten haben das Wirtschaftsprogramm für die neue Regierung schon fertig in der Tasche. Wenn nur die „demokratische Legitimation" wäre!

Was die Imperialisten so besorgt macht, das ist die ausgezeichnete revolutionäre Situation, die heute in Spanien herrscht. Der Vergleich mit dem Jahr 1931 ist nicht abwegig. Unter diesem Jahr vermerkt das bürgerliche Geschichtsbuch: „Truppenmeuterei in Juca. Unruhen ... Sieg der Republikaner bei den Kommunalwahlen ... König Alfonso XIII. verläßt Spanien ... Revolutionäre Unruhen. Kirchen und Klöster brennen. Wahlen zur Nationalversammlung mit großer republikanisch-sozialistischer Mehrheit ... Verkündung der Autonomie Kataloniens ... 1932: Kommunistische Unruhen in den größeren Städten ... Annahme des Bodenreformgesetzes. Entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes." (Ploetz, Auszug aus der Geschichte, S. 1122)

Die Kämpfe der Arbeiter entwickeln sich zu Kämpfen Klasse gegen Klasse

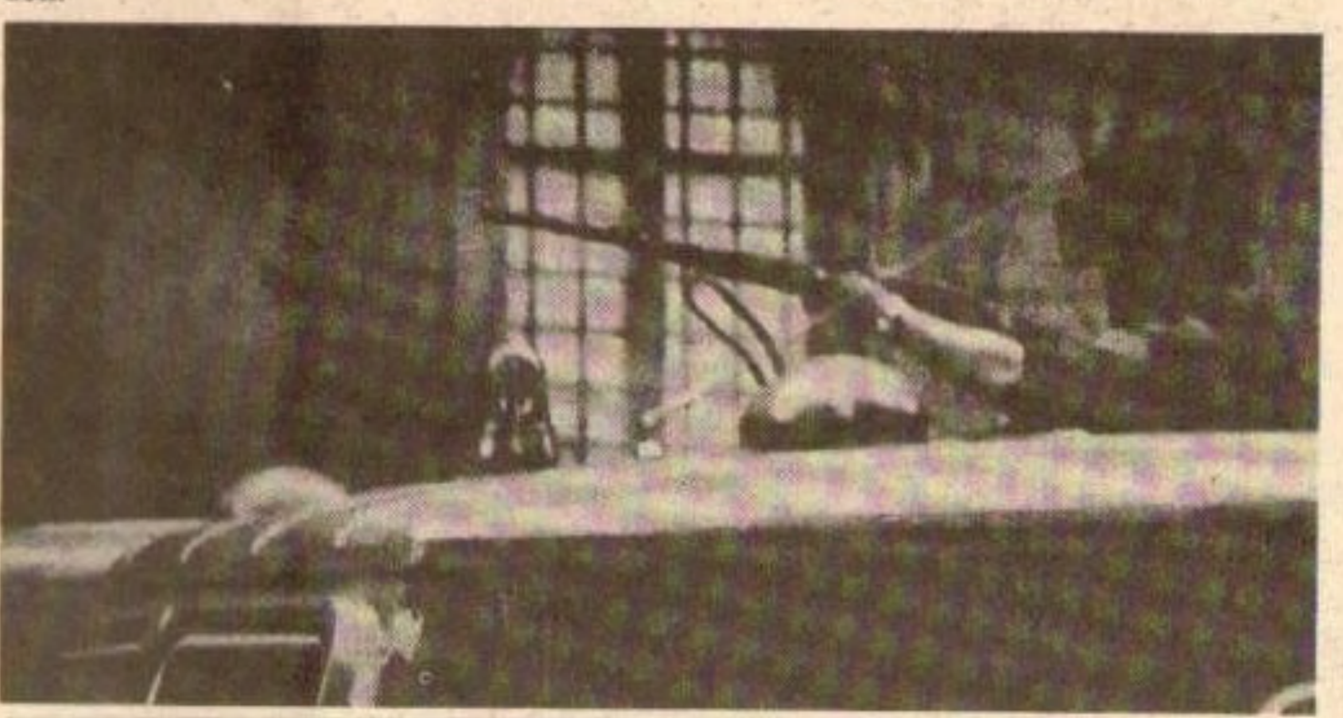
Die staatlichen „Lohnbegrenzungsabkommen", die „Sozialpakte" und „Produktivitätsabkommen" und wie sie heißen, die begleitenden Maßnahmen der Steuerausplünderung der Massen bis hin zu den staatlichen Maßnahmen der „Arbeitsbeschaffung" und Zuweisung „zumutbarer Arbeit", die schon der Zwangsarbeit nahe kommen – durchweg mit Hilfe der Sozialdemokraten und Reformisten und zunehmend auch der modernen Revisionisten gegen die Arbeiter durchgesetzt – haben die Kämpfe der Arbeiterklasse in den jeweiligen Staaten Europas zentralisiert. Sie werden zu politischen Kämpfen Klasse gegen Klasse.

Dänische Drucker und Setzer – ein Vortrupp der europäischen Arbeiterklasse im Kampf gegen Lohnsenkung und kapitalistische Rationalisierung

In Großbritannien bereitet sich ein großer Kampf gegen die Verlängerung des „Sozialpakts" vor, durch den die Löhne um weitere 10 Prozent abgebaut werden sollen. In Frankreich wird in der kommenden Woche der erste Generalstreik seit dem Mai 1968 durchgeführt werden. Bei einem nationalen Aktionstag im letzten Oktober waren es bereits 5 Millionen Arbeiter und Lohnabhängige auf den Straßen gewesen. Ähnliche Kampfaktionen hat die italienische Arbeiterklasse gegen die von der Regierung vorgetragenen Angriffe auf den Lohn durchgeführt. Die Revisionisten in den Gewerkschaftszentralen in Frankreich und Italien versuchen diese machtvollen Kampfaktionen für ihre Ziele des Regierungseintritts und des „historischen Kompromisses" zu nutzen. Sie wollen eine gefesselte Arbeiterbewegung vorführen wie der Tierbändiger den dressierten Bären. In allen Fällen bisher aber haben die Demonstrationen einen anderen Charakter angenommen – den Charakter wirklicher Demonstrationen der Entschlossenheit der Arbeiter, ihre Rechte zu verteidigen, und oft schon ihrer Entschlossenheit, die Bourgeoisie zu stürzen.



Italien. Der „historische Kompromiß" der revisionistisch entarteten Kommunistischen Partei mit der herrschenden Klasse Italiens ist begleitet von blutigen Unterdrückungsakten des Staates gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen Italiens. Die Revisionisten geben keineswegs nur das soziale Mäntelchen dazu, sondern verlangen die weitere Aufrüstung der Polizei und ein schärferes Vorgehen gegen „Terroristen und umstürzlerische Gruppen". – Am 14. Mai überfiel die Polizei eine zunächst friedliche Demonstration in Rom, die für eine Reihe demokratischer Forderungen eintrat, darunter die Freigabe der Abtreibung (ein Gesetz, das der Neufassung des Paragraphen 218 bei uns ähnelt, wurde mit Unterstützung der Revisionisten kürzlich verabschiedet). Damit sollte das totale Demonstrationsverbot durchgesetzt werden, das der Innenminister bis zum 31. Mai über Rom verhängt hat. Die Polizei provozierte durch mit Pistolen bewaffnete Provokateure Auseinandersetzungen und schoß in die Menge. Sie tötete eine junge Demonstrantin und verletzte weitere. Gegen die Einschränkung des Demonstrationsrechts und die Unterdrückungsmaßnahmen kam es in fast allen Großstädten des Landes zu neuen Demonstrationen und Kämpfen, bei denen vier Polizisten zur Vergeltung von Demonstranten angeschossen wurden.



In Portugal waren in den letzten Monaten Hunderttausende im Streik gegen das Programm der Soares-Regierung und für neue Lohntarife, die den Lebensunterhalt sichern. Nicht anders in Spanien, wo sich der Kampf um die wirtschaftlichen Interessen und gegen die Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung mit den Kämpfen zum Sturz des Faschismus insgesamt verbindet. In Griechenland waren in den ersten Monaten dieses Jahres schon mehr als ein Fünftel aller Lohnabhängigen in fast allen Branchen im Streik. Die Niederlande und Belgien standen im Februar am Rande des Generalstreiks, der nur mit Mühe abgebogen werden konnte. In Dänemark wurde ein großer Streik um den zentralen Lohntarifvertrag schließlich durch Entscheid des Parlaments und damit unter Androhung einer unmittelbaren Illegalisierung in letzter Minute verhindert. In Schweden will jetzt ebenfalls die Regierung, gestützt auf die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, eine Zwangsschlichtung durchsetzen und den allgemeinen Streik in letzter Minute verhindern. In allen diesen Kämpfen haben selbständige Forderungen der Arbeiter und Lohnabhängigen nach Arbeiterrechten wie dem Siebenstundentag, und nach demokratischen Rechten, vor allem dem Recht auf Streik und vollständige Organisations- und Betätigungsfreiheit, eine immer wachsende Rolle gespielt. In fast allen Ländern fordern große Teile der Arbeiterklasse und der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft den Generalstreik, damit die Arbeiterklasse ihre geschlossene Kraft der Kapitalistenklasse entgegenstellen und den Kampf um ihre nächsten Interessen und Forderungen tatsächlich zur Entscheidung bringen kann. – (Z-Red.)

Gewehre für die Jugend Zimbabwes

Ein großartiger Kampf gegen die bürgerliche Ideologie



Das Auge von Melle's wird versteigert. 1 240 DM kommen zusammen für den bewaffneten Befreiungskampf der ZANU.

Hamburg. 1 000 Menschen waren auf dem Schmelzfest, das stattfand anläßlich der Beschlagnahme von Melle und seiner Verwandlung in Bruchstükke, die zum Preis von 5 DM für die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe verkauft wurden.

Auf diesem Fest wurden öffentlich die letzten Bruchstücke verkauft und das Auge von Melle (siehe letzte KVZ) für 1 240 DM amerikanisch versteigert. Der stückweise Verkauf von Melle hat bisher insgesamt über 4 000 DM erbracht.

Am Tag vorher hatte die Bourgeosie eine von-Melle-Rettungsaktion gestartet. Wie von Bürgermeister Klose schon am letzten Wochenende angekündigt, hat sie Trupps von Polizeibeamten, Feuerwehrbeamten und Mobiles Einsatzkommando auf die Suche nach ihrer Imperialistenbüste geschickt. Im Büro des KBW, in verschiedenen Wohnungen wurde fachmännisch eingebrochen und durchsucht. Ergebnislos. Am Dienstagabend hatte die Polizei noch verschiedene „Hinweise aus Kreisen der Bevölkerung" erhalten über den Verbleib ihres imperialistischen Kleinods. Es ist – wenn auch nicht allen – Spuren gefolgt worden, und sie haben die Polizisten zu frisch gemalten Parolen geführt: Es lebe der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe!

Am Mittwoch mußte die Bourgeoisie – vertreten durch finstere Spitzelgestalten – mit ansehen, wie 1 000 Menschen feierten mit Liedern, Reden, großem Beifall und Parolen, daß mit einem Stück der kolonialistischen Geschichte der Bourgeoisie in Gestalt der von Melle-Büste abgerechnet und durch die hohen Geldspenden gezeigt wurde, daß der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe die Unterstützung durch die Studenten findet.

Das hat die Bourgeoisie getroffen, und sie schreit auf in ihrer Presse am Freitag. „Uni-Denkmal zertrümmert – faschistische Barbarei" heißt der Leitartikel des Hamburger Abendblattes. Was langsam stadtbekannt ist, wird als Ergebnis polizeilicher Ermittlungen kundgetan, daß die Imperialistenplastik in Stücke zertrümmert und für 5 DM das Stück verkauft wurde.

Die Bourgeoisie will die Solidaritätsbewegung für den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe klein erscheinen lassen und behauptet, alles wäre bloß von der Sozialistischen Studentengruppe, der Hochschulorganisation des KBW veranstaltet worden. Aber weit mehr als 1 000 Studenten, die die Büste beschlagnahmt und das Schmelzfest beschlossen hatten, beteiligten sich daran. Aus Betrieben wurde berichtet, daß rege Nachfrage nach von Melle-Stücken besteht.

Am meisten besorgt ist die Bourgeoisie jedoch darüber, daß die Revolutionäre an der Universität es verstanden haben, sich im Kampf gegen den bürgerlichen Staat mit größeren Teilen der Studentenbewegung zu verbünden und gemeinsam den Streik an der Universität und das von Melle-Schmelzfest durchzuführen. Die Studenten haben sich aber fester für die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes der Völker gegen den Imperialismus zusammengeschlossen und auf dem von Melle-Schmelzfest auch eine Resolution verabschiedet, in welcher der Allgemeine Studentenausschuß aufgefordert wird, eine Vollversammlung durchzuführen noch vor der außerordentlichen Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS). Dort muß über einen bundesweiten Streik für höheres Ausbildungsentgelt und für das Koalitionsrecht beschlossen werden.

Interview mit einem zehnjährigen Schüler

Göttingen. Als auf dem Göttinger Marktplatz stadtbekannte Reaktionäre die Kinder, die unsere Sammlung „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" unterstützt haben, fragten, ob sie wüßten, was mit den Gewehren gemacht wird, haben die Kinder geantwortet: „Schießen!" Als die Reaktionäre erwidert haben: „Wißt ihr denn, daß dabei jemand tot geht?", haben die Kinder gesagt: „Hauptsache es trifft die Richtigen!" Die Kinder wollen jetzt im KJB mitmachen.

Hilmar, 10 Jahre, 4. Klasse, haben wir interviewt:

Warum unterstützt Du die Kampagne „Gewehre für die Jugend Zimbabwes"?

„Ich finde den Kampf der Afrikaner gegen die Ausbeutung richtig!"

Was kann man von der Jugend in Zimbabwe lernen?

„Den Kampf gegen die Unterdrücker führen."

Was sagst Du, wenn Dir vorgehalten wird, Du bist noch viel zu jung, um dafür Geld zu sammeln?

„Das ist Quatsch. Ich weiß wie ich mich gegen die Unterdrücker wehren muß."

Und wenn die Lehrer sagen, daß man den Kindern in Zimbabwe doch keine Gewehre geben kann?

„Daß die Kinder und alle Afrikaner allen Grund dazu haben, gegen die Unterdrückung zu kämpfen.

Wenn sie sagen: Das geht doch auch gewaltlos?

„Die Konzerne wollen nur Profit. Wenn die Afrikaner sagen: nun geht mal aus unserem Land raus, dann fassen die sich doch an den Kopf."

Warum willst Du im KJB mitmachen?

„Ich finde das nützlich und finde richtig, was die Kommunisten machen, zum Beispiel Gewehre für die Jugend Zimbabwes. Außerdem will ich noch mehr von den Kommunisten wissen." – (KJB Göttingen)

Es lebe der Kampf des Volkes von Zimbabwe!



Ob Angriffe im Norden auf Siedlerpaläste
ob im Süden auf Eisenbahnstrecken –
in ganz Zimbabwe muß das Siedlerregime
immer härtere Schläge einstecken.
Seine Macht ist bedroht, und die Ausbeuter müssen
sich in ihren Häusern verstecken.

Refrain:
Es lebe der Kampf des Volkes von Zimbabwe!
Sein Feind, der Imperialismus ist auch unser Feind.
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker,
steht fest zusammen und vernichtet ihn vereint!

2. Zum Beispiel Konzerne wie Klöckner AG
oder Deutsche Bank oder Neckermann:
den Profit, den sie scheffeln in der BRD
aus der Arbeiterklasse, den nehmen sie dann,
exportiern ihn nach Zimbabwe, wo für wenig Geld
man Rohstoff und Arbeitskraft kriegen kann.

Refrain

3. Die Zeitungen schreiben, dort kämpfen die Schwarzen
gegen die weiße Rasse.
Doch das ist nicht wahr: dort kämpft das Volk
gegen die Ausbeuterklasse,
daß der Imperialismus und sein Statthalterpack
für immer Zimbabwe verlasse!

Refrain

4. Der Führer des Volks von Zimbabwe, die ZANU,
hat Ausbildungslager in Mozambique.
Dort brauchen die Kämpfer Kleidung und Waffen
für ihren gerechten Befreiungskrieg
spendet Geld für „Gewehre für die Jugend Zimbabwes"
Unterstützt ihren Kampf bis zum sicheren Sieg!

Text und Musik: Agit-Prop-Gruppe Göttingen

ZANU-Geldsammlung verboten

Landkreis Peine
Der Oberkreisdirektor
Betr.: Sammlungserlaubnis
Bezug: Ihr Antrag vom 12.5.1977

Ihr Antrag auf Durchführung einer Straßensammlung in der Fußgängerzone in Peine wird hiermit abgelehnt.

Begründung:

Gemäß § 2 Abs. 1 Ziffer 1 des Niedersächsischen Sammlungsgesetzes vom 8.7.1969 – Nieders. GVBL. S. 144 – in der z. Zt. geltenden Fassung ist die Erlaubnis zu erteilen, wenn keine Gefahr besteht, daß durch die Sammlung oder durch die Verwendung des Sammlungsertrages die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gestört wird.

Die Durchführung von Sammlungen, deren Zweck der Erwerb von Waffen und anderen militärischen Ausrüstungsgegenständen ist, verstößt jedoch gegen die öffentliche Ordnung. Es wäre mit der Auffassung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung nicht vereinbar, wenn Sammlungen veranstaltet würden, mit deren Erträgen Waffen zur Förderung von Kriegen und Bürgerkriegı außerhalb der Bundesrepublik Deutschland beschafft werden sollen.

Sie beabsichtigen, mit dem Erlös der Sammlung Gewehre für die Jugend Zimbabwes zu kaufen. Dadurch wollen Sie den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gegen das rhodesische Kolonialregime unterstützen. Hierzu kann ich Ihnen aufgrund der zitierten Vorschrift keine Erlaubnis erteilen. Es war deshalb – wie geschehen – zu entscheiden.

Peine. 13,88 DM wurden am Samstagvormittag für ein Gewehr für die Jugend Zimbabwes am Stand der Stadtteilzelle Peine in der Innenstadt gesammelt. Elf oder zwölf Menschen hatten etwas gespendet. „Für Gewehre zu sammeln ist vielleicht etwas zu direkt", meinte eine junge Lehrerin zunächst. Nach kurzer Debatte über die Gerechtigkeit des bewaffneten Kampfes, die Erfahrungen des Volkes von Zimbabwe und die Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus spendete sie fünf Mark. Von Rektor Sittig, von der Hauptschule Vöhrum, der seit die Schüler der 9 c einen Brief an die Zanu geschrieben haben mit allen Mitteln versucht, sie zu spalten, hatte sie auch schon Übles gehört. Ein Juso, der eine KVZ kaufte, spendete sofort, als er hörte, daß die Sammlung verboten worden war. 12.50 Uhr, als wir den Büchertisch schon eingeräumt hatten, rückte die Polizei an und wollte die Genehmigung für den Stand sehen. Genehmigt war, und das wußten sie auch. Eine Ordnungswiedrigkeitsanzeige wollten sie trotzdem stellen, weil keiner die Genehmigung dabeihatte. „Das ist doch reine Schikane", war die Meinung der umstehenden Menschen. Als die Polizei sich verzogen hatte, fragte ein Jugendlicher mit dem wir lange diskutiert hatten, ob wir am nächsten Samstag wieder da wären, er würde jedenfalls wiederkommen. – (Stadtzelle Peine)